

„Die Situation ist trostlos, meine Herren ... Das Weltklima ändert sich, die Säugetiere nehmen überhand, und wir alle haben ein Gehirn von der Größe einer Wallnuß.“

hochschule

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

ost

Leipzig Februar 1992

Herausgeber:
Arbeitskreis
Hochschul-
politische
Öffentlichkeit

2/92

Themen:

Ostdeutsche Geschichts-
wissenschaften zwischen
Gestern und Morgen.
Teil II

Jürgen Teller
Honorarprofessor

Fortsetzung zum
„Fall Fink“

Autoren:

Klein * Ernst
* Middell * Teller * Uhl *
Geister * Hein * Gauck *
Nordemann * Kowalczuk

Editorial

Wie im Januar-Heft angekündigt setzen wir in vorliegendem Heft zunächst das Thema „Ostdeutsche Geschichtswissenschaften zwischen Gestern und Morgen“ fort. Fritz Klein, bis 31.12.1991 Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der vormaligen Akademie der Wissenschaften der vormaligen DDR, hielt auf dem letzten Institutplenium die hier abgedruckte Rede. Wolfgang Ernst, Wessi mit Wohnsitz im Osten, also sog. Wassi, reflektiert Gastdozentenerfahrungen in Leipzig. Matthias Middell, Leipziger Revolutionshistoriker (nicht verschlucken: Französische Revolution!), beschreibt abseits gängiger Schemata Situation (und deren Voraussetzungen) der ostdeutschen Geschichtswissenschaften und benennt Handlungsnotwendigkeiten.

Wie andernorts auch, so gibt es gleichfalls in Leipzig eine erhebliche Anzahl nötiger Rehabilitierungen. Oftmals ist nicht mehr möglich als eine offizielle Entschuldigung der Universität. Die Unterbrechung beruflicher und wissenschaftlicher Karrieren aus politischen Gründen war nicht selten irreparabel. Durch Veröffentlichung einzelner Repressionsvorgänge im Leipziger Universitäts-Journal wird versucht, einigen Betroffenen Genugtuung widerfahren zu lassen. In wenigen Fällen ist es möglich, deutlichere Zeichen setzen zu können.

Ein solcher Fall ist Jürgen Teller, seinerzeit Assistent bei Ernst Bloch: er wurde zum Honorarprofessor für Philosophie berufen. Die offizielle Antrittsvorlesung konnte erst am 8. Januar 1992 stattfinden. Das sächsische Wissenschaftsministerium hatte es fertiggebracht, den bereits Vorlesung Haltenden fünf Monate auf die Berufungsurkunde warten zu lassen. Die Philosophisch-historische Fakultät lieferte dabei den Befürwortern ihrer Abwicklung ein weiteres Argument, indem sie dies demütig ertrug und dem noch erst inoffiziell Rehabilitierten einstweilen den kleinsten zur Verfügung stehenden Raum (mit zehn Plätzen) zuwies. Wir publizieren die Antrittsvorlesung Tellers vom 8. Januar 1992 sowie einen Artikel zu den geschichtlichen Umständen und Entwicklungen, die den Rauschmiß Blochs und seiner Assistenten vorbereiteten: „Das Jahr 1956 entschied“, belegt Elke Uhl auf Leipziger Parteiarchivquellen gestützt. Die Rehabilitierung Tellers nimmt F. Geisler zum Anlaß, sich mit der publizistischen Offensive der Utopiekritiker auseinanderzusetzen. Es wird gleichzeitig deutlich, welche – ungewollte – Unversivität Rehabilitierungsberufungen u.U. in sich tragen können. Auf das Thema Bloch in Leipzig werden wir im März mit einem weiteren Artikel zurückkommen.

Einen andersartigen Versuch der Wiedergutmachung erlebte die Leipziger Universität mit der Ehrenpromotion von Hans Mayer am 15. Januar d.J. Dies wird gleichfalls Thema in unserem März-Heft sein.

Eine andere Dimension des Umgangs mit der DDR-Vergangenheit berührt die „Affäre Fink“ in Ost-Berlin. Wir greifen – nach unserem Dezember-Special dazu – das bislang immer noch klärungsbedürftige Thema mit dem Abdruck kontroverser Debattenbeiträge nochmals auf. Es wird voraussichtlich nicht das letzte Mal sein.

IMPRESSUM

hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland

Herausgegeben vom Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeitsarbeit

c/o StudentInnenRat der Universität Leipzig, PSF 920, O - 7010 Leipzig, Tel. 7 19 22 61/62/63, Uni-Fax 20 93 25

Verantwortlich: Peer Pasternack

Redaktion: Dirk Behr, Anja Dhein, Monika Gibas, Eriks Jäger, Matthias Middell, Peer Pasternack

hso erscheint monatlich.

Einzelheft 5,- DM (ostdeutsche PrivatbezieherInnen 3,- DM), Jahresabo (12 Ausgaben) 55,- DM (ostdeutsche PrivatbezieherInnen 33,- DM)

Herstellung: Büro Pauselius, Leipzig, Floßplatz 6 - Tel.: 31 2597

Mitarbeit aller Art ist erwünscht. Insbesondere zum Schreiben von Artikeln und Leserbriefen wird ermuntert.

Nachdruck mit Quellenangabe gestattet. Belegexemplar erbeten.

hochschule ost

politisch-
akademisches
journal aus
ostdeutschland

INHALT

THEMA I: Ostdeutsche Geschichtswissenschaften zwischen Gestern und Morgen Teil II

- Fritz Klein:
Rede auf dem Institutplenium des Instituts für allgemeine Geschichte am 16. Dez. 1991 5
- Wolfgang Ernst:
(P)Ostmoderne in Leipzig: Erfahrungen einer Gastdozentur 13
- Matthias Midell:
Geschichtswissenschaften im Übergang. Krisenmomente der DDR-Histographie
beim Sprung in die neuen Verhältnisse 22

THEMA II: Jürgen Teller Honorarprofessor

- Jürgen Teller:
Incipit vita nova – Formel des Tatbestandes oder der Utopie
Antrittsvorlesung am Mittwoch, den 8.1.1992 32
- Elke Uhl:
Philosophieren unter der Machtfrage – Das Jahr 1956 am Leipziger Institut für Philosophie 39
- F. Geisler:
Blochs Hoffnungsphilosophie im Licht der gegenwärtigen Utopiediskussion 46

THEMA III: Fortsetzung zum „Fall Flnk“

- Christoph Hein/Joachim Gauck:
Offener Briefwechsel 51
- Wilhelm Nordemann:
Akten sagen nicht alles 55
- Ilko-Sascha Kowalczuk:
Die liebeskranke Organisation. Anmerkungen zur Debatte um Stasi, Fink und Universitäten. 59

PUBLIKATION zum Thema 63

- BERICHT
Wie setzt man in Thüringen einen Rektor ab (J. Krause) 64

- DOKUMENTATION
Erklärung der Mitgliederversammlung der KdS zu den aktuellen Strukturdiskussionen 65

THEMA: Ostdeutsche Geschichtswissenschaften
zwischen Gestern und Morgen Teil II

Fritz Klein (Berlin):

REDE AUF DEM INSTITUTSPLENUM DES INSTITUTS FÜR
ALLGEMEINE GESCHICHTE AM 16. DEZEMBER 1991

Kolleginnen und Kollegen!

Zum letzten Mal treffen wir uns heute in diesem Kreis. Ich begrüße Sie und freue mich, daß auch nicht wenige unserer Rentner und Vorrentner den Weg noch einmal hierher gefunden haben. Wir sind zusammengekommen, um uns zu verabschieden – voneinander und von dem Institut, das für jeden von uns, kürzer oder länger (bei mir waren es 34 Jahre), begrüßt, ertragen oder innerlich abgelehnt, der Ort war, an dem oder mit dem verbunden ein großer und wichtiger Teil seines Lebens stattfand: die berufliche Arbeit, was ja den Umgang bedeutete nicht nur mit Büchern und Akten, sondern auch mit den Menschen im gleichen Arbeitszusammenhang. Es war für viele von uns schon so etwas wie ein Stück Heimat

– wer den Vergleich anstößig findet, weil zu sentimental oder schlicht zu positiv, mache sich bitte klar, daß es ja auch ungeliebte Heimat gibt. Von dem zutiefst sehr Problematischen der hier angedeuteten Bindung wird noch zu sprechen sein. Abschied – das ist ein Moment, in dem man zurückdenkt an das, was war, und gleichzeitig versucht, nach vorne zu blicken auf das, was vielleicht oder sicher sein wird, gehofft oder gefürchtet, zwei Gefühle, die sich keineswegs gegenseitig ausschließen. Man kann auch Angst haben vor dem, was man erhofft.

Zu beidem, Vergangenheit und Zukunft, möchte ich heute ein paar Gedanken äußern, ohne den geringsten Anspruch selbstverständlich auf irgendeine Verbindlichkeit oder Vollständigkeit

in der Erfassung der Probleme. Was ich vortrage, sind Gedanken, Meinungen ganz persönlicher Art. Mir ist voll bewußt, daß die Sicht auf unsere Vergangenheit bei einem Mann meiner Generation, und meines Lebensweges, der an Aufbau und Entwicklung der Geschichtswissenschaft im Osten Deutschlands von Anfang an aktiv mitgewirkt hat, eine andere ist als die von Jüngeren, die in diesen Prozeß hineingeboren wurden, seinem Ende näher als seinem Beginn. Die Vergangenheit, so hört man oft, müsse bewältigt werden. Das klingt sehr stark, fast martialisch, ist doch aber, hört man genau hin, eine Wendung, die das nicht trifft, was in der Tat gemacht werden muß. Vergangenheit - das ist nicht etwas, mit dem man fertig wird, indem man es behandelt mit Lauge und scharfem Besen, das Schlechte ausbrennt, die Schuldigen bestraft, um nach erfolgter Operation, erleichtert um die Sünden und die Sünder vergangener Zeiten und frei von ihnen, frohgemut neuen Ufern zuzustreben. Die Vergangenheit ist bewältigt, überwältigt gar, man hat sich von ihr gelöst und nichts mehr mit ihr zu tun. Nein, so einfach liegen die Dinge nicht. So leicht kommen wir nicht davon. Vergangenheit läßt sich nicht überwinden, bewältigen, beseitigen gar. Sie ist gewesen und sie bleibt, was sie gewesen. Gerade Historiker sollten wissen um die Macht und die Kraft von Vergangenheit, um ihre Dauerhaftigkeit. Sie verstehen natürlich, daß ich gegen den scheinradikalen Begriff von der Bewältigung der Vergangenheit nicht polemisiere, weil ich gegen radikale Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, einschließlich der eigenen Rolle in ihr, und gegen radikale Konsequenzen aus dieser Auseinandersetzung wäre. Mir geht es nicht darum, der in dem Ausdruck von der Bewältigung der Vergangenheit implizite enthaltenen Fokussierung auf das Schlechte, auf Schuld und Schuldige, die banale, natürlich zutreffende, aber unscharfe und ihrerseits höchst interpretationsbedürftige Redensart entgegenzuhalten, daß doch nicht alles schlecht gewesen sei, was wir ge-

macht haben. Natürlich war es das nicht. Was wir aber brauchen und was ich vorschlage, ist die radikale Auseinandersetzung mit der Vergangenheit, die erste Prüfung und Selbstprüfung, das bohrende Fragen danach, was man Gutes oder Schlechtes, Richtiges oder Falsches getan, gesagt, geschrieben hat, was man wann hätte besser tun, sagen oder schreiben sollen und was man hätte unterlassen sollen, können oder müssen. Und das alles in dem Bewußtsein, daß es nicht darum gehen kann, etwas „durchzuführen“ und dann hinter sich zu lassen. Ich denke mir, daß diese Art von Prüfung und Selbstprüfung, aufgefaßt als ein grundsätzlich zu keinem Zeitpunkt einfach abgeschlossener und beendeter Prozeß, aufgehoben werden könnte und sollte in dem Bewußtsein davon, wie man heute und morgen denkt und lebt. Die Vergangenheit jedes Menschen ist ein Stück dieses Menschen. Man kann und soll versuchen, sie und sich in ihr zu verstehen, zu lernen aus ihr, wenn es gut geht, für Gegenwart und Zukunft. Abstreifen aber und einfach zurücklassen kann man sie nicht, ohne sich, möglicherweise erneut, selbst zu beschädigen.

Wenden wir uns von solch allgemeinen Überlegungen nun unserem Feld, der Geschichtswissenschaft der DDR und der Rolle, die wir, die unser Institut in ihr spielten, näher zu. Es war eine Wissenschaft, zentralistisch rigide gesteuert, die offiziell definiert wurde als Instrument der Partei der Arbeiterklasse bei der Gestaltung der sozialistischen Gesellschaft und in der Auseinandersetzung mit dem Imperialismus und der bürgerlichen Ideologie. So etwa hieß es im Programm der Sozialistischen Einheitspartei, so verlangten es deren führende Funktionäre, und so verstanden es - wir sollen und dürfen das nicht vergessen -, viele Historiker, was immer sie taten zur Realisierung und konkreten Umsetzung solcher Forderung, Orientierungen, die die Wissenschaft zum ausführenden, ausschmückenden Organ einer Politik machen wollten, deren Ziele von einer

immer arroganteren Führung bestimmt wurden, die in angemaßter Alleswisserei nicht kritische Analyse wollte, sondern Bestätigung, Argumentationshilfe allenfalls zur Durchsetzung von zuvor Bestimmtem statt Kreativität, haben der Wissenschaft schweren Schaden zugefügt. Das galt auch für uns. Man erinnere sich an viele unwürdige Diskussionen in den Veranstaltungen der Partei, der die Mehrheit der Wissenschaftler angehörte, der gewerkschaftlichen Instituts- und Bereichsversammlungen, an die strengen, dogmatischen Richtlinien und Vorgaben der Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED, die von der Leitung des Forschungsbereichs Gesellschaftswissenschaften der Akademie den Instituten weitergereicht wurden und dort, auch in dem unsrigen, in aller Regel Funktionäre, Leiter und Mitarbeiter fanden, die sich mit zelotischem Eifer um ihre Durchsetzung bemühten. Deutliche Spuren, und mehr, solcher Bemühungen finden sich in nicht wenigen Büchern und Artikeln, die wir herausgegeben haben. Kontaktverbote zu ausländischen Wissenschaftlern, Einschränkung im Zugang zu westlicher Literatur, strikte Überwachung der Publikationstätigkeit - die Stichworte mögen genügen zur Charakterisierung von Zuständen, über deren Abschaffung man nur glücklich sein kann.

Ehrliche Rückbesinnung heute darf auch nicht vorbeigehen an dem konkreten Unrecht, das Kollegen bei uns widerfahren ist. Die Namen von Herbert Bräutigam und Klaus Görisch, die auf Grund von Stasischnüffeleien - sie kamen nicht aus dem Institut, aber das Institut ist ihnen widerspruchslos gefolgt - entlassen wurden, von Bernd Jeschonnek und Karlheinz Schädlich, deren wissenschaftliche Arbeit Jahre hindurch durch politisch motivierte Verweigerung von Studienreisen schwer behindert wurde, von Rüdiger Horn schließlich, der gemäßregelt und gedemütigt wurde, weil er sich auf einer Delegiertenversammlung der Gesellschaft für Deutsch-

Sowjetische Freundschaft gegen das Verbot einer Zeitschrift ausgesprochen hatte, die durch Ehrlichkeit und Offenheit echtes Interesse für die Sowjetunion weckte und gerade dadurch so viel Zustimmung auch bei uns fand, sind noch in unserer Erinnerung.

Bleiben wir einen Augenblick beim „Fall“ Rüdiger Horn, der vergleichsweise harmlos verlief, gerade dadurch aber die Krankheit offenbarte, an der so viele von uns litten. Er hatte nichts anderes gesagt, als viele von uns in Briefen, in Erklärungen, in Versammlungsreden gesagt hatten. Im ausbrechenden Konflikt aber kamen wir nicht auf die Idee, uns mit ihm, der doch meinte, was wir auch meinten, zu solidarisieren, sondern wir duldeten das üble Spiel der Macht, spielten es mit, waren auf perverse Weise fast stolz, daß die von besonders harten Betonköpfen gewollten weitergehenden Maßnahmen gegen Rüdiger verhindert werden konnten und „nur“ eine faktisch bedeutungslose Mißbilligung herauskam und eine schließlich zu verschmerzende Verschiebung seiner USA-Reise um ein paar Monate. Gerade die vergleichsweise geringfügige Dimension der Angelegenheit, in der doch keine ernsthafte Gefahr drohte, wenn man den Herrschenden widersprach, offenbart die Kläglichkeit unseres Verhaltens - natürlich sind nur die hier gemeint, die als Mitglieder und Funktionäre der Partei oder in staatlichen Leitungsfunktionen mit der Sache befaßt waren.

„Lebt nicht mit der Lüge!“ hatte Alexander Solschenizyn im Februar 1974 einen Appell an die sowjetischen Intellektuellen überschrieben. Er forderte darin ausdrücklich nicht zu dramatischen Aktionen auf, das sei nicht nötig. Verzichteten aber solle man darauf, das zu sagen, was man nicht glaubt. Hier, so heißt es in bitterer Formulierung, „hier ist unser Weg, der leichteste und der bei unserer eingefleischten organischen Feigheit zugänglichste, erheblich leichter als der

bürgerliche Ungehorsam nach Gandhi". Sehr konkret stellte der große Moralist dann einen Forderungskatalog von Verhaltensweisen auf. Wer sich entschließe, ein ehrlicher Mensch zu werden, der die Achtung seiner Kinder und Zeitgenossen verdient, der werde von diesem Tage an

- keinen einzigen Satz, der seiner Ansicht nach die Wahrheit entstellt, schreiben, unterschreiben oder drucken,
- einen solchen Satz weder im privaten Gespräch noch vor einem Auditorium, weder im eigenen Namen noch nach vorbereitetem Text noch in der Rolle des politischen Redners, des Lehrers und des Erziehers aussprechen;
- weder mündlich noch schriftlich ein einziges „leitendes“ Zitat anführen, um es jemandem recht zu tun, um sich rückzuversichern, um in der Arbeit Erfolg zu haben, wenn er den zitierten Gedanken nicht vollständig teilt oder er keine klare Relevanz hat;
- sich nicht zwingen lassen, zu einer Demonstration oder einer Versammlung zu gehen, wenn sie seinem Wunsch und Willen nicht entspricht. Kein Transparent, kein Plakat in die Hand nehmen oder hochhalten, dessen Text er nicht vollständig zustimmt;
- die Hand nicht zur Abstimmung für einen Vorschlag heben, den er nicht aufrichtig unterstützt; nicht offen, nicht geheim für eine Person stimmen, die er für unwürdig oder zweifelhaft hält;
- sich zu keiner Versammlung drängen lassen, wo eine zwangsweise entstellte Diskussion zu erwarten ist;
- eine Sitzung, Versammlung, einen Vortrag, ein Schauspiel oder eine Filmvorführung sofort verlassen, wenn Lüge, ideologischer Unfug oder schamlose Propaganda zu hören sind.

Ich gestehe, daß ich diese einfachen und klaren Sätze wie Peitschenhiebe empfand, als ich sie,

kürzlich erst, las. Wie waren wir doch von solchem Rigorismus entfernt. Wie schwach klingt ihm gegenüber der späte Ruf nach Wahrheit in der Geschichtsschreibung, der in einer Rede aus persönlichem Anlaß in diesem Saal vor zweieinhalb Jahren ausgesprochen wurde.

Diejenigen aber, die zur Rechtfertigung früheren unmoralischen Opportunismus das Argument anführen, ein anderes Verhalten hätte keinen Sinn gehabt, man hätte die Dinge nur schlimmer gemacht – im erwähnten Fall von Rüdiger Horn spielte nach meiner Erinnerung die Überlegung eine Rolle, daß nur so die angedrohte Entsendung einer ideologischen Untersuchungskommission in das Institut und damit größerer Schaden vom Institut abzuwenden sei –, wer also so argumentiert, sollte sich darüber klar sein, daß er in dem Maße, wie seine Beschreibung der Zusammenhänge zutrifft, das vernichtendste Urteil über die von ihm verteidigten Zustände ausspricht.

Daß die Wahrheit keine einfach zu fassende Kategorie ist, ist natürlich eine Binsenweisheit. Die Pilatusfrage ist eine ewige Frage. Was ist Wahrheit? Der tiefste Grund für das verdiente, weil selbstverschuldete Scheitern des realsozialistischen Gesellschaftssystems, und mit ihm seines Wissenschaftssystems, lag vielleicht darin, daß geglaubt und gelehrt wurde, diese Frage sei keine Frage mehr. Man glaubte sich im Besitz der Wahrheit und handelte dementsprechend. Wer den Glauben nicht teilte, war Gegner, Feind, im besten Falle unaufgeklärter Irrender, dem man behilflich sein konnte, den rechten Weg zu finden – nur so lange natürlich, wie der bereit war, sich dieser Führung auf diesem Wege anzuvertrauen.

Die angemäßte Alleswisserei versperrte auf allen Gebieten die Sicht auf die Realität, machte das System zunehmend handlungsunfähig und starr, und bedeutete Stillstand, Provinzialismus

und Sterilität in der Wissenschaft. Diese kann nur gedeihen im freien Wettstreit der Meinungen, der auf der grundsätzlichen Annahme beruht, daß jede Erkenntnis nur Teilerkenntnis ist, so daß, wer Wahrheit will, um dieses Zieles willen genötigt ist, dem anderen zuzuhören, von ihm das zu lernen, was man selbst nicht leisten konnte.

Wichtige Konsequenzen, so will mir scheinen, ergeben sich für künftiges Verhalten, folgt man dieser Sicht der Dinge. Wenn nämlich die Monopolisierung der Wahrheit, die Verhinderung, ja Verteufelung von Pluralität und echter Meinungsvielfalt, das eigentliche, das Grundübel war, dann setzt das Prioritäten für künftiges Handeln. Wichtig wäre dann zunächst und in erster Linie die Entwicklung der Fähigkeit, über den selbsterrichteten oder von oben verordneten Zaun hinauszublicken, sich selbst kritisch zu sehen, eigene Erkenntnisse und Meinungen an denen anderer vorurteilsfrei zu messen, sich mit ihnen produktiv zu vergleichen. Ganz gewiß wären Korrekturen, vielleicht sehr einschneidende, nötig. Man müßte bereit sein, sie vorzunehmen. Primär aber ginge es nicht darum, Eigenes nun einfach fortzuwerfen und es eilig durch das Gegenteil dessen zu ersetzen, was man bisher gedacht und geschrieben hat. Prüfung, ohne Selbstgerechtigkeit, doch nicht ohne Selbstbewußtsein, ist geboten, ob man und womit man bestehen kann in einer freien und offenen Wissenschaft.

Nicht wenige von uns, das ist meine feste Überzeugung, sind imstande, sich in solcher Prüfung zu behaupten. Das mag erstaunlich klingen nach dem harten Urteil, das ich bisher über das Vergangene gesagt habe. Wo sollten eigentlich, könnte gefragt werden, und nicht selten hört man ja Fragen dieser Art, wo sollten eigentlich Menschen herkommen, die in diesem Vormundschaftsstaat gelebt, von ihm beengt und gebeugt wurden und die nun auf einmal fähig

sind, Vernünftiges und Produktives, in einer von alter Bevormundung freien Gesellschaft zu leisten, zu bestehen in der harten Konkurrenz einer offenen, demokratisch funktionierenden Gesellschaft und ihrer Wissenschaft. Die Antwort scheint mir leicht: Der Druck, von dem ich sprach, hat ausgereicht, das System, dem er dienen wollte, zu zersetzen und letztlich zu zerstören. Er hat nicht wenig Schaden im Denken vieler Menschen angerichtet, die Wissenschaft, wir sahen es, schwer beschädigt. Menschen aber blieben Menschen. Sie dachten nach, studierten, sahen sich um, so gut sie es konnten, bewahrten sich, gewiß nicht alle und in unterschiedlichem Maße, eine innere Unabhängigkeit, die Fähigkeit zu selbständigem Denken. Alles das gab es bei uns, natürlich nicht nur bei uns. Vor einigen Tagen fand in der Historischen Kommission zu Berlin in Nikolassee ein Kolloquium in einer seit zwei Jahren bereits laufenden Veranstaltungsreihe von Berliner Osteuropahistorikern statt. Diesmal sprach ein jüngerer Kollege unseres Instituts über ein Thema aus der Geschichte der deutsch-russischen Beziehungen vor dem ersten Weltkrieg. Es war ein sauberer, faktenreicher, quellengestützter Vortrag, der in jedem Seminar der Welt mit Erfolg hätte gehalten werden können. So war es auch hier. Es gab eine interessante Diskussion, an deren Schluß, und deshalb erzähle ich die Geschichte, der Diskussionsleiter, einer der profilierten Kollegen der Historischen Kommission, im Tone vorbehaltloser Anerkennung feststellte, man hätte erneut gesehen, daß es nicht nur eine Eduard-Winter-Schule, sondern auch eine Heinz-Lemke-Schule gegeben habe. Der Vortragende war Dietmar Wulff.

Halten wir also fest, was wir schon vor dieser Anerkennung von außen wußten – aber nicht alle wußten es, sonst wäre Heinz Lemke Professor geworden, und vielleicht wußten sie es, und er wurde gerade deshalb nicht Professor –, daß wir da einen hervorragenden Wissenschaftler

hatten, der selbst eine Fülle ausgezeichnete Publikationen veröffentlichte und schulbildend im besten Sinne jüngere Kollegen förderte. Ludmila Thomas, Armin Mitter, Dietmar Wulff mit ihren ausgezeichneten Qualifizierungsschriften sind hier zu erwähnen.

Diese Namen sind natürlich nicht die einzigen, die in diesem Zusammenhang zu nennen sind. Ich werde noch einige Namen und Aktivitäten mehr in die Erinnerung rufen, um den Punkt, um den es hier geht, deutlich zu machen. Es soll aber kein Leistungsbericht werden, in dem alles Erwähnenswerte seinen Platz finden muß. Beispiele werden angeführt, denen andere zur Seite gestellt werden könnten. Niemand also, dies meine herzliche Bitte, der, sicher zu Recht, meint, auch er sollte hier genannt werden, sei gekränkt, wenn das nicht geschieht.

Ich denke an eine Reihe wissenschaftlicher Veranstaltungen der letzten Jahre, auf denen Mitarbeiter aller Bereiche in Vortrag und Diskussion ihre Fähigkeit zu kluger, undogmatischer, sach- und quellenorientierter Geschichtsbetrachtung bewiesen haben:

- das von einer Gruppe jüngerer Kollegen vorbereitete und im wesentlichen bestrittene Kolloquium über „Kriegsgefahren und Friedenschancen im 20. Jahrhundert“ im September 1989;
- die mehrtägige Konferenz in Dresden zu Fragen der Nachkriegsregelungen, an der besonders die Kollegen des Bereichs Orientforschung beteiligt waren;
- die Kolloquien zu den deutsch-französischen Wirtschaftsbeziehungen in der Zwischenkriegszeit bzw. zum Projekt einer mehrbändigen Darstellung der deutsch-russischen Beziehungen vom 17. Jahrhundert bis zur Gegenwart.

Abwegig und töricht wäre natürlich die Behauptung,

das wären alles Sternstunden der Geschichtswissenschaft gewesen. Sicher nicht – aber die sind ja wohl überall recht selten. Wichtig ist etwas anderes. Es waren erfolgreich genutzte Gelegenheiten zu zeigen, daß Wissenschaftler dieses Instituts zu normaler, anständiger, überall vorzeigbarer wissenschaftlicher Arbeit imstande sind – mit Stärken, die man anerkennen kann und mit Schwächen, die man kritisieren muß. Dies jedenfalls war nach meiner deutlichen Erinnerung die Einschätzung auch der westdeutschen und ausländischen Kollegen, die an diesen Tagungen teilnahmen. Und man wird wohl darauf verweisen dürfen, daß die Historiker, die sich da vorstellten, ja nicht plötzlich aus dem Wendehimmel fielen. Sie hatten gearbeitet und ihr Geschichtsverständnis ausgebildet in diesem Institut, so, wie es früher war. Die Wende freilich und die mit ihr verbundene Abschaffung ideologischer Zwänge der Vergangenheit war die Voraussetzung zur freien Entfaltung der Talente und Potenzen. Der damit angedeutete komplizierte, in sich widersprüchliche Zusammenhang tritt noch deutlicher hervor, denkt man an größere Arbeiten, die in der letzten Zeit erschienen bzw. fertiggestellt wurden, selbstverständlich das Produkt mehrjähriger Arbeit, konzipiert und erarbeitet in der alten Zeit, nützlich und wertvoll in der neuen. Für ihre Beurteilung gilt mutatis mutandis das, was ich zu den Vorträgen und Diskussionen der Tagungen und Kolloquien gesagt habe. Zu denken ist, um nur noch wenige Beispiele zu nennen,

- an die Dissertationen A und B von Jan Lekschas über die amerikanisch-chinesischen Beziehungen am Ende des 19. und zu Beginn des 20. Jahrhunderts und von Mario Keßler über die Haltung der internationalen Arbeiterbewegung zum Zionismus von den 90er Jahren des 19. Jahrhunderts bis 1939,
- an Jürgen Hells Untersuchungen zur Sklavenmanufaktur in Brasilien,
- an Harald Müllers Darstellung der Außen-

- politik Preußens und Österreichs zwischen Wiener Kongreß und 48er Revolution,
- an Karlheinz Schädlich's Buch über die Mitford Sisters,
- an den von Martin Robbe herausgegebenen Band über die Welt des Islam,
- an das Buch über Wladimir den Heiligen von Stefan Wolle,
- an die Arbeiten von Wilhelm Zeil zur Geschichte der Slawistik.

Bisher war nur von Wissenschaft und Wissenschaftlern die Rede. Wichtig und unverzichtbar war aber auch die Arbeit der technischen, der wissenschaftlich-technischen und der Mitarbeiter der Verwaltung. In vielen Veröffentlichungen finden sich Dankesworte für diese Kollegen. Das sind keine Floskeln oder Höflichkeitserwähnungen. Jeder weiß, daß die Herstellung einwandfreier Manuskripte, die Anfertigung korrekter Anmerkungsapparate und Register oder auch die Vorbereitung und Durchführung von Tagungen der Tätigkeit dieser Kolleginnen und Kollegen zu danken hat.

Mit Wehmut, so sagte mir vor wenigen Tagen eine Kollegin aus diesem Kreis, denke sie an das bevorstehende Ende des Instituts. Sie ist schon sehr lange im Institut, wir kennen uns gut, und mit Politik, gar derjenigen der SED, hatte sie nie viel im Sinn, zurückhaltend ausgedrückt. Dennoch Wehmut? Wir wollen nicht sentimental werden heute. Die Wendung ist wohl Ausdruck des Gefühls, daß es vergleichsweise anständig zugeht bei uns, daß man hier leben konnte, ernst genommen wurde als Mitarbeiterin, bei allem, was auch und gerade diese Kollegin störte an manch politischem Unfug.

Die Evaluierung und ihre Ergebnisse sind bekannt. In meiner Ansprache auf der Protestkundgebung der Akademiemitarbeiter im Februar und im Brief des Direktors und des Wissenschaftli-

chen Rates an Minister Riesenhuber habe ich mich dazu geäußert. Beide Texte sind gedruckt, Sie kennen sie, ich brauche sie nicht zu wiederholen. Die Hauptpunkte meiner bei diesen Gelegenheiten formulierten Kritik halte ich aufrecht. Die Auflösung des Instituts war sachlich nicht zwingend geboten. Die kritische Debatte auf der Vollversammlung des Instituts Anfang 1990 gab den Anstoß zu personellen und strukturellen Veränderungen der Leitung, demokratisch gewählte Gremien, der Wissenschaftliche Rat und der Personalrat, nehmen mit weitreichenden Kompetenzen ihre Tätigkeit auf. Manches hätte damals schneller und energischer vorangebracht werden können, das muß man einräumen, aber deutliche, substantielle Erneuerung hatte begonnen. Wer behauptet, bei uns sei nichts geschehen und alles beim Alten geblieben, sagt nicht die Wahrheit. Unser Angebot an den Wissenschaftsrat zur Weiterarbeit in modifizierter Struktur, personell reduziert und inhaltlich erneuert, war seriös und eine bessere Lösung als die nunmehrige Zerschlagung. Bedauerlich bleibt darüber hinaus, daß die Wissenschaftslandschaft des einheitlichen Deutschlands nicht durch Zusammenfügung des auf beiden Seiten nach gleichen Kriterien zu eruierten Besten, sondern durch den Anschluß einiger Potentiale der zunächst in Trümmer geschlagenen Wissenschaft der ehemaligen DDR an die fraglos als heil und vorbildlich vorgestellte westdeutsche Wissenschaft erfolgt.

So aber ist es jetzt. Jeder einzelne ist nun auf sich gestellt und muß mit den Dingen fertig werden. Trotz hilft nicht und schon gar nicht die nostalgische Beschwörung des Vergangenen, das nicht zurückgewünscht werden kann und nicht zurückgewünscht werden soll. Keine Nostalgie also, aber auch kein Grund zur Selbstzerfleischung. Ich habe versucht zu skizzieren, welches eine angemessene, ehrliche und produktive Einstellung sein könnte, um aus dem Vergangenen

zu lernen und es in würdiger Weise fruchtbar zu machen für Künftiges. Jeder muß über sich selbst nachdenken und seinen Platz bestimmen.

Hinter uns liegt nicht die Hölle und vor uns wahrlich nicht das Paradies. Nicht wenigen von uns sind immerhin Möglichkeiten gewiesen, ihre Arbeit in neuen Arbeitszusammenhängen fortzuführen. Verschwunden aber sind mit den alten Zwängen auch die gewohnten Sicherheiten. Leistungswillen, Fleiß und große Energie wird jeder aufbringen müssen, der in einem der neuen Zentren, an einer Hochschule oder an anderer Stelle die Chance zur Arbeit hat, wenn er sich auf die Dauer behaupten will. Und auf neue Weise wird auch der moralische Appell eines Solschenizyn seine Aktualität behalten. Mit dem Institut endet auch die Arbeit des Direktors. Zusammen mit den Leitern der Bereiche und den Vorsitzenden des Wissenschaftlichen Rates sowie des Personalrates habe ich mich bemüht, so gut ich es vermochte, die Überleitung des Instituts unter den gegebenen, häufig wechselnden Konditionen so wenig ungünstig wie möglich zu gestalten. Einiges konnte erreicht werden. Anlaß zu Zufriedenheit besteht nicht. Für die nächste Vollversammlung des Wissenschaftsrates, die Ende Januar stattfinden wird, haben wir wie die anderen Institute einen Zustandsbericht über die Umsetzung der Wissenschaftsratsempfehlungen abgeschickt. In diesem Bericht wird über die einfache Wiedergabe des konkreten Umsetzungsstandes hinaus kritisch auf die folgenden Punkte mit Nachdruck verwiesen:

- offensichtliche, in krassem Widerspruch zu den Empfehlungen stehende Entscheidungen des Integrationsausschusses für WIP/HEP werden benannt mit der dringenden Bitte um Korrektur;
- angemahnt wird eine rasche und positive Entscheidung über die Bewerbungen von technischen und wissenschaftlich-technischen Mitarbeiterinnen für die Zentren;

- nachdrücklich wird verwiesen auf die vor allem bei den Universitäten liegenden Schwierigkeiten bei der Realisierung der über WIP/HEP erfolgten positiven Empfehlungen für die Überführung einzelner Mitarbeiter an die Universitäten;
- hingewiesen wird mit großem Ernst auf die ganz und gar unbefriedigende Situation in der Bewilligung der teilweise seit langem vorliegenden ABM-Bewerbungen, von denen bisher keine einzige entschieden ist.

Die Abschlußrede hat mich, wie Sie sich denken können, längere Zeit beschäftigt. Es war wohl die schwerste Rede meines Lebens. Ein paar Gedanken sind vielleicht herausgekommen. In einem Punkt aber bin ich ratlos und weiß nicht recht, was ich sagen soll. Das betrifft die Kollegen, denen jetzt nur der Gang zum Arbeitsamt bleibt. Auch für sie haben wir uns bemüht, aber leider ohne Ergebnis. Manchmal gibt es immerhin auch hier erfreuliche Überraschungen. Ich habe heute gehört, daß Kollegin Vehma von ihrem Gang zum Arbeitsamt nicht als registrierte Arbeitslose herauskam, sondern vermittelt in eine Stelle, die ihren Wünschen und Neigungen durchaus entgegen kommt. Lassen Sie uns hoffen, daß dieser Fall nicht der einzige bleibt.

Ich schließe mit dem herzlichen Dank an Sie alle für jahrelange, nicht selten jahrzehntelange gute Zusammenarbeit. Niemand von uns wird wohl diese Zeit vergessen, die Gutes und weniger Gutes, Erfolge und Mißerfolge gebracht hat, nicht wenige Stunden doch auch eines kollegialen und freundlichen Miteinanders. Ihnen allen wünsche ich für die kommenden Jahre Gesundheit und alles Gute.

Fritz Klein, Prof. em. Dr., war bis 31.12.1991 Direktor des Instituts für Allgemeine Geschichte der ehemaligen Akademie der Wissenschaften in Ost-Berlin.

Wolfgang Ernst (Leipzig/Essen):

(P)OSTMODERNE IN LEIPZIG: ERFAHRUNGEN EINER GASTDOZENTUR

Sicher, ich schreibe diesen Report mit heißer Nadel, noch ohne jene Distanz, die den Historiker definiert. Nicht über den Dingen stehe ich, sondern mittendrin: Leipzig, Universität, Geschichte. Eine Analyse fast in Echtzeit also. Und so bemühe ich mich, sozusagen aus der Froschperspektive, der Bilder habhaft zu werden, in denen meine Erfahrung als Gastdozent sich niederschlägt 1).

Der Bochumer Historikertag Ende September 1990 führte zu fatalen Mißverständnissen und deutsch-deutschen Kurzschlüssen, wir erinnern uns. In meinem Fall führte er zur Einladung der Noch-DDR-Kollegen, eine Gastdozentur im Rahmen des DAAD-Programms „Hochschulförderung Ost“ an dem Ort wahrzunehmen, der damals nach wie vor Karl-Marx-Universität Leipzig hieß; die Betreuung von seiten des DAAD, der doch für Auslandskontakte zuständig zeichnet, indiziert bereits, in welchem schizophoren Schwebestand die deutsche Identität sich zu diesem Zeitpunkt sah. Hals



über Kopf verschlug es mich so (unter formaler – und freundlicher – Anbindung an die Universität Bielefeld) für ein Studienjahr an die Leipziger „Sektion Geschichte“, Abteilung Geschichte und Theorie der Geschichtswissenschaft (Lehrstuhl Günther Katsch in der Nachfolge Werner Bertholds).

Eine Chance Leipzigs bestand damals darin, aus der Situation des Umbruchs den Rückstau ideologischer Blockierung in Avantgarde zu verwandeln. Oder um eine der DDR vertraute Devise umzumünzen: „Überholen ohne einzuholen“. Warum sollte der Universität nicht gelingen, was TELECOM längst praktiziert, indem auf dem Territorium der Ex-DDR demnächst aus der Notwendigkeit, das rudimentäre Fossil eines Telefonsystems völlig neuzugestalten, durch Glasfaserverkabelung das avancierteste Kommunikationssystem Europas entstehen wird. Warum nicht auch für die Universität der – nicht nur elektronische – Anschluß unmittelbar an den Geist der 90er Jahre? Meine Suche, ein Versuch: Kann ein poststrukturaler geschichtswissenschaftlicher Ansatz auch oder gerade dort vermittelt werden, wo der Strukturalismus wissenschaftsgeschichtlich nicht einmal stattgefunden hat? In erster Linie ist die Offenheit zu vermerken, mit denen diesen Ansätzen von studentischer und von kollegialer Seite begegnet wurde.

Nur Bruchstellen sind Fundstellen (Walter Benjamin), also war hier scheinbar der rechte Ort, Michel Foucaults epistemologischen Archäologien des Wissens und Hayden Whites Metahistorien im Rahmen von Seminaren über aktuelle, als nunmehr akut empfundene (westliche) Geschichtstheorien – wovon sonst sollte ich zu reden wagen – zu diskutieren, denn das, was Foucaults Insistenz auf Diskontinuitäten und diskursiven Brechungen in der Historie besagen will, mußte nach der seit Herbst 1989 nicht mehr endenden Erfahrung der Wendung der Dinge

plausibel erscheinen. Dekonstruktionen also – dieser Begriff trifft die Lage. Das heißt das Angebot eines Denkstils, der sich der Schwebel stellt, anstatt irreduziblen Widerstreit gleich in Ordnung zu zwingen oder in angestrengte Lösungen verwandeln zu müssen. Dieses Denken von Differenz trainiert den Umgang mit jenen Verwerfungen und Verschiebungen, die sich hier im Namen der Geschichte abspiel(t)en. Zumal es sich mit Derrida, White und Foucault, mit Jameson, Lyotard und Althusser um Denker handelt, die sich allesamt einmal mit dem Marxismus auseinandergesetzt haben – erst zögernd bis begeistert, um sich dann angesichts unabweisbarer Einsichten in die Realität sozialistischer Existenz kritisch (doch nicht spurlos) abzuwenden. Eine Relektüre solcher Irritationen gibt Stoff zur Versprachlichung, zum Begriff der hiesigen Erfahrungen: „In this situation, postmodern thought can make the difference ... The debunking of grand theories and master narratives offers the intellectual space which is necessary to treat nationality as a construct with changing frontiers, governmental systems, ideological allegiances, and social fabrics ... central and eastern Europe have been every-day laboratories for deconstruction, as the old Stalinist truths crumble with even older (socialist, Catholic, nationalist, but also liberal) ones that were the spiritual source for resistance in the first place ... the seemingly contradictory political and intellectual impulses of postmodern thought and political transformation go hand in hand“ 2).

Auch eine erhöhte Sensibilität für das, was die Philosophie des posthistoire besagen will, nämlich das Ende der historischen Ereignisse als manifester Realität und ihre Rückkehr als mediale Simulakren 3), versprach ich mir in Leipzig. In der Tat kreiste eine Ringvorlesung der Leipziger Historiker 1990/91 um das Jahr „1989 – Ende oder Wende der Geschichte?“, und kürzlich widmete sich ein Kolloquium der Leipziger

Arbeitsstelle des Kulturwissenschaftlichen Instituts des Wissenschaftszentrums NRW demnächst dieser (p)osthistorischen Thematik 4).

Kaum in Leipzig eingetroffen, konnte ich auch schon erleben, wie sich am nunmehr umbenannten „Fachbereich Geschichte i.A.“ das Institut für Universal- und Kulturgeschichte der Neuzeit titelverkehrt aus der Asche (Karl Lamprechts) erhob. Kritikersprachen von Etikettenschwindel; geschah hier wirklich eine Umorientierung oder vielmehr nichts Neues? Realitäten: Die Bibliothek des Instituts besteht zum Großteil aus locker auf die Zimmer verteilten Restbeständen des alten Lamprecht-Seminars. Doch wo sein Geist nicht mehr weht (es sei denn: im Geiste Walter Markovs) sind dies nur tote Buchstaben. Der Staub auf den Regalen sagt es. Im Zimmer des amtierenden Institutsdirektors Manfred Kossok hängt ein historisches Lamprecht-Porträt, wie bloßgestellt: entkleidet von seinem schweren vergoldeten Rahmen, der daneben steht. Die Wände des Neubaus vermögen diese Last nicht zu tragen. Menschenfassungen: Es war in der Tat der zeitgeschichtliche Kontext, der Lamprechts Erbe zum archäologischen Relikt hat verkommen lassen. Zumindest in Sachen Kulturgeschichte: Auch Ansätze, sich im Mitarbeiterkreis über den Begriff der Universalgeschichte tatsächlich zu verständigen, sah ich lange versanden. Eine Briefkastenfirma also? Mitnichten. Denn eingebettet in das jetzige IZT, das Interdisziplinäre Zentrum für vergleichende Erforschung gesellschaftlicher Transformation (das ehemalige IZR, das Interdisziplinäre Zentrum für vergleichende Revolutionsforschung) vollzieht sich der Forschungsgegenstand „Transformation“ geschichtswissenschaftlich vor Ort selbst. Jene konzeptionelle Wende (mit der institutsinternen Verabschiedung eines mythologisierten Revolutionsbegriffs übrigens schon lange vor der realpolitischen „Wende“ antizipiert) ist nicht nur ein programmatischer Titel, sondern – schneller als viele

andere Institute des Fachbereichs – längst in ein wissenschaftliches Programm umgemünzt worden 5). Der Stern Kossoks strahlt nach wie vor theoria, also Einsichten aus; doch was wird aus einer universal angelegten Konstruktion, die auf einen Mittelpunkt hin zentriert ist? Vielleicht sind in Zukunft auch diesbezüglich Heterotopien angesagt.

Die Idee von 1789 kann kein global verbindlicher Maßstab mehr sein (zum bicentenaire dieser Revolution hatte das IZT im Oktober 1990 noch einmal ein beeindruckend besetztes deutsch-französisches Kolloquium organisiert). Mit Kossoks Aufforderung, den Begriff der gesellschaftlichen Transformation „von der historischen Region aus“ zu denken, ist er am Ende postmoderner, als er eingestehen möchte.

Sicher ist es kein Wunder, daß ich als Agent einer dekonstruktiven, poststrukturalen Historie Schwierigkeiten sehe mit denen, die sich an Universalgeschichte festklammern, ja sie geradezu trotzig einklagen als verteidigungswertes humanistisches Erbe aus der sozialistischen Geschichtsphilosophie gegenüber dem Neo-Historismus der neuen Tonangeber aus dem Westen. Eine Leipziger An(ver)hörung durch die geisteswissenschaftlich planende „Konstanzer Kommission“ brachte dies Ende Oktober 1990 gleich auf den Punkt des Anachronismus, als Jürgen Kocka an Kossok verwundert die Frage adressierte, welches historische Institut denn heute noch Universalgeschichtsforschung betreibt. Nun kann Anachronismus – Historiker sollten es wissen – auch eine Tugend sein; Kossoks Plädoyer für eine deutsche Geschichtswissenschaft jenseits des Germanozentrismus leuchtete ein, der durch die aktuelle Fixierung auf die Festung Europa nicht überwunden, sondern nur auf eine andere Stufe gestellt wird.

Mit Verzug machte das Institut nun den längst

fälligen Sprung nach vorn, und den Impuls gab nicht historischer Sinn, sondern die Logik des gregorianischen Kalenders: in Form der allerdings recht phantasielos betitelten Tagung „Universalgeschichte – gestern und heute“ aus Anlaß des 100. Jahrestages der Berufung Karl Lamprechts an die Leipziger Universität (10.–12. Oktober). Dafür schufen sich die Lamprecht-(Ur)Enkel nicht allein einen eigenen organisatorischen Rahmen, die Karl-Lamprecht Gesellschaft Leipzig e.V., sondern auch ein eigenes Bulletin 6). Seine Ankündigung sagt es: „Die Chance eines wirklichen intellektuellen Neubeginns, der überlieferte Kategorien grundsätzlich in Frage stellt (auch, um Bewahrenswertes an ihnen festzuhalten!), eröffnet sich mit dem Gesellschaftsumbruch, für den das Jahr 1989 eine Zäsur in internationaler Dimension bildete. Die sich daraus ergebende Aufbruchstimmung muß für einen wirklich interdisziplinären Diskussionszusammenhang genutzt werden, soll nicht allein eine ‚konservative Modernisierung‘ durch bestätigenden Rückfall in überlieferte Strukturen und Denkhaltungen geleistet werden.“

Comparativ erblickte also aus einer Situation des Bruchs das Licht der Öffentlichkeit und transformiert dies in Methode, indem es sich – gerade in der Hoffnung auf jüngere, nicht etablierte Wissenschaftler – „zwischen Geschichtswissenschaft und eher systematisch ausgerichteten Sozialwissenschaften“ ansiedelt. Tatsächlich, die Leipziger Historie kann keine Vorreiterrolle spielen, wenn sie allein auf die Implementierung der historischen Sozialwissenschaften einschwenkt, Pfade, die der Westen längst austritt (wenngleich Leipzig bekanntermaßen über einen sozialgeschichtlichen Exponenten eigenen Zuschnitts verfügt). Als der Historiker-Mittelbau im November 1990 ein Kolloquium über deutsche Sozialgeschichte im 20. Jahrhundert versammelte, sprach man recht deutlich aus, daß der Versuch der DDR-Historie, vom Marxismus her

instinktiv noch Anknüpfungspunkte an diese Methode zu finden, vielmehr ein Hindernis dieser Annäherung sei (Heß, Leipzig). Zumal sozialhistorische Kriterien, die sich am 19. Jahrhundert bewähren, für das 20. Jahrhundert und seine Diskontinuitäten schnell stumpf werden (Mooser, Bielefeld). Das uns Nächste ist das eigentlich Fremde; in Leipzig versteht man das ganz genau. Nach wie vor versagen die gängigen Instrumentarien zur Analyse dessen, was im Herbst 1989 eigentlich geschehen ist.

Der Impuls von Comparativ verdeckte gerade durch seinen Anspruch auf Neubeginn allerdings eine andere, umfassendere Initiative, deren Erbe sie nicht nur bescheidener antritt, sondern an deren Scheitern sie durch die Konzentration der Energien auf das Leipziger IZT indirekt auch beteiligt ist. Diese Geschichte ist ein Dokument für das Versagen der Ex-DDR-Historie angesichts der Chancen von 1989/90 7): Eine ost- und westdeutsch besetzte Initiativegruppe zur Gründung eines Nachfolgeorgans der bislang bestimmenden ostdeutschen Zeitschrift für Geschichtswissenschaft fand sich unter der Federführung des Leipziger Historikers Werner Bramke am 9. Februar zusammen, nachdem der Deutsche Verlag der Wissenschaften ihr ausdrücklich das Mandat dazu übertragen hatte. Unter dem von Alf Lüdke glücklich ins Spiel gebrachten Titel Übergänge sollte dieses Nachfolgeblatt nicht allein die Transformation der Geschichtswissenschaft in den neuen Bundesländern metaphorisch bezeichnen und synekdochisch selbst vollziehen, sondern darüber hinaus auch in Richtung westdeutsche Geschichtswissenschaft neue Impulse setzen: mit deutlichem Akzent auf Beiträgen zur Geschichtskultur, zur historischen Repräsentation, als Sonde für internationale Methoden-Trends auch interdisziplinärer Art (was sich im Herausgebergremium spiegeln sollte). Kaum hatte der Bielefelder Historiker Jörn Rüsen diese Bespre-

chung in ein Konzeptpapier verwandelt, berief der Verlag am 27. März unter maßgeblicher Beteiligung einer oppositionellen, konservativen Ost-Berliner Historikergruppe eine weitere Sitzung ein, die das Mandat der Leipziger Gespräche schlicht niederspielte und eine reformierte Fortführung der ZfG unter altem Namen beschloß. Und dabei blieb es; die enthronete Initiativegruppe wandte sich zwar unter Protest an die Öffentlichkeit 8), konnte ohne Verlagsbasis jedoch bis auf weiteres auch nach einer letzten Lagebesprechung am Berliner Institut für deutsche Geschichte im Juni keine reale Alternative mehr entwickeln.

Zurück in die Gegenwart. Wenn nicht unverzüglich gutausgestattete Professuren eingerichtet werden, die auch international attraktiv sind – die Mittel des Hochschulerneuerungsprogramms machen es eigentlich möglich –, steht eine fortwährende Geschichtsnormalwissenschaft ins Haus. Die Universitäten sind in den neuen Bundesländern momentan theoretisch einer der wenigen Freiräume für Denkspielräume; ihr Unternehmen verdient besondere Investitionen. Das Gegenteil ist praktisch der Fall.

Der Fachbereich Geschichte in Leipzig braucht ein signifikantes Profil, um nicht gesichtslos zu werden. Die aktuelle Haushaltslage ist keine Entschuldigung für einen Mangel an Imagination. Die materiellen Arbeitsbedingungen schwanken zwischen schlecht und recht. Das anglo- und frankophone Defizit ist der vielleicht erschreckendste Befund; für die westdeutsche Nachkriegsliteratur verfügte ein Wissenschaftler in Leipzig auch zu DDR-Zeiten bereits über den Standortvorteil der Deutschen Bücherei, eine auch architektonisch beeindruckende Einrichtung (inzwischen Frankfurt unterstellt). Ein Schiller-Zitat sagt es hier in güldenen Lettern: „Körper und Stimme leiht die Schrift dem stummen Gedanken ...“, so als ob die aktuelle philosophische

Kritik der logozentristischen Unterwerfung der Schrift hier immer schon Ausgangsbasis war. Dagegen ist das Hauptgebäude der Leipziger Universitätsbibliothek als nach wie vor nur notdürftig instandgesetzte Weltkriegsruine eine Allegorie des gegenwärtigen Stands der Dinge. Die Schreibmaschinen der Verwaltung sind noch Dinosaurier, während nun die Mikroelektronik vehement Einzug hält. Diese unheimliche Gleichzeitigkeit verführt zu Kurzschlüssen meinerseits.

Institutionalisierte Seminare über Geschichte und Theorie der Geschichtswissenschaft gehörten zur spezifischen Eigenständigkeit der ehemaligen DDR-Geschichtswissenschaft und bestehen nunmehr fast einzigartig auf dem Gebiet der altneuen Bundesrepublik. Die ost-westlich besetzte Strukturkommission, die derzeit über den personalen Fortbestand des Leipziger Fachbereichs nachdenkt, mag dies befinden. Zwar würde fast niemand im Historikerkreis eine gänzliche Auflösung dieses Seminars als wirklichen Verlust empfinden, doch ist dies ein Indiz für die Überflüssigkeit der Geschichtstheorie?

Im Hinblick auf die internationale Methoden-debatte war die DDR Einseitigkeiten verfallen; umso dringlicher ist nun die Chance zur Horizontverschmelzung. Kontakte zur osteuropäischen Historiographiegeschichte (etwa an der Universität von Brno, CSFR) sind Kapital, das jetzt eingebracht werden kann. Im Rahmen des universal- und kulturgeschichtlichen Instituts schickte sich die Abteilung Theorie jünger an, die Geschichtswissenschaft ostdeutscher Universitäten wissenschafts- und institutionengeschichtlich aufzuarbeiten - Ekstase der deutschen Historie 9). Hier besteht die Möglichkeit, Diskursanalysen am Stoff der Historie zu entwickeln, mit der Geschichte der Geschichtswissenschaft selbst kurzzuschließen, also ihrem blinden Fleck. Auf die notwendige Erforschung des Zusammenhangs

von Institution und Interpretation hat Sam Weber paradigmatisch hingewiesen 10). Leipziger Impulse versprachen auch Korrespondenzen mit Kollegen in Bielefeld (Rüsen) und Freiburg (Schulin); der Brückenschlag zum Kulturwissenschaftlichen Institut (Essen/Leipzig) resultierte in der gemeinsamen Organisation und Finanzierung einer Gastvortragsreihe zu Geschichtstheorie und -kultur (Kudrna, Ujica, Dann, Diner, Rüsen, Treusch-Dieter). George Iggers (Buffalo, New York) wird 1992 voraussichtlich eine Gastprofessur an dieser Abteilung übernehmen. Es gilt, diese Forschungslinie eher zu entlasten als abzuwickeln 11).

Vorhandene Organisationsstrukturen, d. h. konkrete Historikerteams an der Universität Leipzig sollten nicht vorschnell im Rahmen anstehender Strukturentscheidungen zerschlagen, sondern eher (inter)national durchmischt werden. Der Gruppe um Kossok etwa merkt man wohlthuend an, daß sie sich auf internationalem Parkett zu bewegen versteht. Wie auch immer man über ideologische Überhänge des vergangenen Systems denken möchte, so verkörpert sich hier doch ein wenig jenes ostdeutsche Profil, das die westliche akademische Szene zu bereichern vermag.

Über allem schwebt das Damoklesschwert der „Evaluierung“. Die Notwendigkeit einer Kritik der wissenschaftlichen Verantwortung wird hier auch kaum bestritten; die fortdauernde Unsicherheit und die Verzögerung des Prozedere der „Evaluierung“ durch diverse Kommissionen führt jedoch zu einer Lähmung der Forschungsatmosphäre, die keine Universität auf Dauer verkraftet.

Dieser Verzug ist indes auch hausgemacht, auf der Ebene der Institute, des Fachbereichs und des Rektorats. Im August 1991 wunderte sich eine Mitarbeiterin mir gegenüber, wie es angesichts

des gnadenlosen ökonomischen Wandlungsprozesses ringsherum möglich sei, daß die universitäre Historie fast zwei Jahre nach der „Wende“ noch so monolithisch verharrt. Der Turm der Universität in Leipzig: doch aus Elfenbein? Oder von Babel? Die entscheidende Differenz zur professionellen West-Historie liegt, von Ausnahmen abgesehen, vielleicht in der Geschwindigkeit, mit der Wissenschaft be- und vorangetrieben wird. Und sie bewegt sich doch.

An dieser Stelle unterbreche ich. Die Rede über den Zustand der Geschichtswissenschaft an der Universität Leipzig und darüber hinaus tendiert dazu, jene Studenten auszublenden, um die ihre raison d'être doch kreist. Zunächst einmal: Wo sind sie? Ich erlebte ein Angebot von über 100 Veranstaltungen für die dreifache Zahl von Geschichtsstudenten, unter denen nur der ehemalige Diplom-Studiengang Geschichte – im Unterschied zur Masse der einstigen ML-Studenten – als Kern künftiger Historiker zu bezeichnen ist. Um diese Leute streiten sich die Dozenten; die Interessantesten ergreifen zudem die Möglichkeit, an eine westdeutsche Universität oder ins Ausland zu gehen, zumal die hiesige Studiensituation auch formal noch recht unklar ist. Mein Respekt vor denen, die sich bei aller Mehr- und Aufholarbeit (Sprachen etwa) dem Umstellungsprozeß stellen. Nur daß es kaum einen Studenten aus dem Westen nach Leipzig verschlägt. Wird diese Universität auf regionale Funktionen heruntergeschraubt?

Gerade das Geschichtsbewußtsein, von dem ich glaubte, es sei im Zuge der Ereignisse vom Herbst 1989 und der realen Erfahrung der Machbarkeit von Geschichte akzeleriert worden, liegt hier im Argen der Apathie. Ich selbst erfuhr im Verlauf meiner Gastdozentur die Möglichkeit zur konkreten Mitgestaltung laufender Transformationen unmittelbarer als mir von den festgefühten Altbundesländer-Strukturen her ver-

traut war. Im Westen nichts Neues; der Osten hält uns in Atem und gibt nun die Themen vor. Doch der Herbst 1989 scheint für die Leipziger vor Ort schon wieder Prähistorie zu sein; fast sind die Westler, die voller Enthusiasmus aufarbeiten wollen, was damals geschah, den Ost-Studenten schon wieder lästig. Es ist eine doppelte, eine Selbstironie der Geschichte, daß nun wieder der Westen diese Fragen reflektiert und den Diskurs darüber an sich reißt, ihn ästhetisiert und festschreibt. Die Stimme der DDR wird nach wie vor im BRD-Jargon geredet; nun steht dieser Teil ja buchstäblich auch für's Ganze. Offenbar läßt sich Geschichtsbewußtsein nur von einem archimedischen Punkt außerhalb formulieren, um so seiner eigenen Infragestellung zu entgehen. Die Dialektik von Blindness and Insight (Paul de Man) ist am Werk, ab/sichtlich.

Überhaupt zeichnet sich das kollektive Gedächtnis auch hier durch seine Lücken aus. Im Zuge meines Seminars „Zwischen Geschichte und Gedächtnis: Monumentalisierungsformen des Nationalen“ kamen wir zur Wiederentdeckung des „sogenannten“ (so der Denkmalschutzbeamte im Leipziger Landratsamt) Bismarck-Turms von Lützschena bei Leipzig. Selbst der Name war also vergessen. Ein Student grub im Archiv die Daten aus: Tatsächlich ein Bismarck-Turm, der mit seiner Fertigstellung 1915 auch gleich dem Desinteresse verfiel und nach dem Zweiten Weltkrieg nur deshalb die vom SED-Bürgermeister geplante Sprengung überlebte, weil er von der sowjetischen Armee als Peilpunkt benutzt wurde. Was in Frankreich definitiv ein Lieu de mémoire (Pierre Nora) wäre, ist hier ein Ort des Vergessens. Wer sich der Ruine heute nähert, kann eine Schlüsselerfahrung historischer Hermeneutik machen: Die Lettern BISMARCK geben sich dem forschenden Auge erst dann als Negativabdruck zur Entzifferung, wenn der Betrachter weiß, daß sie dort einmal standen. Wir

entdecken nur, was wir schon kennen: Daher vielleicht auch die Unfähigkeit der West-Historiker zur Archäologie der DDR.

Das Experiment des Kolloquiums „Medien/Revolution/Historie“ (19./20. Juli) im Rahmen des IZT 12) bestand darin, west- und ostdeutsche Wissenschaftsstile aufeinanderprallen zu lassen. Am Begriff der „Realität“ schieden sich die Geister prompt: Die Grenzen ihrer (postmodernen) Ästhetisierung wurden definiert. Während westeuropäische und nordamerikanische Literatur- und Medienwissenschaftler das Reale längst als Medieneffekt deklarieren, klagten die ostdeutschen Historiker demgegenüber eine wirkliche Wirklichkeit als point de résistance ein. Immerhin rangen sich beide Seiten Respekt ab für die beeindruckende empirische Materiallieferung einerseits und den Eindruck, solche Materialien andererseits mit Hilfe medienorientierter Revolutions- und Geschichtstheorien mobilisieren zu können. Als Heft 3 von *Comparativ* wurden die Tagungsbeiträge veröffentlicht; insofern scheint es zu gelingen, diese Veranstaltung, die sich nicht nur dem Dezember 1989 in Rumänien (Ceaucescu - Sturz eines Fernsehbildes), sondern auch der Rolle der Medien im Leipziger Herbst '89 widmete, als dezidiert Leipziger Leistung in die Diskussion zu bringen. Immerhin laufen Anstrengungen in die Richtung, die alte Bücherstadt in eine „Medienstadt“ zu transformieren.

Vielleicht noch ein museales post scriptum. Es geht in den vereinigten Staaten von Deutschland vielfach um Bereicherung; die neuen Bundesländer haben der Republik dabei nicht nur eine Menge sozialer, ökonomischer, ökologischer und historischer Lasten aufgegeben, sondern ihr auch einen neuen Berufszweig beschert: den des Diplom-Museologen. Das Leipziger Institut für Museologie, wo ich 1990/91 Blockseminare zu Museumsgeschichte und -theorie durchführte, versteht sich als ein Ort nicht nur der Ausbil-

dung, sondern auch der Reflexion des Museums-
wesens und erwartet seine Eingliederung in eine
zu schaffende Leipziger Fachhochschule. Eine
Angliederung des Instituts an die Universität für
ein Magister-Nebenfachstudium „Museologie“
würde sich als weiterer Leipziger Standortvorteil
erweisen. Nachdem bereits die ersten „Leipziger
Gespräche zur Museologie“ durch Gegenüber-
stellung der Melanchthonhäuser in Bretten (West)
und Wittenberg (Ost) Verwerfungen und Ver-
dopplungen der deutsch-deutschen Museums-
nachkriegslandschaft sondierten (13), trafen auf
der Tagung „Musealisierung der DDR? 40 Jahre
(als) kulturgeschichtliche Herausforderung“ (14)
west- und ostdeutsche Theoretiker wie Praktiker
zusammen, flankiert von den beiden deutschen
Geschichts-Häusern in Bonn und Berlin. Einer-
seits wird die „DDR“ zunehmend zum ästheti-
schen, zum musealen Objekt; andererseits stellt
sich für viele ehemalige DDR-Museen konkret
die Überlebensfrage. Die Zurückhaltung der ost-
deutschen Vertreter in der Diskussion war
signifikant; unterschiedliche Wissenschafts- und
Sprachstile bleiben manifest, doch dies vielleicht
nicht zum Nachteil der neudeutschen Polit- und
Geschichtskultur.

Das Geschichtsmuseum ist der Ort, wo Zeit und

Raum zusammenschießen. Insofern muß auch
diese Instanz das Erbe der Berliner Mauer verar-
beiten. Geradezu geschichtsallegorisch liest sich
am Ende Heiner Müllers Beschreibung dieser
Grenze, die nur gefallen zu sein scheint, um sich
zersplittert umso subtiler zu reproduzieren:
„Wenn ich vom Übergang Friedrichstraße zum
Bahnhof Zoo in Westberlin fahre, fühle ich einen
großen Unterschied von Zivilisationen, von
Epochen, von Zeit. Es gibt da verschiedene
Zeitebenen, verschiedene Zeit-Räume. Man fährt
da wirklich durch eine Zeitmauer ... Dann fiel
mir eine Bemerkung von Ernst Jünger ein. Er
sagte, man kann die Differenz von zwei Erfah-
rungen nicht diskutieren“ (15).

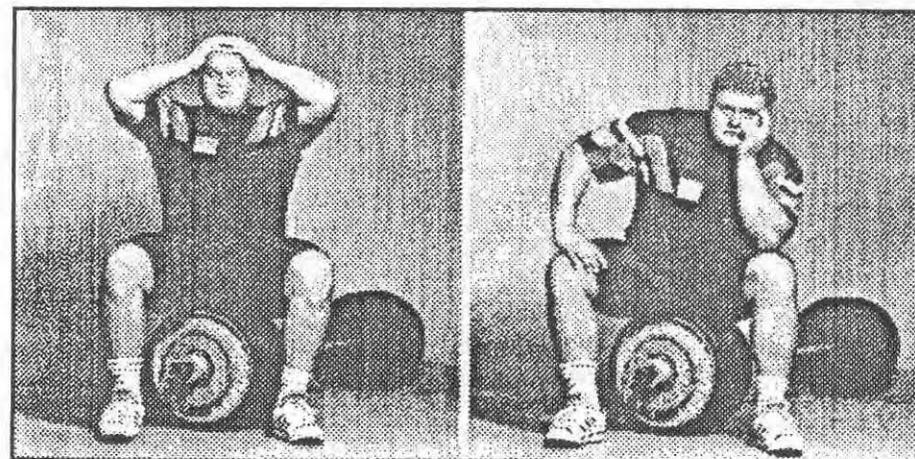
Auf meiner Hinfahrt im Oktober 1990 nach
Leipzig vollzog ich diese Erfahrung in umge-
kehrter Richtung (16). Inzwischen hat die Zeit
diese Zeitdifferenz selbst differenziert. Heute,
Ende 1991, gibt es nicht einmal mehr ein Zurück.

*Wolfgang Ernst, Dr., ist Wissenschaftlicher Mit-
arbeiter an der Fachschule für Museologie Leip-
zig und am Kulturwissenschaftlichen Institut Es-
sen.*

Anmerkungen:

- 1) Hier ganz im Sinne der Geschichtswahrnehmung eines Denkers, der gerade ob seiner Affinitäten der sozialisti-
schen Lehrdoktrin zum Opfer gefallen war: Walter Benjamin. Siehe seine Fassung letzter Hand von „Berliner
Kindheit um neunzehnhundert“, in: Gesammelte Schriften, hrsg. von Rolf Tiedemann / Hermann Schweppenhäuser,
Bd. 7.1, Frankfurt/M. 1989
- 2) Michael Geyer / Konrad H. Jarausch, „The Future of the German Past. Transatlantic Reflections for the 1990s“, in:
Central European History 22, Heft 3/4 (September/Dezember 1989), 229-259, hier 257f.
- 3) Siehe Jean Baudrillard, *Agonie des Realen*, Berlin (Merve) 1978, und ders., *Das Jahr 2000 findet nicht statt*, ebd.
1990
- 4) Tagung „Ende oder Wandlung der Geschichte - Posthistoire und Umbruch in Europa“, 28./29. November 1991
- 5) Siehe: Antrag auf Umwandlung und Umbenennung des Wissenschaftsbereiches (WB) Allgemeine Geschichte
1500-1917 in ein Institut für Universal- und Kulturgeschichte der Neuzeit, Leipzig, im September 1990
- 6) Comparativ. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichende Gesellschaftsforschung. Heft 1/1991
behandelt „Die Golfkrise“, Heft 2/1991 widmete sich „Lateinamerikas Eintritt in die Moderne“.

- 7) Die Schwierigkeit, die Unvergangenheit der DDR semantisch und typographisch zu beschreiben und aus-
zudru(ck)en, ist in sich schon eine symbolische Herausforderung an die deutsch-deutsche Historio-Graphie. In
Klammern wird die DDR buchstäblich „epochal“: Eine epoché ist zuende. Ist sie es? Die DDR ist vielmehr untot, in
ihrer Abwesenheit präsent gleich den herausgeschnittenen DDR-Emblemen an den ehemaligen Grenzübergängen, die
als Hohlform noch lesbar bleiben. Oder mit Foucault: als Rand einer Leere.
- 8) Werner Bramke, „Und wieder eine Chance vertan: Über die Scheu unter den ostdeutschen Historikern, Ausein-
dersetzungen auszufechten“, in: Neues Deutschland, 22./23. Juni 1991
- 9) Siehe Gustav Seibt, „Ein Kapitel für sich“, zum deutsch-deutschen Historikertreffen im Rahmen der Berliner
Historischen Kommission: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 14. Dezember 1990
- 10) „The Limits of Professionalism“, in: *Institution and Interpretation*, Minneapolis (University of Minnesota Press)
1987, 18ff
- 11) Als veritable Post-Historie erscheint demgegenüber eine Prüfungs-Frage dieser Abteilung aus vergangener Zeit:
„In der Pause tritt ein Schüler mit folgender Frage an Sie heran: Gestern erhielten wir von meiner Großmutter aus
der BRD einen Brief. Er war mit einer Rosa-Luxemburg-Briefmarke frankiert. Das verstehe ich nicht. Wieso ehrt die
BRD die Mitbegründerin der KPD? Was würden Sie dem Schüler antworten? (Diese Briefmarke wurde 1974
herausgegeben).“
- 12) Siehe Tagungsreport Patrick Bahners, „Nichts für den Nahkampf. Deutsche Dissonanzen:
Transformationsforschung in Leipzig“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 9. August 1991
- 13) Siehe Stefan Rhein, „Reformationsgeschichtliche Museen“, in: Museumsblatt. Mitteilungen aus dem Museums-
wesen Baden-Württemberg 5 (August 1991), 16-20
- 14) Die Direktion des Instituts bemüht sich derzeit um eine Finanzierung der Tagungspublikation, die gleichzeitig die
Reihe Leipziger Gespräche zur Museologie eröffnen soll.
- 15) Gesammelte Irrtümer, Frankfurt/M. 1986, 69. Nicht von ungefähr stieß ich auf dieses Zitat in der Wiener
Zeitschrift für philosophischen Ost-West-Dialog *Mesotes* (2/1991).
- 16) Meine damalige posthistorische Erwartungshaltung ist für die Zeit des Mauersturms dokumentiert: „DIS-
SEMI-NATION“, in: *fragmente. schriftreihe zur psychoanalyse* 32/33 (Themenheft: „Von der Liebe zur Nation /
Zur Politik kollektiver Identifizierung“), Kassel, Juni 1990, 137-148



Mathias Middell (Leipzig):

GESCHICHTSWISSENSCHAFT IM ÜBERGANG. ZU DEN
KRISENMOMENTEN DER
DDR-HISTORIOGRAPHIE BEIM SPRUNG IN DIE NEUEN VERHÄLTNISSE

Zwei Jahre liegen inzwischen hinter der Historiographie im Osten Deutschlands, seitdem ihr die Welt zusammenbrach. Kaum Zeit blieb, um eine Bilanz zu ziehen, und dort, wo die Chance dazu bestand, wurde sie – wohl aus Angst, den Verletzungen von außen auch noch innere hinzuzufügen, – zumeist vertan. (So löste sich etwa die Historikergesellschaft der DDR sang- und klanglos auf, als der Historikerverband anfängliche Gesprächsbereitschaft einschränkte.) Chancensicherung in den neuen Verhältnissen steht im Vordergrund.

Dieser Beitrag kann weder eine solche Bilanz, die zuerst als Tableau der Publikationen und Aktivitäten zusammenzutragen wäre, noch die Bewertung der DDR-Geschichtswissenschaft leisten. Vielmehr sollen einige Anregungen für die Strukturierung der immer noch möglichen, vor allem aber notwendigen Diskussion formuliert werden – in der Hoffnung auf Widerspruch und Ergänzung, mithin öffentliche Auseinandersetzung.

Für manchen, der den institutionalisierten Teil

der Geschichtswissenschaft verlassen hat oder sich aus Deutschland weg begibt, ist die Frage „Wer möchte noch Historiker sein im Osten Deutschlands?“ bereits negativ beantwortet, die vielleicht zugespitzt erscheint. Reflektiert wird ein Zustand der Lähmung und Resignation, der eine Krisenbewältigung schweren Belastungen unterwirft. Andererseits zeigen die Schwierigkeiten der letzten beiden Jahre: die Vision vom einfachen Import einer neuen, von Vergangenheit im „Unrechtsstaat“ nicht angekränkelten Historiographie ist eine Schimäre.

Welche Lebenszeichen gibt die ehemalige DDR-Historiographie noch von sich? Einige wissenschaftliche Untersuchungen, die bereits vor dem Herbst 1989 konzipiert und geschrieben wurden, erschienen noch, wo die Verlage überlebten und aufgrund ihrer vormals langen Produktionszeiten noch Texte vorrätig hatten. Neue Untersuchungen sind dagegen rar. Dies scheint auch völlig verständlich:

1. Ein Prüfen der bisher getanen Arbeit läßt sich nicht über Nacht abschließen. Der Zusammen-

bruch des Staates, des gesellschaftlichen Systems und der darin auf die eine oder andere Weise eingebundenen Historiographie birgt einen schmerzhaften Prozeß der Überprüfung bisheriger Wertvorstellungen in sich. Nur wer diesen auch zeitraubenden Prozeß Punkt für Punkt vollzieht, wird am Ende die Chance auf Rückgewinn wirklicher Kreativität haben. Bedenken wir, wo die westdeutsche Geschichtswissenschaft im Jahre 1947 stand, vergleichbare anderthalb Jahre nach dem Zusammenbruch des Nationalsozialismus – auch wenn der Vergleich gefahrlos ist wegen der Verschiedenheit der zusammengebrochenen Systeme. Man kann sich diesen Vorgang der Selbstprüfung und inneren Auseinandersetzung schneller wünschen, seine Ergebnisse werden jedoch umso zweifelhafter sein, je weniger er vollzogen wird.

2. Der Vergleich mit der Nachkriegssituation im Westen Deutschlands verweist uns aber auf ein zweites Phänomen, das die gegenwärtige Publikationsflaute erklärt: So paradox es klingen mag, es besteht für die ostdeutschen Historiker kein existentieller Druck, der Gesellschaft historische Erklärungen zu liefern. Schul- und Lehrbücher, Sachbücher und wissenschaftliche Darstellungen aus einem nicht in Frage gestellten Teil der deutschen Historiographie überschwemmen den Markt, und zunehmend verzichten Verlage im Osten auf ihre angestammten, teils tatsächlich, teils durch mediale Pauschalisierungen diskreditierten Hausautoren – dem Wertewandel beim Publikum somit Rechnung tragend. Hinzu kommt, daß für die Bearbeitung der Topthemen sog. „historischer Aufarbeitung der jüngsten Geschichte“ eine sensationserprobte Boulevardpresse die Rezeptionsgewohnheiten prägt, die abgewogenerem wissenschaftlichem Urteil kaum Zeit noch Raum zur Entfaltung lassen. Auch der Aktenzugang – unverzichtbare Voraussetzung für die Arbeit des Historikers – bleibt zahlungskräftigen Journalen und nun auch den Opfern der

DDR-Gesellschaft vorbehalten. Unter solchen Bedingungen fällt es den Historikern doppelt schwer, ihren Platz bei der Formierung von Geschichtskultur zurückzugewinnen.

3. Faßt man all das zusammen, was ostdeutsche Historiker seit dem Herbst 1989 an nicht veröffentlichten Papieren zur Neukonzeptualisierung ihres Arbeitsbereiches, im Kleinkrieg mit einer in ihrer Funktionsweise, nicht aber in ihrem Selbstwertgefühl erschütterten Bürokratie geschrieben haben, kommt trotzdem eine respektable intellektuelle Leistung und ein gigantischer Manuskriptberg zusammen. Fragebögen für Evaluierungskommissionen, Anträge auf die Weiterführung unverzichtbarer Finanzierungen u.ä. bieten die Masse „grauer Literatur“, die für die Historiographiegeschichte der Jahre 1989 bis 1992 unverzichtbar sein wird. Kaum jemand zeigt sich unter diesen Umständen noch zu mehrbändigen wissenschaftlichen Werken in der Lage. Der psychische Druck, den ein stetes Verlangen der Medien nach Vergangenheitsbewältigung, Rechtfertigungs- und gleichzeitig Enthüllungsliteratur erzeugt, gehört zu den schwer meßbaren, hemmenden Faktoren, wiewohl sich einige Historiker, und darunter nicht unbedingt jene, die einen moralischen Anspruch darauf erworben hätte, auf die Seite der Konjunkturritter geschlagen haben, die Analyse durch das schnelle Übermalen sog. weißer Flecken ersetzen.

4. Zu bedenken ist daneben aber auch, daß die DDR-Geschichtswissenschaft nur zu ihrem in der Öffentlichkeit bekannten kleineren Teil aus Historikern bestand, die den internationalen Standards wissenschaftlicher Produktivität entsprachen. Eine große Zahl auch von Professoren beschied sich durchaus mit einigen wenigen Publikationen in ihrer Laufbahn. Der notorische Papiermangel und eventuelle Zensurerfahrungen boten genügend Entschuldigungen. Bis heute gehört es zum guten Ton interner Auseinander-

setzungen, längere Publikationslisten als Beweis für Privilegierung im alten System anzusehen.

Ganz still war und ist es natürlich nicht. Zeitschriften erscheinen weiter – manche relativ unbeeinträchtigt vom Wandel rundherum wie die Zeitschrift für Geschichtswissenschaft –, andere tauchen in neuer Konzipierung und mit neuer, vorwiegend ostdeutscher Mannschaft auf (so etwa Berliner Debatte Initial. Zeitschrift für Socialwissenschaftlichen Diskurs oder COMPARATIV. Leipziger Beiträge zur Universalgeschichte und vergleichenden Gesellschaftsforschung), wieder andere verzehren sich in der Suche nach einem Herausgeberkreis vorwiegend westdeutscher Historiker, mit dem sich die Verlage zur Weiterführung überzeugen ließen (so etwa im Falle der Jahrbücher für Geschichte und für Geschichte des Feudalismus).

Über die Veränderungen in und für die ostdeutsche Geschichtswissenschaft selbst ist manches veröffentlicht worden, vornehmlich in den Kolonnen der überregionalen deutschen Presse. In diesen Texten verfestigt sich, so der Eindruck des vergleichenden Lesers, ein bestimmter Diskurs, dessen Elemente im wesentlichen die folgenden Aussagen und Behauptungen sind:

- Unterdrückung und Repression als Charakterzug der DDR-Geschichtswissenschaft
- ihr Charakter als Legitimationswissenschaft
- die besonders geringe Chance der Wirkung von Selbstheilungskräften innerhalb des Faches im Vergleich zur Germanistik, Soziologie u.a.
- Politik des Aussitzens und der reuelosen Reorganisation von Machtpositionen durch alte Seilschaften
- die alten Kader der „SED, die heute PDS heißt“ als Garantie für eine Reformunfähigkeit
- Überproportionierung der Zeitgeschichte und neuesten Geschichte, der Geschichte der Arbeiterbewegung und der Sozialismusgeschichte

- tatsächliche Forschung sei allein an der Akademie der Wissenschaften betrieben worden, die Geschichtswissenschaft an den Universitäten habe vernachlässigbare Resultate vorgelegt.

Wichtig am Charakter dieser Aussagen ist, – so zutreffend sie im einzelnen sein mögen – daß sie als Behauptungen, zumeist ohne den Versuch des Beweises auftreten. Differenziertere Urteile finden sich, den Diskurs zu bestimmen scheinen sie gleichwohl nicht zu vermögen. Detailkenntnis der ostdeutschen Verhältnisse gehört nicht unbedingt zu den Vorzügen jener Historiker, die Entscheidungen über die Zukunft der Geschichtswissenschaft dieses Landstrichs zu fällen haben. (Vor-)urteile teilen die Historikerschaft des Ostens in Brauchbare und Verzichtbare, bevor eine vergleichende Evaluierung nachprüfbarer Ergebnisse erbracht hätte. Das Bild, das unter den führenden Vertretern der westdeutschen Historiographie von ihren ostdeutschen Kollegen bestand, ist von hier aus nur schwer zu rekonstruieren: Auffällig und fast spaßig erscheint jedoch die völlige Überschätzung der „inneren Geschlossenheit“, die sich wohl auf das Erlebnis ostdeutscher Historikerdelegationen auf internationalen Kongressen stützte, und der Fähigkeit zu schnellen Anpassung an die Spielregeln von Macht- und Einflußverteilung in der nun gesamtdeutschen Geschichtswissenschaft. Anders ist etwa das fast irrationale Abwehrverhalten bei Gelegenheit des Bochumer Historikertages (September 1990) nicht zu erklären. Unter den ostdeutschen Historikern wurde das als Angriff auf ihre Identität mißverstanden, was nur ein – angesichts verbreiteter Unfähigkeit zu praktischem Verhalten zumeist überflüssiges – Fernhalten von den Fleischtopfen der Wissenschaftsförderung war. Abwicklung und öffentliche Angriffe zielen oft nur gegen den Versuch der Bewahrung selbständiger Positionen, gegen nicht ohne weiteres widerstands- und diskussionslos integrierbare Teile der Geschichts-

wissenschaft, werden aber im Osten als Attacke auf alle soziale Sicherung aufgefaßt. Die Orientierungsschwierigkeiten für ostdeutsche Historiker, die sich daran gewöhnt hatten, ihr Verhalten an dem auszurichten, was „in der Zeitung“ (vulgo dem „Zentralorgan“, für viele heute die FAZ) steht, ergeben sich aus der Widersprüchlichkeit des dort gepflegten Diskurses: da wird Kreativität gefordert, aber zugleich Einpassung; Polemik trifft das stigmatisierte Verhalten von sog. „Wendehälsen“, aber zugleich wird öffentliches Abschwören bisheriger methodischer Grundlagen auch von denen verlangt, die Marxisten höchstens im Vorwort ihrer Bücher waren. Nur ein weitgehender Zusammenbruch des Selbstbewußtseins erklärt das hilflos anmutende Reagieren auf die hereinprasselnden Forderungen. Die Frage, ob die ehemalige DDR-Historiographie unter anderen äußeren Bedingungen in der Lage gewesen wäre, ihre fundamentale Krise selbst und auf andere als die sich jetzt andeutende Weise zu überwinden, ist hypothetisch, aber für die Untersuchung von Varianten historischer Entwicklung nichtsdestoweniger von Reiz. Doch wenden wir uns zuerst den Momenten dieser Krise selbst zu.

Inzwischen liegen auch in durchaus beträchtlicher Zahl Äußerungen von ehemaligen DDR-Historikern zum Charakter dieser Geschichtswissenschaft, zu ihrer Krise und ihrem Zusammenbruch sowie zum Prozeß der Vereinigung und den Chancen der früheren DDR-Geschichtswissenschaft vor. Lassen wir jene Texte beiseite, die allein geschrieben werden, um die eigene Haut zu retten, bleiben zwei Arten von Texten: a) jene, die primär das individuelle Verhalten (zumeist des Verfassers) thematisieren, eigene Werke Revue passieren lassen; b) jene, die vor allem den von ihnen vertretenen Bereich der Geschichtswissenschaft im Ensemble der Spezialbereiche untersuchen.

Im Ergebnis zeigt sich – bei individuell verschiedener Akzentsetzung – das Eingeständnis der Bindung in und an ein System von Anschauungen, die aus heutiger Sicht als (vielen unverständlicherweise akzeptiertes) Korsett erscheinen und die Betonung trotzdem erreichter, wissenschaftlich reputierlicher Leistungen, die genügend internationale Anerkennung fanden, um nicht einfach der Vergessenheit anheim zu fallen. Daß die DDR-Geschichtswissenschaft Spuren hinterlassen hat in der internationalen Diskussion, ist nicht zu leugnen und unbedingt gegen pauschale Verurteilungen zu betonen, kann uns aber nicht hindern, besonders die Entwicklung der letzten Jahre ausgesprochen kritisch zu betrachten.

Entgegen den zahlreichen Individualreflexionen vermißt man weithin Darstellungen, die sich der DDR-Geschichtswissenschaft als Institution zuwenden, ihren Rekrutierungsmechanismen, der Personal- und Mittelverteilung, den großen Darstellungen (Kollektivwerken), Zeitschriften und Kongressen, schließlich dem Zusammenhang zwischen Historiographie und Geschichtskultur der DDR.

Beileibe ist die moralische Krise der Geschichtswissenschaft im Osten kein Produkt oberflächlicher Zeitungsartikel oder böswilligerweise selbstausgestellter Persilscheine auf Kosten des Nachbarn am Arbeitsplatz. Entgegen anders lautenden Behauptungen setzte diese Krise keineswegs erst im Herbst 1989 als Legitimationskrise einer Geschichtswissenschaft ein, der der zugehörige Staat abhanden kam. Ich würde für eine Differenzierung plädieren zwischen lang angelegten, gewissermaßen strukturellen Voraussetzungen dieser Krise und ihrem sichtbaren Ausbruch selbst. Grundlegendere Kennzeichen wirkten jedoch eben nicht erst nach dem berühmten Oktober 1989, sondern mindestens bereits in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre.

Zuerst wäre zu verweisen auf einen sich immer weiter verstärkenden Provinzialismus, den zu zeigen einer ausführlicheren Untersuchung der gesamten geschichtswissenschaftlichen Produktion vorbehalten bleiben müßte. Begnügen wir uns hier für den Moment mit dem Hinweis auf zwei quantifizierende Analysen:

Einmal der Rezeption der internationalen Forschungsliteratur in den Rezensionen der wichtigsten historischen Zeitschriften und Jahrbücher, wo wir eine vorwiegend auf die deutschsprachige Historiographie fixierte Geschichtswissenschaft antreffen, die neue Trends zu erheblichen Teilen nur durch die Brille einer gezerrten Rezeption aus der Bundesrepublik erfährt.

Ein gleiches Bild bietet die Analyse der in den Fußnoten ausgewiesenen Literatur in den Artikeln derselben Zeitschriften. Einer wirklich intensiven Rezeptionsleistung gegenüber der westdeutschen Historiographie (ganz im Gegensatz zur weitgehend Nichtbeachtung in umgekehrter Richtung - nur wenige Historiker kennen wirklich die Arbeiten jener DDR-Historiker, mit denen sie es auf einmal als Kollegen zu tun haben) steht - von einzelnen Ausnahmen sei hier immer abgesehen - das Verpassen internationaler Trends, wenn diese sich nicht in der westdeutschen Geschichtswissenschaft spiegelten, entgegen. Dies betrifft insbesondere die Forschungen zu Problemen der deutschen Geschichte, die sich allzulange bereitwillig hinter Sprachbarrieren und der fehlenden Notwendigkeit ihrer Überwindung verbargen. Nähe zur plumpen Legitimation kurzfristiger politischer Interessen war umgekehrt proportional der Nähe zur internationalen Diskussion.

In Bereichen, in denen sich die DDR-Geschichtswissenschaft nicht auf ein staatlich geschütztes Quellenmonopol zurückziehen konnte, sondern sich, durch Reisebeschränkungen oftmals selbst von ungedrucktem Quellenmaterial abgeschnitten, der Debatte wirklich stellen mußte, konnte

Kenntnisnahme ausländischer Arbeiten nicht ausbleiben.

Die Ursachen für einen solchen Provinzialismus sind u.a. in einer tiefen Ressourcenkrise der DDR-Geschichtswissenschaft zu suchen, die als Folgewirkung auch eine Herabsetzung der wissenschaftlichen Ansprüche hatte. Dazu gehörten vor allem die Schwierigkeiten des Quellenzugangs, nicht nur für den Bereich der allgemeinen Geschichte, d. h. „nichtdeutschen“ Geschichte, vergleichender Untersuchungen u. ä., sondern zunehmend auch für die deutsche Geschichte, wo der Innovationsimpuls der Auswertung ostdeutscher Quellenbestände verbraucht war (der etwa, um ein Beispiel von vielen zu nennen, für die Jakobinismusforschung in den fünfziger Jahren wirksam war), oder die methodologischen Fragen einer komplexer werdenden Debatte weitergehende Quellenstudien erfordert hätten. Die sich daraus ergebende Spannung zwischen Erklärungsanspruch und empirischer Basis wurde immer augenscheinlicher und führte in jenen Stül, der zu Recht anderswo als ungerechtfertigt anmaßend empfunden wurde.

Zur Ressourcenkrise gehört besonders in den Universitätsbibliotheken außerhalb Berlins (vielleicht mit der Ausnahme Leipzigs, wo die Deutsche Bücherei ein umfassendes Literaturangebot bereithielt, das gleichwohl den Hang zur Rezeption vorrangig der deutschsprachigen Literatur verstärkte) die Mittelkürzung für gesellschaftswissenschaftliche Literatur.

Dagegen mochte die Ausstattung der Berliner Akademie-Institute (zu der ein etwas erleichterter Zugang zu den Westberliner Literaturbeständen kam) und die Ausgestaltung der Staatsbibliothek zur Leitbibliothek für einen ganz und gar nicht funktionierenden Leihverkehr (eine vernünftige Konzentration knapper Mittel sah sich so durch das Nichtfunktionieren des Fernleihe-Systems in

ihrem Sinn verkehrt) wie eine Privilegierung erscheinen, was allerdings außerordentlich relativ ist.

Diese Ressourcenkrise mußte sich im Moment eines Generationswechsels besonders gravierend als Niveauverlust bemerkbar machen, da die neue Historikergruppe nicht mehr auf die in den fünfziger Jahren unter günstigeren Auspizien gesammelten Materialien zurückgreifen konnte, ihnen - den günstigen und seltenen Fall einer vorgesehenen Privilegierung unterstellt - der Status des Reisekadets zumeist bis zur zweiten akademischen Graduierung verwehrt blieb und internationale Kontakte häufig noch nicht bestanden, um die beruflichen Ressourcenlücken teilweise privatim zu füllen.

Der verzögerte Generationswechsel bildete ein drittes Krisenelement. In der DDR verlief die Generationenfolge in der Wissenschaftslandschaft unter der Wirkung anderer Faktoren als in der Bundesrepublik. Nach einer Phase beginnender Konstituierung, in der „bürgerliche Gelehrte“ mit zurückkehrenden Emigranten und einzelnen Marxisten, die aus den Haftanstalten des Nazi-regimes kamen, zusammenwirkten, bildete sich - teilweise begleitet und belastet von der Verdrängung von Nichtmarxisten und einer Austrocknung intellektueller Kultur im Umfeld des Jahres 1956 und zu Beginn der sechziger Jahre - jene Gruppe von Historikern heraus, die das Bild der DDR-Geschichtswissenschaft bis zur zweiten Hälfte der achtziger Jahre weitgehend beherrschten. Aus den verschiedenen Gründen, die keinesfalls pauschal auf den heute im Vordergrund einer oberflächlichen Debatte stehenden Aspekt der Unterdrückung Andersdenkender reduziert werden können, folgte ihnen keine Generation innovativer Historiker nach, die auf der ganzen Breite eine Trendveränderung hätten personifizieren können. So ergab sich das vielleicht eigenartige Phänomen, daß Tendenzenveränderun-

gen - und die gab es ja durchaus in der Geschichtswissenschaft der DDR - eher als Neuorientierungen einer bestimmten Gruppierung, als Gewichtverlagerung in einer personell scheinbar homogenen Historiographie, denn als Positionsveränderungen in einer Hierarchie bemerkbar waren.

Wenn eine Hypothese vorgeschlagen werden kann, dann vielleicht die von einer Historikergeneration der heute Ende 30 bis 50jährigen, die sich in der Rolle geringer Verantwortung in der zweiten Reihe eingerichtet hatte. Daß diese Gruppe heute über verwehrt Karrierechancen klagt, ist verständlich, steht aber in einem Mißverhältnis zur geringen Widerstandsbereitschaft gegen den Niveauverlust der Geschichtswissenschaft, die sie mit repräsentierten.

Diese Konstellation engt den Kreis derer, auf die sich Erneuerung stützen könnte, erheblich ein, wenn die Generationshierarchie durch die komplette Beseitigung ihrer Spitze zerstört wird. Es wäre allerdings ein Mißverständnis, die Unterscheidung in Generationen an die Stelle der Differenzierung nach individuell erbrachten Leistungen zu setzen. In jeder Generation finden sich ebenso innovative Historiker wie „Brotgelehrte“. Worauf hier der Blick gerichtet werden sollte, ist die Verantwortung von Generationen für das Gesamtbild der DDR-Geschichtswissenschaft.

Das Jahr 1968 bildete unter diesen Umständen - anders als in Westeuropa, aber auch wiederum anders als in der CSSR - nicht den Auftakt zu einem größeren Personalwechsel, der einen Paradigmenwechsel angezeigt hätte. Auch in den Folgejahren blieb die Wachablösung aus, und so zeichnete sich der hinausgezögerte Generationswechsel in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre immer stärker ab, tauchte in den Perspektivplanungen der Geschichtssektionen an den Universitäten und den Akademieinstituten deutlicher auf -

keineswegs ein Problem, das für die Geschichtswissenschaft spezifisch war, sondern sich auch in anderen Disziplinen fand.

Viertens schließlich führten die vorgenannten Probleme in ihrer Konfrontation mit grundsätzlichen Konzeptionsänderungen im Erbeverständnis der politischen Klasse der Gesellschaft und der Historiker (beides paßte keineswegs so dicht aufeinander, wie uns die oben angeführten Presseanalysen glauben machen wollen) zu einer gravierenden Methodenkrise: Kurz gefaßt trat der Anspruch, die gesamte (deutsche) Geschichte dem eigenen Erbeverständnis einzuordnen, in eine kaum mehr auszuhaltende Spannung zum überlieferten Methodeninstrumentarium, das sich einer partiellen Geschichte, die die Geschichte der revolutionären Traditionen gewesen war, bereits nicht gewachsen erwies. Die Gegensätze zwischen einem neuen (marxistisch verbrämten) Historismus und einer in statu nascendi verharrenden Sozialgeschichte wurden nicht explizit ausgetragen. Das gesellschaftskritische Potential der Marx'schen Fragestellungen verband sich mit einer apologetischen Auslegung von Marxismus-Leninismus. Ein theorieabstinenter Positivismus überwinterete daneben in den Nischen, soweit er sein Scherflein Apologie in den Vorbemerkungen ablieferte, und gehört heute zu den szenebestimmenden Auswegen für verunsicherte Osthistoriker im Umgang mit den Anforderungen des Marktes. Es gereicht kritischen Studenten zur Ehre, daß sie sich damit nicht zufrieden geben und vielleicht einen Rückfall in die Lösungsstrategien des Methodenstreits der Historiker im ausgehenden 19. Jh. verhindern.

Völlig zu Recht weisen zahlreiche Historiker auf die Veränderung ihrer Methodik, die Modifizierung zahlreicher erkenntnisleitender Forschungsvoraussetzungen, wie sie jeder Historiker unternimmt, hin. Insofern ist es auch völlig gerechtfertigt, einer Pauschalverurteilung aller ehe-

maligen DDR-Historiker entschieden entgegenzutreten, weil bei manchem auf einer individuell nachprüfbaren Anstrengung zur Bewältigung der genannten Krisenmomente beharrt werden kann. Diese Prozesse erklären auch die Differenzierungen nach dem Herbst 1989, die keineswegs in allen Fällen konjunkturellen Erwägungen entsprangen, sondern teilweise seit längerem angelegt waren.

Das grundsätzlichere Problem bestand und besteht aber darin, daß die DDR-Führung beanspruchte, ein Geschichtsbild für die Gesellschaft würde „erarbeitet, modifiziert und vermittelt“ (so das Vokabular, das andeutet, als welche Art Objekt man sich dieses Geschichtsbild vorstellte), sei mithin irgendwo greifbar, nachlesbar. Es wurde in dieser Selbstinszenierung einer Einheit von Gesellschaftswissenschaftlern und Politikern als geschichtsbildschaffendem Subjekt eine Geschlossenheit, Existenz und demzufolge Nachprüfbarkeit vorgegeben, die dem realen und differenzierten Prozeß der Entstehung und Produktion einzelner Elemente einer Geschichtskultur nicht entsprach, aber von vielen Beteiligten, sei es als „Auftrag an die Geschichtswissenschaft“, sei es als „Indoktrination in Schule, Zeitung und gesellschaftswissenschaftlicher Aus- und Fortbildung“ empfunden oder akzeptiert wurde. Das imaginaire erhielt somit durchaus soziale Realität, die Schimäre wurde zum movens für Tagungen der Historiker-Gesellschaft, auf der Ganzheit des Geschichtsprozesses als ungefährdetes Ganzsein eines Geschichtsbildes fehlinterpretiert wurde. In der Konsequenz ergab sich die besorgte Frage, ob neue Erkenntnisse nicht das Gerüst dieses Bildes erschütterten: Selbstzensur (bei der es wohl einen Unterschied machte, ob sie vor dem Forschen oder erst vor dem Veröffentlichenden stattfand) ausgehend von einer methodischen Fehlkonstruktion oder aber Publikation mit dem Makel des bewußt Unauffälligen, wohl wissend um die sog. „Sprengkraft“ der eigenen Thesen gegen-

über einem – nun doch als existent akzeptierten – einheitlichen Geschichtsbild. Mehr und mehr setzte sich, bei Jüngeren wie Älteren, die Einsicht durch, daß in der Annahme dieses Geschichtsbildes der Kardinalfehler lag. Seine Beschädigung aber, wenn schon unvermeidlich (wegen der eigenen Lauterkeit oder wegen nötiger Flexibilität gegenüber anderen Auffassungen, denn wer will als Historiker schon als tumber Tor in der internationalen Diskussion dastehen), sollte wenigstens von den parteiamtlichen Zensoren (über deren fachliches Ungenügen Einigkeit bestand, woran Hoffnungen auf Überlistbarkeit geknüpft wurden) unbemerkt geschehen. Zuvörderst blieb als Reaktion, möglichst unbekümmert an diesem Geschichtsbild vorbeizuschreiben – eine Beobachtung, die sich zahlreich belegen läßt und m.E. ihren gravierendsten (mit Folgen!) Ausdruck in dem riesigen Abstand zwischen Forschungsstand und Schulalltag fand, der qualitativ größer ist als in westlichen Ländern. Ein Vorteil? Mitnichten. Vielmehr ein Zeichen für die verkrüppelte Art, in der die DDR-Geschichtswissenschaft ihres Problemstaus Herr zu werden hoffte. Lehrer und Schüler blieben dabei auf der Strecke, ihr Vertrauen ist zu Recht tief erschüttert in die Glaubwürdigkeit ihrer Historiographie, die sie eben nicht öffentlich an den eigenen Umbruchprozessen teilhaben ließ.

Die Schuld, die die Historiographie der DDR auf sich geladen hat, besteht wohl in erster Linie darin, der Imagination einer zunehmend vergreisten Führung von der Rolle der Hagiographie in einer modernen Gesellschaft, eben der Produktion eines geschlossenen Geschichtsbildes nach Maß, nicht offen entgegen getreten zu sein, nicht einfach aus politischer Überzeugung von der Fehlerhaftigkeit zugrundegelegter Ideen über die Realgeschichte, sondern aus grundsätzlicheren theoretischen Erwägungen über die Unmöglichkeit des Anspruchs selbst. Zum zweiten aber hätte gerade die Methodenkrise der zweiten Hälfte der

achtziger Jahre Veranlassung und Gelegenheit geboten, deutlich darauf hinzuweisen, daß die „Weiterentwicklung eines geschlossenen Geschichtsbildes“ weder praktisch noch theoretisch möglich war, noch in der gewünschten Form einer germanozentrisch orientierten Historiographie die gebotene Reaktion auf eine veränderte Welt darstellen konnte, die mit der Herausforderung der Gorbacov'schen Perestrojka allerspätstens nach weltgeschichtlicher Erläuterung der neuen Zusammenhänge verlangte.

Diese Schuld fällt nun – List oder Ironie der Geschichte – insofern auf die DDR-Historiker zurück, als die Fiktion, der sie nicht entgegengetreten sind, nun als harter Vorwurf, sie sei allein Legitimationswissenschaft gewesen, gegen sie gerichtet wird. Die DDR-Geschichtswissenschaft – insofern ganz Abbild der Gesellschaft, die sie hervorbrachte und die sie spiegelte – erscheint uns im Rückblick als ein Phänomen, das vor allem einen permanenten und dabei stetig anwachsenden Problemstau vor sich her schob. Die vorschnelle Behauptung von den unzureichenden Selbstheilungskräften innerhalb der Geschichtswissenschaft der ehemaligen DDR gibt der sich ableitenden Frage, die heute natürlich nur noch hypothetischen Charakter trägt, gleichwohl aber für die Frage nach möglichen Perspektivkräften in der Konkursmasse dieser Historiographie wichtigen Frage, nämlich wann und wie dieser Problemstau aufgelöst worden wäre, eine allzu klare und eindeutige Antwort. Schauen wir lieber genauer auf die Prozesse der letzten zwei Jahre, auch wenn sich dadurch das Bild eher verwirrt.

Der Historikerkongreß Anfang Februar 1989 bot gegenüber dem lange zurückliegenden Vorgängerkongreß (1982) manch Kontinuität in der Form und auch in der Niveaulosigkeit zahlreicher Beiträge, die als weiterer Beweis – wenn es denn eines solchen bedarf – für den vorherrschenden Provinzialismus herangezogen werden könnten.

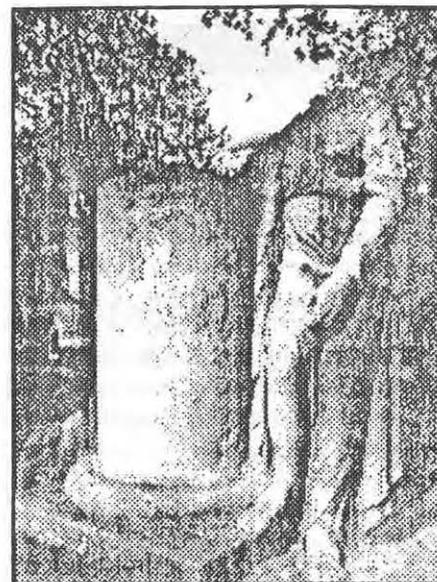
Und doch waren da völlig neue Phänomene: weitgehend unter den etablierten Historikern der älteren Generation angesiedelt, verließ insbesondere die Diskussion um den sog. Hitler-Stalin-Pakt von 1939 so deutlich ausgetretene Pfade und überschritt die Wegmarkierungen, innerhalb derer das „Geschichtsbild flexibler zu gestalten war“, daß der ansich inhaltlich belanglose Vorgang (bedenkt man den bekannten Forschungsstand und die vorangegangene Debatte in der Sowjetunion) erhebliche politische Brisanz bekam. Immerhin bestellte Kurt Hager im April 1989 führende Historiker der DDR nach Berlin zur Auswertung des „ungeheuerlichen“ Vorgangs ein. Befürchtungen bei den einen, alles könnte mit einer solchen Diskussion ins Wanken geraten, begleiteten die Hoffnungen vieler Historiker, hier sei ein weiteres Stück Erosion des bereits methodisch falschen Primats der Politik über die Wissenschaft gelungen.

Daneben aber war dieser Kongreß bestimmt vom Auftreten einer größeren Zahl jüngerer Historiker, das über die Präsentation erster Dissertationsergebnisse unter dem wachsamen Auge stolzer Doktorväter hinausreichte. Es drängt sich die Frage auf, warum gerade hieraus sich nicht die lange schmerzlich vermißten Kommunikationslinien der jüngeren DDR-Historiker ergaben, die doch in der Logik eines abzusehenden Generationswechsels (mit der entsprechenden Verantwortung für die Neugestaltung der Kommunikationsbeziehungen innerhalb der Historikerschaft) und einer tendenziell gleichen Betroffenheit von den dargestellten Krisenmerkmalen gelegen hätte.

Betrachten wir heute die Situation, so zeigt sich ein Paradox: Einerseits waren jene jüngeren Historiker (und teilweise auch Kollegen älterer Jahrgänge), die 1989 zaghaft ihren Anspruch auf einen neuen Diskurs innerhalb der DDR-Geschichtswissenschaft anmeldeten, zwischen-

zeitlich Träger verschiedenster Reformbemühungen, deren Erfolgsaussichten heute eher pessimistisch eingeschätzt werden müssen. Es war (schmerzhaft) zu lernen, daß gegen restaurative Bemühungen oftmals nur die Neubegründung von Strukturen, nicht das Umfunktionieren überlieferter Strukturen möglich war. Genau diese Neubegründung erschwert aber die Adaption der Gesamtstruktur einer intakt gebliebenen westdeutschen Historiographie.

Andererseits sehen sich zwar jene, die die oben bezeichnete Krisensituation zumindest nicht verhindert haben, einer massiven Medienkampagne ausgesetzt, aber zugleich in der praktischen Wissenschaftspolitik massiv unterstützt. So erleben wir aktuell die Vertiefung der Krise und die Entmutigung derer, die zu ihrer Überwindung eigentlich angetreten sind. Mit der nötigen Konsequenz ist der einzig mögliche Weg zu gehen: eine faire nachvollziehbare Prüfung jedes einzelnen Wissenschaftlers, inwieweit seine wissenschaftlichen Leistungen und Potenzen ihn befähigen, bei der Überwindung der Krise kreativ mitzuwirken. Politische Denunziation (jenseits des Nachweises konkreter Vergehen) ersetzt nicht die Gewichtung moralischer Integrität. Die Entsendung von Leihwissenschaftlern für einige Monate hilft ebenso wenig wie die Fortsetzung einer antiintellektuellen Kampagne in den Medien oder die „Alleinherrschaft“ der Finanzminister über die Universitäten. Die Durchmischung der Wissenschaftslandschaft zwischen Ost und West ist dringend nötig, um gegenseitig Innovationsimpulse aufzunehmen. Wer sich dagegen in einer (östlichen wie westlichen!) Wagenburgmentalität wehrt, bezeigt wenig Interesse an wissenschaftlichem Fortschritt. Weder kommen aus dem Westen vorrangig oder gar nur böse Kolonialherren, noch steht im Osten lediglich eine nachholende Revolution in der Geschichtswissenschaft an. „Evaluation für alle“ sollte an den Tag bringen, wer am besten geeignet ist, in der neuen Bundes-



republik am Geschichtsbild mitzumalen. Erst auf einer solchen Grundlage können Verurteilungen ausgesprochen werden, die berufliche Existenzen beenden könnten. Der wissenschaftspolitische Vorgang einer gleichberechtigten Prüfung aller ist unumgänglich, da der Vorsprung westdeutscher Historiker auf dem ihnen gewohnten Terrain zu groß ist, um naiv auf die marktähnlichen Mechanismen der Drittmittelvergabe und der Verlagsbeziehungen zu vertrauen. Wer die Infrastruktur der östlichen Wissenschaft zerstört, muß sich im klaren darüber sein, daß dann auf politischen Wegen Chancengleichheit wiederherzustellen ist.

Gründungsdekane und Stiftungsprofessoren erhalten jene Chance zur Neugestaltung der Geschichtswissenschaft in einem Territorium von erheblicher Ausdehnung, die nur in größeren historischen Abständen auftritt. Dies macht sicher den Reiz des „Go east“ aus. Es muß aber daran erinnert werden, daß diese Chance bei einer kontinuierlicheren Generationsablösung in Ostdeutschland den jüngeren DDR-Historikern spä-

testens Mitte der Neunziger offen geblieben wäre. Möglich sind nun verschiedene Koalitionen: Zum einen zwischen (vielen) Altinhabern der Führungspositionen, der Zwischengeneration der 40 bis 50jährigen aus dem Osten Deutschlands und westdeutschen Neugrüdern als eine verständliche Interessensymbiose im Zeichen von Neuaufbau in den neuen Bundesländern nach importiertem Konzept, Erhalt autoritärer Strukturen und relativ großzügigen sozialen Lösungen für ältere Ostwissenschaftler. Die umfangreichen Stipendienprogramme für Nachwuchswissenschaftler bekommen dann den Beigeschmack einer Abfindung für die entgangene Chance zum selbstbestimmten Paradigmenwechsel. Die andere Möglichkeit bestünde in der (späten) Formierung einer Koalition aus jüngeren Historikern Ost und West mit innovativen und argumentativ offenen älteren Kollegen für eine Erneuerung der deutschen Geschichtswissenschaft, die sich auf die internationale Diskussion stützt. Die Wahrnehmung zahlreicher Auseinandersetzungen auch als Bestandteil eines Generationskonflikts ist jedoch bisher kaum verbreitet, so daß andere Frontstellungen wesentlich größere Solidarisierungseffekte mit sich bringen.

Das Aufeinanderzugehen zwischen den Teilihistoriographien Ost und West ist dringend, einen Innovationsimpuls kann es aber nur entfalten, wenn es nicht zu einer horizontalen Teilung führt, bei der die Spitzenplätze Westdeutschen und den Eliten aus dem Osten Mitarbeiterstellen vorbehalten bleiben. Eine Teilautonomie für international anerkannte ostdeutsche Forschungs- und Interpretationsansätze gehört zur größer gewordenen deutschen Historiographie, und wird wohl nur mit Durchsetzungsvermögen und mancher Unterstützung zu erhalten sein.

Matthias Middell, Dr., arbeitet als Historiker an der Universität Leipzig.

Jürgen Teller (Leipzig):

INCIPIT VITA NOVA – FORMEL DES TATBESTANDES ODER DER UTOPIE
ANTRITTSVORLESUNG AM MITTWOCH, DEN 8.1.1992

Magnifizenz!

Sehr verehrte Damen und Herren!

Liebe Freundinnen, Freunde, Kommilitoninnen
und Kommilitonen!

Ich freue mich, daß Sie gekommen sind und meine Auffassungen zu einem Thema kennenlernen wollen, welches unser Interesse vielleicht zu berühren vermag. Im Alten Senatssaal der Alma mater Lipsiensis sprechen zu dürfen, betrachte ich als ehrenvoll, zumal das für mich eine Wiederholung in einem kostbaren Rahmen darstellt. Denn unkundig eines solchen akademischen Zeremoniells, hielt ich meine erste Vorlesung am Beginn des Wintersemesters 1991 für eine Antrittsvorlesung (und habe seither 10 Vorlesungen und 6 Seminare gehalten), und alle oder die meisten, die mir nahe standen oder Neugier bekundeten, glaubten auch, es wäre so. Nun, doppelt genäht hält besser. Und die Wege der Ämter sind mühsam, ja scheinen unerforschlich; doch wenn sie am Ende zum unsprünghch erstrebten Ziele führen, sollte man sich in den Zeiten der Abwicklungen und des Umbruchs nicht darüber verwundern, weil es halt schwierig ist – um das Modewort zu gebrauchen – fast ein halbes Jahr-

hundert Universitätsgeschichte en gros und en detail „aufzuarbeiten“.

Sind wir jetzt beim Thema? Nämlich daß ein neues Zeitalter für uns angebrochen ist? Oder sind wir hierzulande zur Normalität zurückgekehrt? Solche Fragen generell zu beantworten (obwohl sie den meisten von uns auf der Seele, auf dem Magen oder auf dem Konto liegen bzw. nicht liegen), ist nicht Aufgabe der Philosophie. Diese hat nicht mit Kenntnissen von Fakten zu tun, sondern mit Erkenntnissen, die sich aus jenen prinzipiell ergeben (also auch vorausgesetzt werden müssen) und auf den Punkt des Begreifens zu bringen sind. Philosophie ist nicht – wie Hegel meinte – die „Zeit“, „in Gedanken zusammengefaßt“, das wäre heute und ist schon lange eine allzu raumgreifende Erhebung im Sinne jener umfassenden „Weltanschauung“. Aber Philosophie kann und muß als Gewissen des Ganzen und, mit diesem selbstverständlich verbunden, des Unmittelbarsten, des Einzelnen, Individuellen fungieren – anders hätte sie kein Lebensrecht mehr.

Meine Thematik teilt sich in drei Bereiche:

1. das Neue unserer Situation
2. das Neue in der Geistesgeschichte
3. die Anwendung der Formel jetzt

Ich habe mir vorgenommen, hier und jetzt meine Einsichten von der Gewissensaufgabe des Philosophierenden, auch und gerade im Zwielficht der Wende vom real existierenden „sozialistischen“ System zum nach wie vor kapitalistischen, doch auch rechtsstaatlichen, freimarktwirtschaftlichen System zu artikulieren. Eine Wende, die weltweit sich vollzieht, zumindest auf der Tagesordnung steht und die Befreiung von mannigfacher, sehr buchstäblicher Einmauerung und totaler Bevormundung der Menschen mit sich gebracht hat, eine Wende auch, die die Verbesserung der materiell-ökonomischen und geistigen Lebens- und Verkehrsformen der Staatsbürger verspricht und die Sphäre des totalen Verdachts mitsamt der Furie des Verschwindens aus der Welt schaffen kann. Dafür sind auch und besonders in dieser Stadt Hunderttausende vier Monate wöchentlich einmal auf die Straße gegangen, friedlich, einträchtig und erfolgreich. Die Formulierung von der „Sphäre des totalen Verdachts und der Furie des Verschwindens“ stammt von Hegel und ist gemünzt auf den Terreur während der Französischen Revolution, – ach wie harmlos war dieser doch im Vergleich zum stalinschen Terror sowie seinen Setzlingen in dem von ihm beherrschten Imperium! Geheimpolizei gibt es nachweislich schon seit dem Altertum mitsamt ihren Greueln, den industriellen Massenmord und Genozid seit dem Hitlerreich, die hochtechnisierte Verschmutzung der zwischen- menschlichen, intimsten Beziehungen erst unter dem Schibboleth eines beginnenden „Reichs der Freiheit“. Den Begriff des Nihilismus, wie ihn Friedrich Heinrich Jacobi bereits am Ende des 18. Jahrhunderts prägte, konnte man an einzelnen Individuen, Sekten, Banden exemplifizieren; jetzt steht eine Figur wie Sascha Anderson dafür als die unglaubliche Ausgeburt eines ganzen Herrschaftssystems.

Die totale Gleichgültigkeit gegenüber moralischen Normen gesteht man notfalls einem schwer Geistesgeschädigten zu, mitnichten einem hellwachen, zielbewußten Kopf, nie und nimmer einem poetischen.

Sich davon zu trennen, wäre allein schon die Wende wert gewesen, und die Wurzeln eines solchen Satanismus aufzudecken, ist auf jeden Fall die Lebensaufgabe einer Generation – die Spuren schrecken.

Warum aber erscheint nicht alles neu, was beginnt? Die Weihnachts- und die Neujahrswünsche möchten wohl schon eine hohen Grad von Originalität und direkter Personenbeziehung aufweisen, um nicht automatischer Konvention zu verfallen. Das dort Anfangende, die Geburt des Christkinds oder der chronologische Jahresbeginn, werden meist so wenig als wirklicher Anfang, als etwas Neues empfunden wie der Beginn eines Arbeitstages oder einer Jahreszeit – den Frühling vielleicht ausgenommen oder eine junge Liebe und die Geburt eines Kindes. Doch die Anfänge größere Dimension, nämlich geschichtlicher Art, nehmen sich in den Herzen der vielen Leute anders oder gar nicht aus als in den Mündern der Politiker, die eben so viele Ereignisse für „geschichtlich“ erklären. Wie oft hat Gorbatschow das Prädikat „historisch“ fast aus aller Welt vereinnahmen dürfen, ehe er nun ins Nichts zu versinken droht! Und doch sind kaum sieben Jahre vergangen, seit er Weltgeschichte zu machen begann.

Was also ist wirklich Neues? In den folgenden Erörterungen stütze ich mich wesentlich auf die Bestimmung dieser Kategorie im Werk von Ernst Bloch. Zuerst kam wohl für den Anfang bzw. den erwarteten Anfang in der Kulturgeschichte der Wiederanfang, die Wiedergeburt, mithin die Wiederholung (repetitio) oder die Er-Neuerung (renovatio) in Gebrauch: das Erwartete, Erhoffte

war in einer legendären Vergangenheit angesiedelt. Alexander der Große wollte ein zweiter Achill sein. Der Vogel Phönix verbrennt sich selbst, um aus seiner Asche wiederzuerstehen. In seinem Lehrgedicht „Metamorphosen“ (c. 15) beschwört Ovid, der vom Kaiser Augustus an die umkämpfte Ostgrenze verbannte Dichter, das römische Reich, als ein von der ganzen sich ewig erneuernder Natur umgebenen, zur „verum novatrix“, als einer Art Wiedergeburt, ähnlich wie die orphischen Mysterien oder die spätantiken Isismysterien mit ihrem Verwandlungs- und Maskenzauber. „Oft war die ‚Nachahmung‘“, schreibt Ernst Bloch, „so wörtlich, daß – wie in primitiven Kulturen – die Maske des Mysteriegotts angelegt wurde. Bis in die Sprache des Paulus, ins Geheiß, den alten Adam auszuziehen, um sich mit Christus zu bekleiden, ... reicht die dramatisch-symbolische Wiedergeburt-Zeremonie“.

Vor allem Erich Auerbach (der leider wenig bekannte Romanist und Lehrer von Werner Krauss) und Ernst Bloch haben den Umschlag notiert und den neuen geschichtlichen Strang von einem ganz Neuen, das das Christentum in die Welt gebracht hat, herausgearbeitet. „... in der Bibel beginnt, von den Propheten herab, ein Verjüngungsstrom ganz eigener Art. Er hat sich bei Paulus streckenweise mit den Mysterien vereinigt, doch fast nur zum Schein, um nicht zu sagen, zur Propaganda. Das selber Neue im christlichen Mythos ist dieses, daß keine Auferstehungsgötter aus uralter Zeit nachgeahmt werden, sondern daß die Auferstehung und das Leben, als völliges Novum der Geschichte, jetzt erst entsprungen sein sollen.“

„Siehe ich mache alles neu“, heißt es in der Apokalypse, im Zusammenhang mit dem Wort vom neuen Himmel und der neuen Erde. Also kam durch die Bibel erstmals die Formel „Es beginnt ein neues Leben“, Incipit vita nova, in das Denken der Welt. Eine zweite Schöpfung statt

einer Renovatio oder Reformatio der ersten solle statthaben – und zwar in der Welt selber.

Damit ist eine neue Dimension für das Denken und Nachdenken erschlossen, die Dimension des Vorausdenkens, ja Zu-Ende-Denkens. Gegenüber dem antiken Denken der Griechen und Römer, das Auerbach als „horizontales“ charakterisiert, in welchem von Zukunft nur als einer Wiederkehr von etwas Früherem, Großartigem, einem goldenen Zeitalter die Rede ist (ausgenommen einen sehr frühen Geschichtsdarsteller namens Pherekydes), erschließt das Christentum echte Zukunft, wendet sich ab von der Wiederkehr des Gleichen, wie sie die Stoa erstmals im Abendland vertrat. Auerbach bezeichnete es als „vertikales“ Denken. Hiermit begann Geschichtsphilosophie im wahren Sinne des Wortes; ihr erster großer kirchlicher Paraklet in der Spätantike wurde Augustinus in seiner „Civitas dei“, ihr folgenreichster Denker im Mittelalter, dessen Werke bis über Thomas Münzer und die Bauernkriege ausstrahlten, der Abt Joachim di Fiore. Denn mit den Weissagungen und Prophezeiungen, allesamt letztlich der Bibel entnommen, kam das erlösende Hallelujah nicht nur in die Zukunftsmusik der Philosophie, sondern ebenso in die Erwartungen des kleinen Mannes, in die Hoffnungen der Mühseligen und Beladenen. Diese Besonderheit wollten die Freiheit und Gleichheit in Gottes Namen, wollten, daß die Erde einschwenkte in den Himmel, damit sie an den vertrösteten Gütern da oben teilhaben könnten und ihrer Ketten ledig seien. So ungeheuer entfernt, ja disparat zu allem irdischen Ungemach dachten sich die armen Leute das Himmelreich eben nicht, wie es dann die gnadenseligen, hienieden doch gnadenlosen Reformierer wie Luther oder Karl Barth predigten.

Die Renaissance, wörtlich: Wiedergeburt (der Antike), war, wie jedermann bekannt, der Anbruch der Neuzeit in nahezu allen Bereichen menschlichen Lebens. Ebenso bekannt ist, daß sie nicht

schlagartig in die Welt kam. Denn einige ihrer Wurzeln reichen bis ins tiefe Mittelalter. So war es Dante Alighieri, der den Begriff des Neuen Lebens zum Titel einer Jugendschrift machte: *La Vita Nuova*, einer Liebesdichtung, adressiert an Beatrice, die früh starb und der der größte italienische Dichter ein Denkmal in seiner „Göttlichen Komödie“ setzte, indem sie darin Vergil, den Schöpfer des römischen Nationalepos, der „Aeneis“, und seinen erdichteten Begleiter durch Hölle und Fegefeuer, ablöste, im Gang durch den Himmel (Vergil als Heide durfte da nicht hinein). Dantes *La Vita Nuova* ist vor allem wichtig durch seinen neuen Gebrauch der Volkssprache, mit der er sich seiner Angebeteten verständlich machen wollte sowie durch die Überwindung der manieristisch erstarrten, lebensfernen Troubadourlyrik; und eben in dem außerordentlichen Akzent, den er auf die Liebe als innigsten Ausdruck des neuen Lebens setzte. Junge Liebe also, das ist wahrhaft ein schöner Inbegriff für Neues Leben! Das Werk entstand 1292, also vor exakt 700 Jahren, und brachte nicht nur neben dem herrschenden Gelehrtenlatein die italienische Muttersprache zum Blühen (sie war dann in der Renaissance an allen europäischen Bildungsstätten zuhause), sondern gab eben der Liebe einen innigeren Sinn als je zuvor.

Fast ein halbes Jahrtausend später scheint es bei einem großen Philosophen und Schriftsteller noch einmal einen ausgesprochenen Rückgriff auf ein altes Vorbild, ja auf ein Altes schlechthin zu geben. J. J. Rousseaus Parole „Retourner a la nature!“ wurde in ganz Europa bekannt. „Zurück zur Natur“ meinte nicht die barocke Hirtenidylle, mit bloß spielenden Schäferinnen und Schäfern (ohne Wölfe und Räuber natürlich), sondern die Befreiung von allem Ständischen, von der verlogenen Halbwelt des Adels und der Kleriker, der Degeneration der herrschenden Gesellschaft in ihrem Luxus, statt dessen die Gleichstellung aller Bürger. Und gleichfalls in einer Liebesdichtung,

der „Neuen Heloise“, wollte der revolutionäre Genfer auf einen paradiesischen Urzustand zurückführen, wie er im Paradies dagewesen sei – ohne Sündenfall, also ohne die Ursünde der Menschheit, wie sie von den Pfaffen gepredigt wurde, aber gewiß nicht ohne Liebe. Und gewiß nicht nur auf die Dichter der Empfindsamkeit, sondern auch auf Kant und Goethe hat diese eine Urlegende vom Paradies beschwörende, auf die Zukunft gerichtete „Neue Heloise“ einen großen Eindruck gemacht, denn sie enthält Aufklärung und Sturm und Drang zugleich.

Bloch schreibt dazu im 32. Kapitel seiner „Tübinger Einleitung in die Philosophie“: „Trotzdem ist unleugbar: die Kategorie des Novum ist bis heute noch mit der ihr ureigentlichen der Renovatio verschlungen, verbunden (...). Der echte Rückgriff geht vielmehr auf das noch Zukünftige, also Ungewordene im Vergangenen, und er geht damit letztlich auf das selber noch unentsprungene Entspringen alles dessen, was geschieht. Er geht auf das treibende Daß oder den intensiven Ursprung, woraus und weshalb Leben geschieht. Darin allein liegt der Rechtsgrund der Verschlingung von Renovatio und Novum, ein äußerst schmaler, ja genau nur punktueller Rechtsgrund, wie ersichtlich. Er liegt einzig in der letztthinnigen Einheit des spätesten Was-Gehalts mit der ursprünglichsten Daß-Intensität des Weltseins. (...). Die Verbindung von Novum mit Renovation bezieht aus der möglichen Fruchtwerdung der Wurzel nur die Möglichkeit, überhaupt eine Verbindung des Letzten mit dem Ersten behaupten zu können. Doch die Wurzel des Erscheinenden selber ist keine Gewesenheit oder auch Landschaft eines bereits goldenen vergangenen Zeitalters oder irdischen Paradieses; denn sie hat noch nie in Erscheinung ihrer selbst geblüht. Und Incipit vita nova, gar ultima rezipiert keinerlei schon strahlend gewesenen Anfang zuguterletzt, am Ende, sondern bedeutet konträr das Ende eines Anfangs (...). Einzig zu dieser Frucht hin (...) intendieren

die historischen Keime, blühen die historischen Unterwegs-Gestalten, verführen selbst die Trost-erfindungen eines gewesenen, wiederzufinden- den Paradieses.“

Soweit und solange das Bloch-Zitat. Es protegiert nicht einen schlecht-unendlichen Fortschritt, es spricht das Neue (welches auch immer) nicht heilig, es trennt dieses am Ende auch nicht schlechterdings von der Erneuerung. Sondern es will die *differentia specifica* zeigen ebenso wie den schmalen Grat dazwischen, der schließlich zum Punkt zusammenschumpft. Und dieser Punkt von Blochs Geschichtsphilosophie ist der, daß nicht nur die Gegenwart mit der Zukunft schwanger geht (Leibniz), sondern auch die Vergangenheit. Die Blochsche Deutung des Neubeginns muß in seiner Unterscheidung zwischen dem Was, „was-Gestalt“ und dem Warum, der „Daß-Intensität“ landen. Will man das philosophiehistorisch umschreiben, so vermählt hier Bloch den *cum grano salis* auswendigen, die Welterschreiner in ihren Prozeß umfassenden Hegel mit dessen Jugendfreund und späteren Widerpart Schelling, der zum Warum, zu dem hervortreibenden Urgrund der Dinge einzudringen versuchte. Der Bogen, der so rätselhaft von ihm gezogen, schließlich zusammengezogen wird angesichts des Neuen und seines Begriffs, ist so alt wie die Philosophie. Der erste erhaltene, weil überlieferte Satz der Philosophie, stammt von Anaximander, einem griechischen Philosophen, der fast zweieinhalb Jahrtausende vor uns gelebt hat; bereits Anaximander fragt nach dem Daß des Was.

Meine verehrten Damen und Herren, ich fühle mich schuldig, Sie auf so glattes Eis geführt zu haben. Die Siebenmeilenstiefel des Begriffs, die Hegel gerne auszuleihen bereit war, passen mir nicht, sie sind halt zu groß. Außerdem befinden wir, die meisten wohl von uns realiter, auf glattem Eis, wenn wir das Neue bedenken oder besser

bewußt erleben. Denn hinter uns liegen nicht vierzig Jahre Diktatur, die ich für meine Person anfangs auch für die „Diktatur des Proletariats“ hielt, sondern 57 Jahre mit dem zweiten Weltkrieg dazwischen. Das ist beinahe soviel wie ein durchschnittliches Erwachsenenleben. Unser Selbstbewußtsein, das bei den Montagsdemos so herrlich gewachsen war, ist angesichts vieler neuer Kalamitäten wieder geschrumpft, das Geld ist zu einer unheimlichen Macht geworden (besonders, wo es nicht reicht), unsere wirtschaftliche Talsohle scheint immer länger zu werden, wir haben zwar eine Riesenlast abgeworfen, stehen dafür aber ziemlich nackt da; das einzige Verfassungsrecht, das in unserer verdorbenen, zu einem ekligen Wechselbalg gewordenen offiziellen Sprache noch echt klang und einklagbar erschien: das Recht auf Arbeit, gilt nicht mehr, usw. usw. Es ist eine Krux mit der neuen Freiheit, mit der neuen Technik, mit der neuen Bürokratie. Und dennoch herrscht offenkundig keine allgemeine Lethargie, kein durchgängiger Pessimismus, und die anderen ehemaligen Bruderländer – das erkennt wohl jeder – haben, ja hatten es schon immer schlechter.

Mindestens so schwer wie der ökonomische Aufholprozeß ist die geistig-politische „Aufarbeitung“ unserer Vergangenheit, aber wir werden das, wenn wir wollen, schon schaffen, weil wir hinsichtlich kritischer Aufnahme und Fleiß nicht unterbemerkt zu sein beanspruchen. Die jungen Leute (von den braunen Berserkern unter ihnen selbstverständlich abgesehen) scheinen unternehmungslustiger, reisefreudiger und selbstbewußter denn je zu sein, und die Studenten sind aufmüpfiger als wie hier nie zuvor. Das möge so bleiben! Das Wort Freiheit hat einen Inhalt bekommen, mit all den Gefahren auch, die es in sich birgt. Und eben von der Jugend können, ja müssen wir Älteren lernen, vor allem weil wir ihr und allen weiteren Nachfahren kein wohlbestelltes Feld hinterlassen haben.

Das alles gehört zur ersten Hälfte des Untertitels

vom beginnenden Neuen Leben: als Formel des Tatbestands.

Die zweite Hälfte: die Formel der Utopie ist womöglich schon im geschichtlichen Abriß meines Vortrags beantwortet worden. Sie bleibt dennoch für die meisten höchst anfechtbar, nicht nur wegen bestimmter Haltungen meines verehrten Lehrers Ernst Bloch in seiner politischen und Rechtsphilosophie (die nicht zum ersten Mal eine schlechte Presse haben), sondern anfechtbar und irritabel bis zum Exzeß, weil sich die sozialistische Theorie insgesamt bis auf die Knochen blamiert haben soll – eben als Utopie, wie sie seit 130 Jahren landläufig aufgefaßt wird: als verblasene, von allen guten Geistern verlassene, wirklichkeitsfremde Gedankenkonstruktion. Die negierende Vorsilbe in dem von Thomas Morus geklitterten Kompositum „Utopia“, zu deutsch: nirgends, sage doch eigentlich alles. Wenige machen sich die Mühe, den Gehalt des Werkes und vieler anderer zu ergründen, um vielleicht festzustellen, daß just darin der tiefere Witz dieses Zukunftstaatsentwurfes liegt: Daß das Werk seine Kraft aus der Kritik der damals gegenwärtigen Gesellschaft zieht; daß das Nicht-Sein das Sein richtet und zugleich die behäbige Selbstgefälligkeit derer, die die barbarischen Verhältnisse allemal hinzunehmen bereit sind; und daß schließlich Bloch den Begriff „Utopie“ zu einer philosophischen Zentralkategorie, ja zum Prinzip erhoben hat – mit allen Differenzierungen, die inzwischen Schule gemacht haben und weiter machen werden. Bloch als Ausbund totalitären Denkens hinzustellen, blieb ausgerechnet einem Hitler-Biographen (keinem besonders schlechten übrigens) vorbehalten. „Muß man denn immer gleich schimpfen, wo man nicht versteht“, sagt Nietzsche. Freilich, über Bloch extra will ich hier kurz vor dem Schluß meiner Rede nicht sprechen. Über ihn – und dafür

bin ich dem Rektor dankbar – werde ich noch das kommende Semester lesen.

Daß der Beginn eines neuen Lebens nicht ohne Perspektive praktisch verifiziert werden kann – man möchte doch einen Sinn darin finden, und sei es zunächst nur einen für sich selbst –, scheint mir unerläßlich. Und daß das Bewußtsein von dieser Perspektive ohne Zielrichtung nicht vorankommt, sondern pragmatisch nach dem nächsten besten greift (was als das Beste sich dann kaum erweist), dürfte ebenfalls einleuchten. Deshalb zitiere ich trotzdem noch einmal Ernst Bloch aus dem 24. Kapitel seines Buches über Hegel „Subjekt-Objekt“:

„Was der Zielinhalt (...) sein könnte, dieses freilich liegt deshalb noch hinter der Grenze der Aussagbarkeit, weil es noch gar nicht vorhanden ist. Außer in der Tendenz darauf hin und dem zweifellos schwierig definierbaren und topisierbaren Realitätsgrad des Noch-Nicht in der Tendenz. Dennoch gibt es diesen Realitätsgrad, er unterscheidet ja abstrakte Utopie von konkreter, er unterscheidet innerhalb letzterer bevorstehende, sich bereits sinnfällig abzeichnende Aktualisierungen des real Möglichen von ferner, gar in einem Ultimatum liegenden. Vorerst ist das letzt-hinnige Noch-Nicht nur durch Negationen dessen aussagbar, was es in dem Subjekt Gewordenen zuverlässig nicht ist: es ist nicht Entfremdung, nicht Entäußerung, nicht Verdinglichung, kurz, nicht Nicht-Identität des Menschen mit sich selbst.“

Ergo: Fangen wir, auch, ja unbedingt in diesem konkret-utopischen Sinne, das Neue Leben an.

Jürgen Teller, Prof. Dr., ist Honorarprofessor am Fachbereich Philosophie (i. G.) der Universität Leipzig



Jürgen Teller
während seiner Antrittsvorlesung

aus: DER SPIEGEL 4/1992

SPIEGEL: Herr Professor Teller, seit Beginn dieses Wintersemesters lehren Sie an der Universität Leipzig, an jener Hochschule, die Sie vor 35 Jahren davongejagt hatte – mit welchen Gefühlen?

TELLER: Nun, anfangs war ich richtig gerührt. Aber es ist schon etwas merkwürdig, wenn man erst im Alter von 65 Jahren seine akademische Antrittsvorlesung hält. Und selbst die hätte beinahe gar nicht stattgefunden. Wenn es nach dem Willen der neuen Philosophischen Fakultät gegangen wäre, hätte ich einfach so mit meinen Vorlesungen angefangen – als ob nichts gewesen wäre.

SPIEGEL: Und was haben Sie dagegen unternommen?

TELLER: Ich bin zum Dekan gegangen, zu Professor Lothar Kreiser, der mit mir zusammen in den fünfziger Jahren studiert hatte, und habe auf einer offiziellen Antrittsvorlesung bestanden. An

sich, so habe ich ihm erklärt, sei mir so eine Veranstaltung völlig egal. Das hier aber sei doch wohl ein Akt der Rehabilitierung – ich könne da nicht einfach so in den Saal reinkommen, als wäre ich nur für ein paar Tage draußen gewesen. Kreiser hat das akzeptiert. Überdies haben die Studenten dafür heftig votiert.

SPIEGEL: Womit beschäftigen Sie sich in Ihrer Vorlesung?

TELLER: Die Universität hatte mir zunächst eher unverfängliche Themen vorgeschlagen. Man fragte, ob ich nicht über Renaissance-Philosophie oder über die romantische deutsche Naturphilosophie reden möchte. Aber ich habe dann gesagt: Nein, wenn ich schon zusammen mit Bloch seinerzeit von der Universität geschmissen worden bin, dann möchte ich ihm zu Ehren meine Antrittsvorlesung halten. Und das habe ich nun auch gemacht.

Elke Uhl (Leipzig):

PHILOSOPHIEREN UNTER DER MACHTFRAGE – DAS JAHR 1956
AM LEIPZIGER INSTITUT FÜR PHILOSOPHIE

Die Grundfrage der Philosophie in der DDR bestand entgegen anderslautender Annahmen in der Frage der Macht. Zwar nicht von Anfang an, aber: Auch das problemlösende Denken der allzubald Verfolgten war darin mit der ideologischen Hysterie ihrer Verfolger einig, daß der Staat DDR Bestand haben, in vielem erst noch gewinnen sollte; er war das höchst schützenswerte Gut. Das Andere der bis dahin erlebten Staatsformen sei in ihm, wenn nicht schon real, so doch intendiert.

Der bald einsetzende Enttäuschungsprozeß wäre ein doppelter: Die neue Macht enthüllte sich immer deutlicher als personale Verfügungsgewalt der Partei-Oberen, die Instrumente waren die alten, nur allzu gut bekannten. Ihre theoretischen und menschlichen Freunde glaubten sich zunächst nur unverstanden. Einverständnis und Kritik hielt man sorgsam austariert. Doch anstelle der erhofften Differenzierung und Demokratisierung erhoben die Mächtigen ihren Anspruch auf Unumschränktheit und Endgültigkeit gegen jene, die vom Neuen, vom Anfangen-Wollen nicht lassen mochten.

Zu ihnen gehörte Ernst Bloch, der Philosoph, seit 1949 Inhaber eines Lehrstuhls für Philosophie und Direktor des Philosophischen Instituts an der Leipziger Universität. Bloch, 1955 noch mit Nationalpreis und Vaterländischem Verdienstorden hoch geehrt, war zwei Jahre später zwangsemigriert. Seine Assistenten und Schüler wurden bedroht, entlassen oder verhaftet. Nach jahrelangem Geplänkel um Person und Werk – seit 1953 tauchten immer wieder „Bloch-Kritiker“ auf – schien den Mächtigen nun die Zeit gekommen, widerständiges Denken zu beseitigen, weil es sich nicht in Besitz nehmen ließ.

Das Jahr 1956 entschied.

Januar: Die SED-Bezirksleitung verstärkt ihre Einflußnahme auf die politischen und wissenschaftlichen Diskussionen am Philosophischen Institut. Dabei kann sie sich auf den Beschluß des ZK der SED vom 6.12.1955 stützen, nach welchem die Bezirksleitungen nunmehr direkt für die „Anleitung“ der Parteiorganisation an den Hoch- und Fachschulen verantwortlich sind.

Februar: Die Abteilung Propaganda/Agitation der SED-Bezirksleitung sucht – gefangen in der Logik innerparteilicher Berichterstattung – nach vorzeigbaren Erfolgen ihrer ideologischen Indoktrination. Sie werden gefunden. „Als Beispiel für das Wachstum einer Grundorganisation“ stellen die Genossen lobend das Philosophische Institut heraus, „wo nach der Kritik an der Arbeit der Parteigruppe der Wissenschaftler...laufend Auseinandersetzungen stattfanden und dadurch auch die wissenschaftliche Arbeit eine Belebung erfuhr“. (1)

Doch solcherart gemeldeter Erfolg trott. Der XX. Parteitag der KPdSU hatte völlig unerwartet mit einer Kritik am Personenkult Stalins begonnen. Er sorgt für Unruhe. Von den schockierenden Enthüllungen Chruschtschows erfahren die Parteimitglieder am Philosophischen Institut zwar wie überall in der DDR nur auszugsweise und nur in geschlossenen Versammlungen; Leipzigs Parteichef Paul Fröhlich ordnet sogar noch zusätzliche Beschneidungen der Informationen an. (2) Aber die befreiende Wirkung des XX. Parteitages läßt Hoffnungen auf Demokratisierung und gesellschaftliche Erneuerung entstehen. Ernst Bloch veranlassen sie zu dem bewegenden Kommentar: „Wie doch ein bloßes Wegtun uns reich machen kann.“ Leidenschaftliche Diskussionen über Ursachen und Auswirkungen des Stalinismus, die sofort Fragen nach den Möglichkeiten einer Kursänderung der eigenen Partei provozieren, entfachen eine Aufbruchstimmung am Leipziger Institut.

Ernst Bloch nimmt sie vorweg, als er Anfang Februar auf dem mehrmals verschobenen Kongreß des Schriftstellerverbandes gegen die doktriniären Methoden der Literaturkritik polemisiert.

März: Als Leiter der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften beruft Bloch eine „Freiheitskonferenz“ ein. Schon das Thema seiner Eröffnungsrede „Freiheit, ihre Schichtung und ihr Verhältnis zur Wahrheit“ ist ein Politikum; seine Kritik am Schmalspurmarxismus des Grundlagenstudiums ein Sakrileg; sein Plädoyer für bürgerliche Freiheiten, die es erst noch zu verwirklichen und vollenden gelte, eine öffentliche Kriegserklärung. Blochs Forderung: „Die jetzig mögliche Freiheit muß geschützt werden“ (3) charakterisiert die weitverbreitete Erwartung an der Parteibasis.

Die SED-Spitze reagiert mit der Einberufung der 3. Parteikonferenz. Ulbricht, selbst überrascht vom Verlauf des XX. Parteitages – wenige Wochen zuvor hatte er die systematische Zurückdrängung des Neuen Kurses angemahnt –, zeigt sich unbeeindruckt. Er legt fest, daß die „Behandlung des Personenkults“ nicht die „Hauptfrage sei“ ein Stereotyp der Ulbrichtschen Rhetorik. Jede freimütige Diskussion wird abgeblockt. Übrig bleiben Eindämmungsversuche. Sie werden nach bewährtem Muster gestrickt: Fahndungen nach „Provokateuren“ und „partei-feindlichen Elementen“ disziplinieren.

Auch Kurt Hager nutzt die Gelegenheit und kritisiert den Zustand, „daß es an wissenschaftlichen Instituten eine sogenannte Chefideologie gibt, das heißt, daß die Anschauungen des Chefs heilig sind und absolute Gültigkeit besitzen, während die Mitarbeiter nicht zu Wort kommen und ein wissenschaftlicher Meinungsstreit fehlt.“ (4) Das war, hinterhältig auf Ernst Bloch gemünzt, eine paradoxe Umkehr der antidogmatischen Tendenz des XX. Parteitages.

Bloch ist zwei Tage Gast auf der 3. Parteikonferenz. Nach Leipzig zurückgekehrt, bekundet er im wissenschaftlichen Rat seine Enttäuschung über die „Ein-Mann-Geschichte, Regie: Walter Ulbricht“ und benennt das größte Hindernis auf dem Weg zur deutschen Einheit: den Vorsitzenden der SED. (5)

April: Walter Ulbricht spricht vor der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät der Leipziger Universität. Die Zwischenrufe von Professor Rosenkranz, als Ulbricht offensichtlich falsche Angaben über die Universitäts-Güter macht, die Wortmeldung der Hilfsassistentin Ute Geyen, die sich gegen den gerade favorisierten Anbau von Hackfrüchten irr Oderbruch wendet, mehr noch die massiven Unmutsbezeugungen der Studenten gegenüber der Person Ulbrichts alarmieren die Leipziger Bezirksleitung. Da selbst der Sekretär der Universitätsparteileitung, Wolfgang Heinke, die „Provokation“ untätig hinnimmt, leitet sie sofort Maßnahmen ein. Am 12.4. muß Heinke das Ritual von Kritik und Selbstkritik absolvieren. Dabei hinterbringt er die Äußerung Blochs über Ulbricht. Die Bezirksleitung nimmt nun die Vorkommnisse an der Landwirtschaftlich-Gärtnerischen Fakultät zum Anlaß, jede kritische Meinungsäußerung, insbesondere am Philosophischen Institut zu verfolgen. Auf der Bürositzung der Bezirksleitung am 19.4. klärt Paul Fröhlich noch zögernde Genossen auf: „Es ist jedem erlaubt, Kritik zu üben. Aber diese sogenannte Kritik am Genossen Ulbricht ist in Wirklichkeit nur die Tarnung für das Anbringen von fäulnis-erregendem Intellektualismus. Diese stinkende Ideologie ist ein Versuch, die Partei zu zersetzen. Deswegen darf man die Nachbeter kapitalistischer Propaganda nicht als eine harmlose oder als einen falschen Zungenschlag gemachte Äußerung hinnehmen, sondern muß sie ideologisch entlarven und die ganze Partei im Kampf zur Zerschlagung dieser feindlichen Ideologie erziehen.“ (6)

Folgerichtig wird Blochs „politisch-ideologische Entgleisung“ zum zentralen Punkt der Vertraulichen Verschlusssache XIII 161/56 erhoben. Am gleichen Tag beschließt die Universitätsparteileitung eine Arbeitsgruppe zur Überprüfung der ideologischen Situation am Institut für Philosophie zu bilden. Ihr gehören die Genossen Schleifstein, Handel und die Genossin Kring an. Die Universitätsparteileitung steht seit dem 21.4. vollends hinter Paul Fröhlich. (7) Vorbehaltlos erkennt sie an, „daß die Philosophie Blochs nicht exakt basiert auf den Grundlagen des Marxismus-Leninismus. ... Die politische Konzeption entspricht /der/ eines bürgerlich liberalen Menschen mit den Tendenzen der politischen Herrschaft gegen unsere Politik.“ (8) Mit der für den Parteiapparat charakteristischen Effizienz wird nun beschlossen, bis zum 25.4. in den Grundorganisationen Versammlungen durchzuführen, auf denen die feindlichen Angriffe zerschlagen werden sollen. „Mitgliederversammlungen, die nicht das entsprechende Niveau haben, werden wiederholt.“ (9) Wie um das Maß vollzumachen, berichtet der Parteisekretär des Instituts, der Logiker Johannes H. Horn, seiner übergeordneten Leitung, von einem skandalösen Vorfall. Bloch habe Ulbricht, ironisch nach dessen Befinden fragend, mit Hermann Göring verglichen. (10)

Mai: Aus Berlin wird ein zuverlässiger Genosse nach Leipzig geschickt. Genosse Möwald von der Abteilung Wissenschaft beim ZK der SED macht den Philosophen klar, daß Blochs Äußerung keine Privatmeinung, sondern eine „feindliche Forderung“ ist. Die Parteileitung distanziert sich von Bloch. Doch die „schlechte Atmosphäre“, die das Mitglied der Universitätsparteileitung, Gottfried Handel, dem Institut bescheinigt, – „spontaner Protest, ohne vorher bescheiden zu überlegen“ (11) – kann trotz massiver Drohungen nicht beseitigt werden.

Möwald muß nach zwei Wochen noch einmal die

Parteileitung instruieren. Unter den Studenten kursiert eine Resolution, die das Recht auf studentische Mitbestimmung im Vorlesungsbetrieb einklagt. Die Bezirksleitung beschließt dagegen, Studienplätze und Immatrikulationsbedingungen in entgegengesetztem Sinne zu verändern. Alle Grund-Vorlesungen sollen fortan wörtlich (!) ausgearbeitet und zur Kontrolle vorgelegt werden. Dieser Beschluß wird erst durch Intervention des Staatssekretariats für Hochschulwesen abgemildert.

Auf zentrale Anweisung (12) hin verabschiedet die Parteileitung des Instituts eine Entschließung „über die Verbesserung der Erziehung zum sozialistischen Bewußtsein und der wissenschaftlichen Arbeit“. Im Punkt 18 dieser Entschließung heißt es: „Die Diskussion über die Philosophie des Ernst Blochs im Wissenschaftlichen Rat, die über erfolgreiche Ansätze nicht hinausgekommen ist, muß auf einer grundsätzlicheren Basis fortgeführt werden.“ (13) In den folgenden Wochen beschäftigen sich die Genossen damit, Blochs Werk „Prinzip Hoffnung“ zu analysieren, wobei sie sich bemühen, „diese Diskussion vor Prof. Bloch geheim zuhalten“ (14). Johannes H. Horn und Jürgen Teller werden beauftragt, die jeweils entgegengesetzten Positionen darzustellen. Doch eine einheitliche Meinung über die Philosophie Ernst Blochs kommt trotz massiver Eingriffe übergeordneter Parteinstanzen nicht zustande.

Juni/Juli: Die Diskussionen um das „Prinzip Hoffnung“ halten an. Teller hält sein Koreferat zu Horns parteilich-kritischen „Bemerkungen zur Philosophie Ernst Blochs“. Während die Abteilung Propaganda/Agitation der Bezirksleitung beschließt, „daß eine der Voraussetzungen der Überwindung des Liberalismus am Institut die Überwindung der ‚Philosophie Blochs‘ ist“ und für den Herbst eine große Abrechnungs-Konferenz plant, zu der auch Bloch eingeladen werden soll (15), findet die Institutsparteileitung zu einer

etwas moderateren Haltung gegenüber Bloch. Sie stützt sich dabei auf die Ausführungen „Gegen den Dogmatismus“ aus dem 28. Plenum der SED.

August/September: Die SED-Bezirksleitung überarbeitet ihren Arbeitsplan zur Überprüfung der ideologisch-politischen Arbeit der Parteioorganisationen Universität, Hoch- und Fachschulen seit der 3. Parteikonferenz. Unter dem Stichwort Bloch fixiert sie die Frage: „Wird ein beharrlicher Kampf geführt gegen die reaktionäre Philosophie, gegen die Verfälschung der Begriffe Freiheit, Persönlichkeit, Demokratie sowie die Leugnung der Klassenstruktur und des Klassenkampfes?“ (16)

Oktober: Hatte der Aufstand der Arbeiter in Poznan schon im Sommer für Aufregung gesorgt, erregen nun die Begleitumstände des 8. ZK-Plenums der polnischen KP Aufmerksamkeit. Als Bloch in seiner Vorlesung zur Geschichte der Philosophie auf den polnischen Philosophen Cieszkowski zu sprechen kommt, bemerkt er: „Damals wie heute ging die Erneuerung von Polen aus“. Beflissene Spitzel berichten sofort. Anfang Oktober brechen die Unruhen in Ungarn aus. Die Universitätsparteileitung beschließt, die Parteigruppe der Wissenschaftler politisch zu „festigen“. Sie kann sich dabei insbesondere auf die Genossen Robert Schulz und Heinrich Schwartze verlassen. (17)

November: Mitten in den Tagen der Niederschlagung des ungarischen Aufstandes durch sowjetische Truppen hält Bloch seine Rede über „Hegel und die Gewalt des Systems“ an der Berliner Humboldt-Universität, in der er eine tiefe „Erfrischungsepoche des Marxismus“ fordert.

Aus der eilens einberufenen 29. ZK-Tagung zieht der 1. Sekretär der Leipziger SED-Bezirksleitung die Schlußfolgerung, „daß wir uns vorbereiten müssen auf Versuche der Konterrevolution, eine

ähnliche Lage herbeizuführen, wie sie es in Ungarn gemacht haben.“ Er installiert eine „Einsatzleitung“, der außer ihm der Chef der Leipziger Staatssicherheit, der Chef der Polizei und der Stadtkommandant angehören. Paul Fröhlich läßt keinen Zweifel an seiner Absicht: „Ich bin dafür, daß wir Methoden ergreifen, die analog sind, wie wir uns früher mit der SA und der SS auseinandergesetzt haben.“ In bezug auf die Universität vermutet er: „Wahrscheinlich sind da Leute, die eine neue SS aufmachen wollen.“ (18) Die Front war eröffnet.

Bloch sorgt sich unterdessen um seinen ungarischen Jugendfreund Georg Lukacs. Deshalb ist er erleichtert, als ihn der Leiter des Aufbau-Verlags, Walter Janka, von dem Plan informiert, Lukacs aus Budapest zu holen. Wenig später erfährt er, daß der Kulturminister J. R. Becher die ursprünglich von ihm selbst initiierte Rettungsaktion untersagt. Bloch ist empört. Als Becher am 27.11. auf einer Kulturbund-Veranstaltung in Leipzig auftritt, verweigert er die Teilnahme und läßt wissen, daß er „Lumpen nicht gamieren“ werde. Die Partei wird daraus einen Anklagepunkt formen. Heinrich Schwartze, ein paar Wochen später beauftragt, den „Offenen Brief“ der Parteileitung zu entwerfen, mit dem Blochs Zwangsemeritierung eingeleitet wurde, wird schreiben: „Wie wir erfuhren, haben sie im Zusammenhang mit den Ereignissen um Herrn Professor Dr. Georg Lukacs den Minister für Kultur, Genossen Dr. h. c. Johannes R. Becher, in gröblicher Weise beleidigt, weil er einem politisch törichtem Ersuchen von Ihnen nicht nachgekommen ist.“ (19)

Doch zuvor schaltet sich Walter Ulbricht ein. Am 28.11. beauftragt er Paul Fröhlich, „persönliche Aussprachen mit Professor Bloch“ zu führen. Außerdem schlägt Ulbricht vor, „daß in der FDJ-Gruppe der Philosophischen Fakultät eine offene Aussprache stattfindet, in der die Politik des Petöfi-Kreises und solche Auffassungen, wie sie von

Frau Werfel vertreten werden, verurteilt werden. Es ist notwendig, durch diese Diskussionen in Erfahrung zu bringen, wer von den Assistenten und Studenten die feindlichen ideologischen Positionen unterstützt. ...Die Sache ist deshalb dringend, da wir nicht beurteilen können, welche Einflüsse von Berlin oder von polnischen Vertretern auf Wissenschaftler in Leipzig ausgeübt worden sind.“ (20)

Einen Tag später wird Wolfgang Harich verhaftet. Der Verhaftungswelle fallen in Berlin Manfred Hertwig, Bernhard Steinberger, später noch Heinz Zöger, Gustav Just, Richard Wolf und Walter Janka zum Opfer.

Dezember: Ulbrichts Brief gibt das Szenario für Leipzig ab: Am 1.12. wird Carola Bloch von einem Genossen der Bezirksleitung aufgesucht und für den 4.12. vorgeladen, am 5. 12. muß sich das Ehepaar Bloch vor den Bezirksleitungsmitgliedern Hans Wetzel und Siegfried Wagner erklären. Auch Walter Markow wird zur Aussprache bestellt. Die Bezirksleitung holt Berichte von der Staatssicherheit ein, inoffizielle Mitarbeiter arbeiten zu. Die FDJ liefert die gewünschte Stellungnahme. Der Plan sieht vor, ähnlich wie in Berlin eine Harich-Gruppe, in Leipzig einen Bloch-Kreis als konterrevolutionäres Zentrum auszuheben. Folgende Personen werden von Stasi und Partei anvisiert: Carola und Ernst Bloch, Georg Lukacs, Roman Karst, Wolfgang Harich, Walter Janka, Gustav Just, Max Marius, Hans Mayer, Fritz Behrens, Theodor Litt, Gerhard Zwerenz, Erich Loest, Günther Zehm, Lothar Kleine, Jürgen Teller, Rolf Sperl, Horst Engelmann sowie Blochs Sekretärin Frau Franke. (21)

Unter Einfluß der Arbeitsbüros Ulbricht wird eine SED-Delegiertenkonferenz an der Universität vorbereitet, deren Aufgabenstellung schon vorab bekanntgegeben wird: Am 19.12. erscheint im „Neuen Deutschland“ der Artikel „Idealistische

Verirrungen unter antidogmatischem Vorzeichen“ von dem Ulbrich-Getreuen Rugard Otto Gropp. Jetzt beginnt die große Abrechnung.

Nur die Genossen am Institut für Philosophie stellen noch unsichere Kantonisten dar. Der Parteisekretär, J. H. Horn, erhält von der Instituts-Parteiversammlung am 19.12. das imperative Mandat, Gropps Anwürfe auf der Delegiertenkonferenz am 21./22.12. zurückzuweisen. (22) Er wird es nicht einlösen.

Nachdem im Referat der Delegiertenkonferenz die Versuche Harichs, „eine Linie in der DDR zu vertreten, die letzten Endes die Beseitigung der volksdemokratischen Ordnung im Auge hatte“ aufs „entschiedendste zurückgewiesen“ und im gleichen Atemzug jede Kritik am gesellschaftswissenschaftlichen Grundstudium als Angriff des Klassenfeindes gebrandmarkt wurden, stellt der anwesende Walter Ulbricht die inquisitorische Frage: „Hat Euch der Professor Bloch nicht näher informiert? Ich meine unter Philosophen muß man offen sprechen über die Konzeption von Harich. Er muß ihn doch kennen!“ Horn liefert zwar keine Indizien, um den Straftatbestand dingfest zu machen, sein Diskussionsbeitrag über die Lage der „philosophischen Front“ liegt aber ganz auf der vorgegebenen Linie. Schließlich antwortet Robert Schulz auf die entsprechende Anfrage Ulbrichts in der gewünschten Form: „Die Verhaftung Harichs hilft uns in der Klärung der Arbeit

am Institut und damit auch in der personellen und philosophischen Arbeit enorm weiter. ... die Diskussion um Harich /ist/ für uns auch eine große Erleichterung in der Klärung der Fragen ... um Professor Bloch und seine Philosophie.“ (23) Die Delegiertenkonferenz verabschiedet eine Entschließung, in der es heißt: „Am Philosophischen Institut gilt es den Kampf gegen jegliche Erscheinungen des Idealismus energischer aufzunehmen und weiterzuführen. Alle Folgen der Tätigkeit Harichs an der Philosophischen Front sind aufzuspüren und zu liquidieren. Die ungarischen Ereignisse lehren uns, daß die Partei allen zersetzenden, der Konterrevolution Vorschub leistenden Angriffen, wie sie vom Petöfi-Kreis und der Harich-Gruppe geführt wurden, entschieden entgegenzutreten werden muß.“ (24) Damit es keine Mißverständnisse gibt, resümiert Ulbricht im „Neuen Deutschland“ vom 30.12. noch einmal das Ergebnis der Konferenz: „Was wir wollen und was wir nicht wollen“.

Das letzte Heft des Jahrgangs 1956 der von Bloch herausgegebenen „Zeitschrift für Philosophie“ wird eingezogen; sein Name im Jahresinhaltsverzeichnis getilgt.

Bloch entgeht der Verhaftung. Seine politische und wissenschaftliche Isolierung in der DDR ist beschlossene Sache.

Elke Uhl, Dr., ist Aspirantin am Fachbereich Philosophie (i. G.) der Universität Leipzig

Anmerkungen:

verwendete Abkürzungen:

BV=Bezirksvorstand, PDS=Partei des Demokratischen Sozialismus, PA=Partei-Archiv, SED=Sozialistische Einheitspartei Deutschlands, BL=Bezirksleitung, UPL=Universitätsparteileitung, ZK=Zentralkomitee, PO=Parteiorganisation

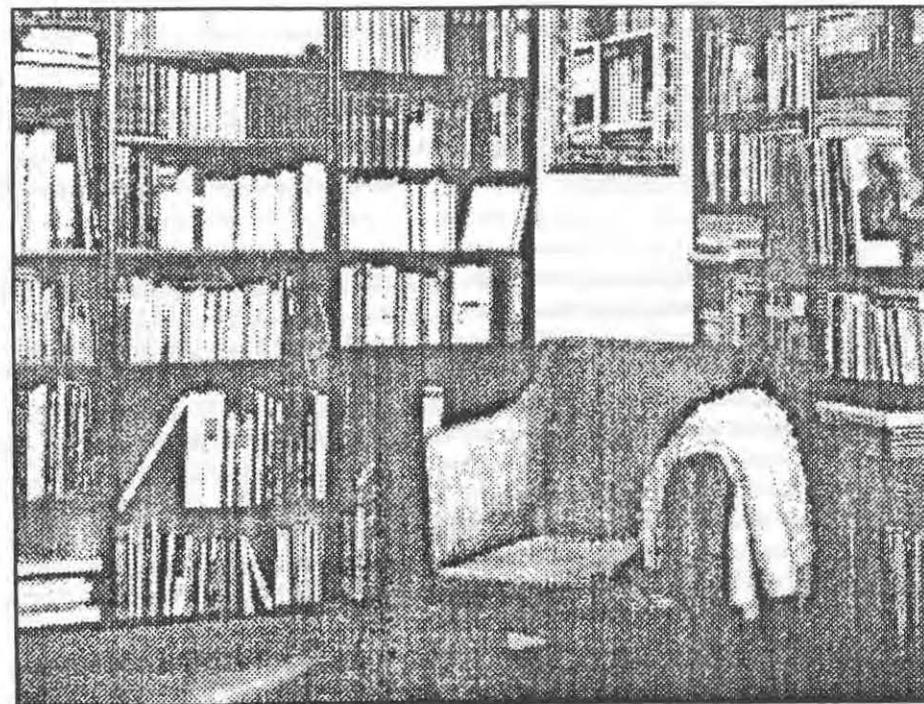
1 Bericht vom 10.2.56, BV PDS Leipzig PA, (i. f.: PA Leipzig), IV/2/9. 02/521

2 Vgl. Bürositzung der SED-BL am 27.2.56, PA Leipzig, IV/2/3/201

3 Protokoll der Konferenz der Sektion Philosophie der Deutschen Akademie der Wissenschaften zu Berlin 8.-10. März, Berlin 1956, S. 29

4 Protokoll der 3. Parteikonferenz der SED, Bd. 1, Berlin 1956, S. 354

5 Bürositzung der SED-BL am 12.4.56, PA Leipzig, IV/2/3/203



6 Bürositzung der SED-BL am 19.4., PA Leipzig, IV/2/3/204

7 Vgl. Beschluß der UPL über Maßnahmen zur weiteren Festigung der Parteiorganisation vom 21.4.56, PA Leipzig, IV/4. 14/32

8 Bürositzung der SED-BL am 19.4., a. a. O.

9 Beschluß der UPL vom 21.4.56, a. a. O.

10 UPL, Disposition für einen Bericht beim ZK am 24.4.56, PA Leipzig, IV/4. 14/64

11 Protokoll der Parteiversammlung am 2.5.56, PA Leipzig, IV/7. 124/3

12 Vgl. Aktennotiz vom 17.5.56, PA Leipzig, IV/2/9. 02/524

13 Entschließung der PO Institut für Philosophie über die Verbesserung der Erziehung zum sozialistischen Bewußtsein und der wissenschaftlichen Arbeit vom 23.5.1956, PA Leipzig, IV/4. 14/90

14 Vorlage der SED-BL, Abt. Prop./Agit. vom 12.7.56, PA Leipzig, IV/2/9. 02/521

15 Vorlage der SED-BL vom 4.6.56

16 Vorlage SED-BL vom 20.8.56, PA Leipzig, IV/2/9. 02/521

17 Vgl. Protokoll der 31. Sitzung der UPL am 25.10.56, PA Leipzig, IV/4. 14/32

18 Aussprache im Büro der SED-BL am 15.11.56, PA Leipzig, IV/2/3/212

19 Offener Brief der Parteileitung, PA Leipzig, IV/2/9. 02/524

20 Brief von W. Ulbricht an P. Föhlich vom 28.11.56, IV/2/9. 02/524; zu Edda Werfel vgl. „An die Genossen aus den Bruderparteien“ von Edda Werfel. In: Gustav Just: Zeuge in eigener Sache. Berlin 1990, Anlage 4

21 Bericht vom 15.12.56, PA Leipzig, IV/2/9. 02/524

22 Bericht vom 20.12.56

23 Protokoll der Delegiertenkonferenz am 21./22.12.56; PA Leipzig, IV/4. 14/005

24 ebenda

F. Geisler (Leipzig):

BLOCHS HOFFNUNGSPHILOSOPHIE IM LICHT DER GEGENWÄRTIGEN UTOPIEDISKUSSION

Weitab von einer philosophischen Diskussion wird in der medial vermittelten Utopiediskussion ein alter politischer Grabenkrieg mit einer durch das Ende der Politbürokratie aufgerichteten Vehemenz geführt. Die – vermeintliche oder reale – Schwächung der Verteidiger antizipatorischen Denkens durch den Zusammenbruch der selbsternannten („real existierenden“) Utopierealisierungen im Ostblock, führte zu einer publizistischen Offensive der – ihre Ideologiebunker in einem stabilen Zustand glaubenden – Utopiekritiker auf der anderen Seite. Als Feldmarschall der Gegner utopischen Denkens setzte F.A.Z.-Herausgeber und Hitler-Biograph Joachim Fest dabei eine Sammlung argumentativer Einwände in die Öffentlichkeit (1)

Das proklamierte „Ende des utopischen Zeitalters“ wird abgeleitet von der Diskreditierung der Utopie, die in den Händen von Intellektuellen und Politikern zur totalitären Machtressource werde und in Unfreiheit und Knechtschaft führe. Handelt es sich hierbei nur um eine subtilere Fassung des konservativen Slogans der fünfziger Jahre „Alle Wege des Marxismus führen nach Moskau“, der 1989 seine Bestätigung erfuhr? Die Frage, ob Utopien in Risikogesellschaften und desillusionierten Entwicklungsländern noch eine politische Lösungskapazität zukommt, läßt sich wohl nicht dergestalt beantworten. Der von den Utopiekritikern geforderte Verzicht auf ganzheitliche Entwürfe und die Reaktualisierung der Popperschen „Stückwerk-Technologie“ erscheint dabei als der Preis der Modernität. Die Zeit der großen Heilspläne, die Vorstellung der Überwin-

nung von Entfremdung sei endgültig vorbei. Der letztgenannte Einwand trifft hingegen die Verteidiger utopischen Denkens kaum, da diese keineswegs nach neuen Heilsplänen suchen.

Fest erliegt hier seiner eurozentristischen Sichtweise, wenn er den „Verlust der Utopie“ als den einzigen Preis der Modernität ansieht. Utopieverlust mag angesichts der physischen und geistigen Saturiertheit in München und Frankfurt/Main noch als ein angemessener Preis für das Prinzip Hoffnung gelten. Abgesehen davon, daß auch an den genannten Orten „gehofft“ wird – nun auf ein schnelleres Auto, einen längeren Urlaub und eine bessere Skiausrüstung –, scheint den Menschen in den peripherisierten Entwicklungsländern diese Voraussetzung für den Utopieverlust zu fehlen. Das zunehmende Wohlstandgefälle zwischen Nord und Süd erscheint in jenen Ländern als ein Preis, den der peripherisierte Süden an den Norden zu zahlen hat.

Die Alternativlosigkeit ihres Elends wird den Slumbewohnern, insofern sie noch darüber reflektieren können, schwer nahezubringen sein, zumal sie angesichts imitativer Konsumstrukturen ihrer Eliten und der kulturellen Hegemonie westlicher Lebensstandards in den Medien, ständig die Differenz vor Augen geführt bekommen. Fest reduziert in seiner Kritik Blochsches Denken auf die mittlere Leipziger Phase und verkennt angesichts nachweisbarer politischer Verflechtungen Blochs mit dem Stalinismus die Unverträglichkeit Blochscher Philosophie mit dem Marxismus-Leninismus. Schließlich war es diese Unverträglichkeit, die zu Blochs Vertreibung aus

der DDR letztendlich führte und weniger sein – nachweisbares – kritisches Denken gegenüber der Parteiherrschaft in der DDR.

Wo Fest dem Blochschen Sprachgestus schon eine „totalitäre Beschaffenheit“ attestiert, scheint er den eschatologischen Denkstrang Blochs vorzeitig zu disqualifizieren. Denn offensichtlich ist ihm der vergleichbare Sprachgestus alttestamentarischer Texte entgangen. Schon Leszek Kołakowski sah im Stil des Dichterphilosophen Bloch nur eine „nutzlos verworrene sprachliche Form“ (2), die durch seine Rezeption der Texte aus der Fremdsprache Deutsch wohl verstärkt wurde. Blochs Sprache war es auch, die Anhänger und Gegner seiner Philosophie zur Begeisterung oder Ablehnung brachte bzw. die die inhaltliche Rezeption des Werkes vorstrukturierte. Wo Kołakowski die „Dämpfe einer Alchimistenküche“ ausmachte, sahen andere, dem empiristischen angelsächsischen Denkstil weniger verhaftete, darin eher einen Ausdruck hoher Sprachkultur.

Der Verzicht auf ganzheitliche Entwürfe verbindet sich bei Autoren wie Fest mit einem pragmatischen Vertrauen in das selbstläufige Funktionieren der Gesetzmäßigkeiten und Mechanismen des Marktes, wohingegen utopisches Denken, das Denken des Noch-nicht-Seienden, als ein Angriff auf dieses Vertrauen erscheint (vulgo: Utopie gerät zur Planwirtschaft). Unbeschädigt von Umweltproblemen sei antizipatorisches Denken zum Totalitarismus verdammt, gleichsam als ob der Markt ein ökologisches Korrektiv in sich trüge.

Hier ist auch einer der Ansatzpunkte der Verteidiger utopischen Denkens in der publizistischen Debatte auszumachen, denen das Bestehende noch nicht deswegen vernünftig ist, weil es besteht. Bei der Suche nach Antworten auf politisch-ökologische Grundfragen weisen Autoren wie Richard Saage (3) der Utopie eine Funktion der

Vermittlung zwischen gegenwärtigem Bewußtsein und künftiger Wirklichkeit zu, wobei der Utopiebegriff zur Kernfrage der Debatte wird. Zuzüglich ist Johano Strasser (4) der Meinung, daß der utopische Geist den „Realsozialismus“ schon lange vor dessen Ende verließ, womit gegen Kritiker vorgegangen wird, die meinen, Utopisches bis zum Ende in ihm ausmachen zu können. Diese eher apologetische Trennung von Idee und Realität, ganz als ob beide nicht in der Vermittlung stünden, steht allerdings nicht im Zentrum der die utopische Dimension des Denkens verteidigenden Schriften. Die als notwendig erachtete Vermittlung von Realität mit Bewußtsein vor dem Hintergrund der Antizipation hingegen ist als entscheidender Einwand anzusehen.

Die seit der Festschen Utopiekritik wieder verstärkte Denunzierung der Utopie als „totalitäristisches“ Denkmuster richtet sich im Selbstverständnis dieser politischen Publizistik gegen politische Heilspläne (ausgenommen die FDGO) und hat sich als Kritikmuster geradezu verselbstständigt. Das Anliegen, politische Utopie unter Totalitarismusverdacht zu stellen, verkennt als politische Argumentation die in der Nachfolge Blochs rezipierte konkret-utopische Dimension des Denkens, bei der sich Antizipation zuvorderst durch eine subtile Kritik bestehender Institutionen und soziopolitischer Verhältnisse auszeichnet.

Die Verbindung des konkret-utopischen Denkens mit jenem utopischen Denken, das in der Tradition des Antiindividualismus steht und ein etatistisches Ordnungsdenken kultivierte, stellt eine eher störende Verballhornung dar, insofern ihre politische Wirkmächtigkeit nicht intendiert ist. Antizipation als „kritisches Korrektiv und regulatives Prinzip“ gegen bedenkenloses Weiterwursteln ist dem zivilen Ungehorsam näher als der Revolutionspropaganda á la DKP. Der von Fest konstatierte „Sündenfall utopischen Den-

kens“, bei dem Utopie zum Handlungsauftrag wird, negiert die grundsätzliche Ambivalenz utopischen Denkens, wo es nicht begrifflich separiert wird.

Seit dem XX. Parteitag der KPdSU galt Bloch den SED-Ideologen an der Leipziger alma mater nicht nur philosophisch sondern auch politisch als suspekt, da Bloch seine Loyalität gegenüber der SED von da an schrittweise aufkündigte (5). Der Partei wurde sinnfällig, welches Kuckucksei sie sich aus dem US-Exil nach Leipzig geholt hatte (6).

Zunächst begann Blochs „Systemkritik“ äußerst subtil: Lenin habe gefordert, daß der Kommunismus es ermöglichen müsse, daß eine Köchin den Staat regieren kann. Auf den Bildungshorizont Ulbrichts anspielend, sagte Bloch diesbezüglich in Vorlesungen: „Nun, meine Damen und Herren, wir in der Deutschen Demokratischen Republik haben es ja bereits soweit!“ Ulbricht als Köchin! Derlei haben sich Leipziger Professoren hinsichtlich des Dachdeckers Honecker noch im Jahre 1989 nicht getraut. Am 14. November 1956 hielt Bloch anlässlich einer Gedenkfeier zum 125. Todestag Hegels in der Berliner Universität die Festrede, wo er seine Konsequenzen aus dem XX. Parteitag der KPdSU öffentlich machte und vor allem hinsichtlich der ideologielastigen Philosophie in der DDR forderte: „Genug davon, jetzt muß statt Mühle endlich Schach gespielt werden!“

Jetzt reagierte die SED deutlicher. Sie inszenierte eine Kampagne gegen Bloch. Das Signal für den Angriff gab Rugar Otto Gropp mit einem Artikel im „Neuen Deutschland“ vom 19.12. 1956. Erst 1961 jedoch wich Bloch dem ständig wachsenden Druck nach Tübingen aus.

Nun sollten diese Aspekte der Leipziger Spätphase nicht darüber hinwegtäuschen, daß sich der

vor Bildung berstende Bloch, parallel zu seinem Dictum „Denken heißt Überschreiten“, zuweilen einer überaus geduckten Sprache gegenüber den SED-Ideologen bediente. Bloch wußte von den Moskauer Schauprozessen und verteidigte diese, er war wissend über die Kirow und Trotzki. Er versuchte oft genug, seine – zu lange andauernde – Sowjetloyalität durch Ergebnisadressen an die mißtrauische SED zu bekunden, ganz als ob es keine GPU-Lager mit Millionen von Opfern gegeben hätte. War diese bis in die fünfziger Jahre andauernde Haltung ein Ergebnis seines Realitätsverlustes und einer pauschalen Gleichstellung antikommunistischer Haltung mit dem Antikommunismus eines Goebbels oder hat er, wie sein Sohn Jan Robert in einer subtilen Kritik seines Vaters schreibt, Stalins Blutterror „philosophisch und politisch gedeckt“ (8)?

In dieser normativen Absolutheit ist diese Frage schon falsch gestellt, denn Blochs Hoffnungsphilosophie wird so schnell nicht zum Vorreiter von „Animal Farm“, wie sie auch nicht ihre Unbeflecktheit gegenüber heute eher politisch peinlichen Äußerungen Blochs bewahren kann. In der Perspektive eines differenzierten Blochbildes sind quälende Widersprüche zusammenzudenken, es ist nicht weniger als der „Widerspruch eines Außenseiters“ (9) zu begreifen, auch wenn mit dem Resultat dieses Begreifens alte Idole oder alte Feindbilder nicht bedient werden können. Zur intellektuellen Redlichkeit gehört es eben, nicht nur zu erwähnen, daß in Blochs Philosophie fundierte Hoffnung „zum Maßstab des Tatsächlichen“ (10) wird, sondern auch zu bedenken, daß die politischen Implikationen eines revolutionär-utopischen Humanum zu tiefe Verbeugungen nicht verhindern konnten, ja mit ihnen einhergingen. (11)

Bemerkenswert erscheint, daß sich die SED-Führung gegenüber Bloch ähnlich verhielt, wie die NSDAP-Ideologen gegenüber Nietzsche. Der Versuch, einen bedeutenden Philosophen als

ideologische Legitimationsbasis zu nutzen, schlug bei Bloch jedoch deutlicher fehl. Er lebte und verhinderte Ärgeres, zumal sich seine Philosophie „als Weiterführung der Subversion Nietzsches“ (12) zur ideologischen Legitimation genauso wenig eignete wie die Nietzsches. Erinnerung ist, wie sogar noch in der Endphase der DDR der senile Harich oder Ideologen wie Mallorny Nietzsche genauso verdamnten, wie dies nach dem Ende der Nazibarbarei durch kommunistische Emigranten noch nachvollziehbar war.

Bedenklich aber muß es sein, wenn Bloch heute von Fest und anderen angeklagt wird, wie dies einst durch die siegreichen Kommunisten der Nachkriegszeit in Ostdeutschland gegenüber Nietzsche geschah. Bedenklich wird es zumal, wenn Fest das Argumentationsmuster von R.O. Gropp und Kurt Hager nachvollzieht, die Bloch eine nicht dem DDR-Zeitgeist entsprechende Philosophie vertreten sahen und ihm daraus den Vorwurf der „Verführung der Jugend“ andichteten. Obwohl weder Gropp noch Fest Bloch den Schierlingsbecher reichen können, sind doch Bedenken angezeigt, wo eine ideologielastige Argumentation unter gewechseltem Vorzeichen wiederum eine analytische Kritik verhindert. Zur Farce gerinnt die Blochkritik in der F.A.Z., wenn Fest Bloch aus dem Jahre 1980 zitiert, wohingegen dieser bereits 1977 das Zeitliche segnete. Auch Leserbriefe in der F.A.Z. verneinen anderen Lesern melden zu müssen, Bloch habe mit Gewehr und Blauhemd an einer Stalinbüste Wache geschoben (13). Diese Lächerlichkeit der F.A.Z. war nun schon wieder reizend in ihrer Plumpheit.

Authentischer hinsichtlich der Wirkung Blochs in Leipzig wirkt ein kürzlich veröffentlichtes Protokoll einer „Bloch-Sitzung“ der Parteigruppe des Präsidialrates des Kulturbundes vom 12.De-

zember 1957, bei der der Parteiideologe Hager einschätzt: „Es hat sich herausgestellt, daß alle unmittelbar Bloch nahestehenden Assistenten und Schüler in irgendeiner Weise in Konflikt geraten sind mit dem Arbeiter- und Bauernstaat, mit unseren Gesetzen, mit unserer Politik und unserer Regierung. Viele wurden republikflüchtig oder wurden verhaftet.“ (14)

Alternativen müssen nicht angenommen werden. Sie können verworfen werden. Auch die postmarxistische Hoffnungsphilosophie Blochs muß nicht angenommen werden. Aber es erscheint unumgänglich, sie zur Kenntnis zu nehmen und darüber nachzudenken. Ohne diesen Angebotspluralismus verkommt Hochschulbildung zur Pflichtübung.

Angesichts der erwähnten wirk- und medienmächtigen Einwände gegen das utopische Denken und das Prinzip Hoffnung erscheint es nachgerade mutig, daß – entgegen dem konservativen Zeitgeist – in Leipzig der einst mit Bloch von der Universität vertriebene Assistent Blochs Jürgen Teller rehabilitiert und zum Honorarprofessor der Universität Leipzig berufen wurde. Wie kleinmütig dieser „Mut“ bei sächsischen Professoren war, fand in der Regionalpresse allerdings Beachtung. (15)

Bloch dürfte mit Nietzsche wohl folgendes Schicksal teilen: je heftiger die Angriffe gegen ihn wurden, desto besser wurde er gelesen. Insofern verspricht die gegenwärtige Debatte noch einige – freilich nichtintendierte – Folgen zu zeitigen.

F. Geisler studiert in Leipzig Politikwissenschaft und gehört dem von Teller geleiteten außeruniversitären Bloch-Studienkreis an.

Anmerkungen:

- 1 Joachim Fest: Der zerstörte Traum. Vom Ende des utopischen Zeitalters. Berlin 1991.
ders.: Betört von der Welt im Umsturz. In: F.A.Z., 9. März 1991.
- 2 Leszek Kolakowski: Die Hauptströmungen des Marxismus. Band 3. München 1979 S. 484
- 3 Richard Saage: Politische Utopien der Neuzeit. Darmstadt 1991.
- 4 Johano Strasser: Leben ohne Utopie? Frankfurt/Main 1990.
- 5 Vgl. u. a.: „Dreck, Lumpen und Traum“ (Interview mit J. Teller) In: Spiegel 4/1992, S. 165ff.
- 6 Vgl. zur Geschichte der Übersiedlung Blochs in die SBZ: Klaus-Dieter Eichler: Zur Geschichte der Berufung Ernst Blochs an die Universität Leipzig, In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, S. 839ff.
- 7 Vgl. dazu auch: Elke Uhl, Zur Publikationsgeschichte Ernst Blochs „Revision des Marxismus“ (1957). In: Deutsche Zeitschrift für Philosophie, 1991, Heft 8, 1991.
- 8 Jan Robert Bloch: Wie können wir verstehen, daß zum aufrechten Gang Verbeugungen gehören? In: Sinn und Form, Heft 3, 1991, S. 553.
- 9 Ebenda, S. 552.
- 10 Arnold Schölzel: Ernst Bloch. In: Utopie kreativ, Heft 15, 1991, S. 54.
- 11 Vgl.: Fritz Raddatz, Der Lederstrumpf der Utopie. In: Die Zeit, Nr. 40/1991, S. 68.
- 12 Gerhard Zwerez: Ernst Bloch als Nietzscheaner oder die Lust am erektiven Denken. In: Utopie kreativ, Heft 15, 1991, S. 80.
- 13 F.A.Z., 24. April 1991.
- 14 Ein Tribunal gegen Ernst Bloch. Protokolle. In: Utopie kreativ, Heft 15, 1991, S. 61.
- 15 Vgl.: Franziska Lauenstein: Uni Leipzig: den Namen, nicht das Auftreten geändert. In: Kreuzer. Die Leipziger Illustrierte. Heft 12, 1991, S. 8f.



THEMA: Fortsetzung zum „Fall Fink“

OFFENER BRIEFWECHSEL ZWISCHEN *CHRISTOPH HEIN*,
SCHRIFTSTELLER, UND *JOACHIM GAUCK*, SONDERBEAUFTRAGTER
DER BUNDESREGIERUNG FÜR DIE PERSONENBEZOGENEN
UNTERLAGEN DES EHEMALIGEN STAATSSICHERHEITSDIENSTES

Sehr geehrter Herr Gauck,

das Klima zwischen der Humboldt-Universität einerseits und dem Senat und Ihrer Behörde andererseits verschlechtert sich zunehmend. Ich denke, keinem kann damit gedient sein; der Demokratie in diesem Lande schaden diese Vorgänge sehr. Ich bedaure, daß auch Sie an dieser Eskalation sich beteiligen, als Sie den Studenten der Humboldt-Universität vorwarfen, sie seien von der PDS gesteuert.

Ich kann mir nicht vorstellen, daß Sie selbst diesen unsinnigen Verdacht auch nur einen Moment ernsthaft hegen. Aber ich möchte Sie doch darauf hinweisen, daß solche Beschuldigungen aus dem Vokabular des Kalten Krieges stammen, als in beiden deutschen Ländern der politische Gegner und der Andersdenkende als „moskau-hörig“ oder „BND-Agent“ bezeichnet wurden.

Mit Worten aus dieser Sprache wurde mir verwehrt, hier eine Oberschule zu besuchen, wurde ich von der Abendschule geworfen, wurde eine bereits erfolgte Immatrikulation rückgängig gemacht, wurde – als ich endlich studieren durfte – versucht, eine Exmatrikulation einzuleiten, wurden meine Arbeiten fortgesetzt ver- und behindert. Ich

denke, auch Sie haben ähnliche Erfahrungen in der DDR machen müssen. Wir sollten daher alles in unserer Macht Stehende tun, um diesem Ungeist keinen Raum zugeben. Und wir sollten uns hüten, mit Andersdenkenden so umzugehen, wie man früher mit uns umgegangen ist. Anderenfalls wären wir keinen Schritt weitergekommen in Richtung auf eine Demokratie. Wir hätten uns nur auf der Stelle bewegt und lediglich gewendet.

Der jetzt entstandene Streit ist völlig überflüssig und wäre vermeidbar gewesen, wenn die einfachsten Regeln von Rechlichkeit und Anstand beachtet worden wären. Wenn die Überprüfung und Veröffentlichung in einer Art uns Weise erfolgt wäre, wie es in und von einem Rechtsstaat zu erwarten ist.

Es herrscht doch – auch wenn derzeit scheinbar überhaupt kein Konsens der streitenden Parteien zu sehen ist – zwischen den Studenten, der Universitätsleitung, Ihnen, dem Wissenschaftssenator und auch dem Rektor der Humboldt-Universität Einmütigkeit darüber, daß ein Mitarbeiter der Staatssicherheit nicht der Humboldt-Universität vorstehen darf. Und ebenso unumstritten – so hoffe ich doch – ist der Rechtsgrundsatz, daß ein Beschuldigter als unschuldig zu

gelten hat, so lange seine Schuld nicht unzweifelhaft feststeht.

Ihre Behörde hat in einem Brief vom 25. November 1991 den Rektor, Professor Fink, als Mitarbeiter des MfS bezeichnet. Der Wissenschaftssenator hat drei Stunden nach Empfang dieses Briefes den Rektor aus dem Amt entlassen, obgleich ihm nur die Behauptung ihrer Behörde vorlag und nicht der geringste Beweis.

Die Beweise für ihre Behauptung sind Sie der Öffentlichkeit bis heute schuldig geblieben. Wenn Sie welche gefunden haben, warum präsentieren Sie sie nicht?

Es gibt Hinweise, die Fink scheinbar belasten (Karteikarten mit seinem Namen und seiner Adresse und gelöschte Akten). Aber nach den gleichen Hinweisen steht Fink nicht nur als unschuldig da, sondern sogar als ein Opfer der Staatssicherheit, als bespitzelter Bürger.

Nach rechtsstaatlichen Grundsätzen muß Fink bei einem solchen Stand der Dinge als unschuldig gelten. Wenn Sie der Meinung sind, er sei Mitarbeiter des MfS, so beweisen Sie es. Anderenfalls hätten Sie sich einer Verleumdung schuldig gemacht.

Können Sie wirklich nicht verstehen, daß es bei den Studenten Mißtrauen gegen Sie und Ihr Amt gibt? Im Fall Lothar de Maizière haben Sie und Ihre Behörde – bei einer offenbar vollkommen anderen Aktenlage – ganz anders entschieden und sogar zwei Mitarbeiter entlassen, als diese mehr Beweise der Öffentlichkeit präsentierten, als Sie zulassen wollten oder konnten.

Und im Fall Fink teilte Ihre Behörde am 1. Februar 1991 mit, daß gegen Professor Fink nichts vorliege, um jetzt – vierzehn Tage vor der Wahl

eines neuen Rektors – das Gegenteil zu behaupten, ohne es begründen zu können.

Drohen solche Verdächtigungen nun allen, die in diesem Land irgendwie mißliebig sind oder auf-fallen?

Sehr geehrter Herr Gauck, Sie haben als Beauftragter für die personengebundenen Unterlagen des ehemaligen Staatssicherheitsdienstes eine besonders hohe Verpflichtung, sorgsam mit diesen Akten umzugehen. In dieser Zeit ernannter und so vieler selbsternannter Richter, in einer Zeit, da die Denunziation in Deutschland wieder einmal blüht, sollten gerade Sie darauf achten, daß keine voreiligen Verdächtigungen und Vorverurteilungen ausgesprochen werden. Eine Beschuldigung, Mitarbeiter des ehemaligen MfS zu sein, darf nicht fahrlässig erhoben werden. Dies darf nicht zu einem Mittel im politischen Kampf werden.

Ich habe erlebt, wie eine andere Bundesbehörde, um einen ihr nicht genehmen Firmenchef loszuwerden, mit diesem Mittel versuchte, ihre Ziel durchzusetzen. In der Firma gab es nach dem ausgesprochenen Verdacht einer Mitarbeit im MfS große Erregung und Diskussion. Und erst als drei Personen sich mit der bloßen Beschuldigung nicht zufrieden gaben und nach Beweisen fragten, mußte diese Bundesbehörde vierundzwanzig Stunden später zugeben, daß es keinerlei Beweise für MfS-Mitarbeit gibt, daß sie gelogen hatte. Zehn Tage später wurde der Firmenchef entlassen, ohne Angabe von Gründen. (Zumindest war der schlimme Stasiverdacht vom Tisch.)

Wenn wir – und Sie, Herr Gauck, sind da ganz besonders gefordert – nicht verhindern können, daß diese Art des politischen Ungeistes und einer McCarthy-Moral in unserer Gesellschaft Fuß fassen, steuert das Land in seine nächste Katastrophe.

Sie und ihre Behörde haben leichtfertig Herrn Fink beschuldigt, da Sie die unzweideutigen Beweise seiner Schuld der Öffentlichkeit schuldig geblieben sind. Die Studenten haben mit ihrem Protest auf die fehlende Rechtsstaatlichkeit verwiesen. Das ist ein Verdienst, für das wir uns bei diesen Studenten bedanken sollten. Sie, Herr Gauck, verschlimmern alles, wenn Sie nun diesen Studenten vorwerfen, von irgendeiner Partei manipuliert zu sein. Und mit unbewiesenen Stasiverdächtigungen vergiften Sie das Klima in diesem Land. Wenn Fink schuldig ist, wird er nicht Rektor der Universität bleiben können. Aber bringen Sie dafür die Beweise.

Wenn er jedoch unschuldig ist, ein bespitzeltes Opfer – und das ist nach der bisher vorliegenden Aktenlage zu vermuten – dann wäre Professor Fink erneut ein Stasi-Opfer geworden. Ungewollt würden Sie dann die Arbeit der Staatssicherheit fortsetzen. Können Sie diese Leichtfertigkeit wirklich verantworten?

In einem Stück von Tschechow sagt eine der Personen: „Gestatte mir also, dir zum Abschied einen Rat zu geben: Fuchtle nicht mit den Armen herum! Gewöhn dir das ab, dieses Fuchteln.“

Gewöhnen wir uns alle dieses Fuchteln ab. Kehren wir zurück zu einem gelasseneren Umgang miteinander. Und zu bürgerlichen Verkehrsformen, die die schlichtesten Rechtsgrundsätze beachten.

Mit freundlichen Grüßen,
CHRISTOPH HEIN

Sehr geehrter Herr Hein,

nun also auch Sie ein fürsorglicher Bedenkenträger für ehemals Begünstigte?

Dies ist für mich zwar verwunderlich, wäre aber noch kein Anlaß für ein Antwortschreiben. Der eigentliche Anlaß besteht darin, daß ich es als schmerzlich empfinde, daß Ihre Argumentation in wichtigen Passagen in der Sache falsch ist. Dafür sind Ihre Vorwürfe recht drastisch.

Außerdem verwenden Sie fortwährend „Schuld“, „Beschuldigter“, „Beschuldigung“.

Wir wollen hier eindeutig klarstellen, daß es sich bei der Behörde des Sonderbeauftragten nicht um einen moralischen Gerichtshof handelt!

Ich stimme deshalb ausdrücklich mit Ihnen überein, daß es keine „voreiligen Verdächtigungen und Vorverurteilungen“ geben sollte. Allerdings sollte es auch keine voreiligen Entlastungen und Freisprüche geben. Vor der Wahrheit kommt die Wahrnehmung! In unserem Falle bestand sie darin, daß wir weder Schuld noch Unschuld zu beurteilen hatten, auch Vermutungen und politische Einschätzungen waren nicht gefragt. Wir hatten vielmehr mitzuteilen, was wir gefunden haben. Nicht viel – zugegeben. Aber da klare Karteikarteneinstufungen vorlagen und es weitere Unterlagen gab, durften wir gar nicht anders, als die IM-Einstufung zu benennen. Es wäre schlicht falsch gewesen, wären wir Ihrer Vorstellung gefolgt und hätten Fink als Opfer beschrieben. Die von uns erteilte Auskunft ist also nicht

unrichtig. Unrichtig ist aber Ihre Behauptung, daß wir unsere unterschiedlichen Auskünfte vom 1.2.1991 und vom 25.11.1991 nicht begründet hätten. Das Gegenteil ist der Fall; wir haben ausführlich begründet, warum es in diesem Fall zu neuen Auskünften kam.

Mit fortschreitender Ordnung der von uns weitgehend ungeordnet übernommenen 200 Kilometer Akten werden Unterlagen zugänglich, die zunächst nicht bekannt waren. Jede entlastende Auskunft steht deshalb unter dem Vorbehalt, durch spätere Erkenntnisse verändert zu werden. Professor Fink ist übrigens am 28. 10. von mir mündlich auf die veränderte Sachlage hingewiesen worden.

Ebenso muß ich Ihre Anschuldigung, wir hätten Rechtllichkeit und Anstand mißachtet, zurückweisen. Unsere Auskünfte enthalten weder ein Urteil noch eine Bewertung. Wir stellen Informationen zur Verfügung, mit deren Hilfe die Empfänger unseres Bescheids urteilen, bewerten und handeln. Ihre Behauptung eines unterschiedlichen Verfahrens in den Fällen de Maiziére und Fink ist ebenfalls in der Sache falsch. Richtig ist vielmehr, daß auch im Fall de Maiziére der Antragsteller durch uns vollständig und korrekt informiert wurde. In diesem Zusammenhang darf ich darauf hinweisen, daß die gleiche Öffentlichkeit, die bei de Maiziére nach Erscheinen der ersten Karteikarte ihr Urteil parat hatte, im Fall Fink offensichtlich gänzlich anders reagierte.

Abschließend möchte ich Ihrer Sorge bezüglich des Entstehens einer McCarthy-Ära eine andere Sorge gegenüberstellen: Gegenwärtig beobachten wir vielfach ein Interesse am Schicksal ehemaliger Täter, Helfer und Begünstigter, so daß die berechtigten Interessen der Opfer daneben deutlich zu kurz kommen.

Das kann nicht ohne Widerspruch engagierter

Vertreter der Demokratiebewegung bleiben. Letztere war es übrigens auch, der mich in der aufgeheizten Atmosphäre der Humboldt-Universität den Satz von der PDS-Steuerung hat sagen lassen. Ich hatte deutlich gemacht, daß er nicht zu meiner Rolle als Behördenleiter gehörte, sondern dem Menschen und Bürgerrechtler zugeschrieben werden möge. Dies bin ich ganz nebenbei auch noch!

Und eben dieser macht sich so seine Gedanken über eine Demo vor dem Haus seiner Behörde, wenn Interessenten „Rufmörder“ skandieren lassen oder verächtlichmachende Transparente da sind. Hier nur Spontantität zu vermuten, bin ich nicht naiv genug. Gleichwohl habe ich natürlich vielen Anwesenden Unrecht getan mit dieser impulsiven Meinungsäußerung; ich habe dies auch der Mehrheit der Anwesenden am Schluß der Veranstaltung gesagt. Ich fand es jedenfalls angebracht, deutlich und pointiert Position zu beziehen. Zumal Professor Fink den massiven – später mit dem Ausdruck des Bedauerns zurückgenommen – Vorwurf erhoben hatte, mein Bescheid sei „Ergebnis einer politisch motivierten Manipulation“. Gerade in der Humboldt-Uni, die während der Zeit nicht vor Engagement strotzte, wollte ich meine Herkunft aus der Bürgerbewegung und die demokratischen Prinzipien der Stasi-Aufarbeitung offensiv verteidigen.

Die Spache war nicht die des Kalten Krieges, sondern eher die des heißen Herbstes 1989. Im übrigen nehme ich Kritik an meiner Arbeit an, wo Kritikwürdiges erkannt wird. Über Formulierungen werden wir uns unterhalten können. Auf eine weniger diffamierende Form der Diskussion wäre ich gespannt.

Freundliche Grüße
JOACHIM GAUCK

DER SONDERBEAUFTRAGTE
DER BUNDESREGIERUNG
für die personenbezogenen Unterlagen des
ehemaligen Staatssicherheitsdienstes

Vertrauliche Personalsache
Herr Veit
Senatsverwaltung für
Wissenschaft und Forschung
Ref. II F
Bredtschneiderstraße 19
W-1000 Berlin 19

Tgb.-Nr. 6019/91/PI/ Berlin
AU 3 25.11.1991
Betreff: Personenbezogene Unterlagen
des ehemaligen Staatssicherheits-
dienstes
Hier: Nutzung durch zuständige Stellen
Bezug: Ihr Auskunftersuchen vom
24.04.1991

In Ihrem Bezugsschreiben baten Sie zur Feststellung einer offiziellen oder inoffiziellen Tätigkeit für das ehemalige MIS/AINS – und zwar für die Weiterverwendung von Personen im öffentlichen Dienst – mit Kenntnis der (des) Betroffenen um Überprüfung der folgenden Person(en):

Name: Prof. Fink, Heinrich
Geb.-Datum/PKZ: 31.03.1935

Die Nutzung der Daten kann durch Auskunftserteilung erfolgen.

Die Auskunft steht unter dem Vorbehalt, daß nur die durch archivische Hilfsmittel bereits erschlossenen Unterlagen zur Verfügung stehen.

Aus den überprüften Unterlagen haben sich Hinweise auf eine Zusammenarbeit mit dem ehemaligen Staatssicherheitsdienst ergeben.

Herr Prof. Fink ist seit 1969 als Inoffizieller Mitarbeiter des MIS unter dem Decknamen „Heiner“ tätig gewesen.

Der Leiter der Kirchenabteilung des MIS, der HA (Hauptabteilung) XX/4, bestätigte am 04.12.1989 eine Löschung des IM-Vorganges „Heiner“, so daß z. Z. weiteres Beweismaterial nur durch Rückschlüsse und auf der Grundlage eines ebenfalls aufgefundenen

Der Fall Fink

Bewiesen ist nur, daß Heinrich Fink bei der Stasi als inoffizieller Mitarbeiter geführt wurde. Doch bis jetzt wurden keine Unterlagen gefunden, daß er als Spitzel tätig war. Seine fristlose Entlassung aus der Berliner Humboldt-Universität ohne rechtliches Gehör widerspricht einem von unserer Verfassung verbrieften Grundrecht

AKTEN SAGEN NICHT ALLES

VON WILHELM NORDEMANN

RHEINISCHER MERKUR
NUMMER 50 - 13. DEZEMBER 1991

Jahresarbeitsplanes geliefert werden kann. Daß Herr Fink tatsächlich für die HA XX/4 erfaßt war, wird durch ein Schreiben des Ministerstellvertreters, General Mittag, an die Be-

zirksverwaltungen aus dem Jahre 1984 bestätigt.

Die Registriernummer auf der Löschanweisung ist darüber hinaus mit der geschwärzten auf der Namenskarte von Herrn Fink identisch. Die IM-Akte umfaßte fünf Bände.

Die Übermittlung steht unter der Auflage . . . (Es folgten routinemäßige Hinweise auf aktienmäßige Behandlung des Schreibens, Vertraulichkeit und Beschränkung des Verwendungszwecks.)

Schreiben solcher Art hat die Gauck-Behörde schon zu Hunderten, wenn nicht zu Tausenden verschickt. Stets enthielten sie die Feststellung, Herr X oder Frau Y sei „als Mitarbeiter des MfS . . . tätig gewesen“. Stets reichte diese Erklärung den angeschriebenen Behörden für die fristlose Kündigung des Betroffenen aus. Stets genügte sie bisher – soweit sich das von außen beobachten läßt – auch den Arbeitsgerichten, solche Kündigungen als rechtswirksam zu bestätigen, falls die Betroffenen sich überhaupt dagegen wehrten, was nur in einer Minderzahl von Fällen geschah; die meisten wußten sehr wohl, daß stimmte, was die Mitarbeiter Joachim Gaucks ermittelt hatten.

Aber noch kaum einer der Betroffenen war so prominent wie der Rektor der Berliner Humboldt-Universität, und noch bei keinem haben sich so schwerwiegende Zweifel an der Verlässlichkeit des inhaltschweren Satzes ergeben. . . . ist seit 1969 als Inoffizieller Mitarbeiter des MfS tätig gewesen“. Schon was das Schreiben vom 25.11.1991 an Sachinformation liefert, ist einigermaßen dürftig: Einige Bände Akten sind vorhanden gewesen, aber vernichtet. Warum, weiß niemand. Vielleicht waren sie allzu belastend, aber ebensogut kann man sie als völlig bedeutungslos, weil keine Informationen von Fink, sondern nur über Fink enthaltend, ausgesondert haben.

Daß Heinrich Fink in einem „Jahresarbeitsplan“ und in einem Rundschreiben des Ministerstellvertreters erwähnt wird und daß es für ihn eine Namenskarte gab, beweist nur, daß er beim MfS als „Inoffiziel-

ler Mitarbeiter“ geführt wurde. Daß er als solcher auch tätig gewesen ist, also wesentlich und willentlich Konspiration betrieben hat – dafür spricht allenfalls ein mehr oder minder großes Maß an Wahrscheinlichkeit. Gewißheit liefert das wenige, was gefunden wurde, nicht.

Eigentlich hätte bei so wenig Substanz schon die Senatsverwaltung nachhaken müssen; unser öffentliches Dienstrecht statuiert eine Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber seinen Untergebenen gerade in für sie prekären Situationen. Die Verwaltung – nicht der Betroffene selbst – hat nach der gegenwärtig noch bestehenden Rechtslage jederzeit Anspruch auf Einsicht in die Gauck-Akten. Sie hätte sich das gesamte Material vorlegen lassen können und müssen. Es war ihre Sache, nicht die der Stasi-Aufklärer, es zu prüfen und danach zu beurteilen, ob der Verdacht einer konspirativen Tätigkeit ausgerechnet gegen den Rektor der Humboldt-Universität begründet war.

Auf entsprechende Vorhalte im Wissenschaftsausschuß des Berliner Abgeordnetenhauses hat Senator Manfred Erhardt die Beamten seiner Hochschulabteilung mit der Erklärung in Schutz genommen, man habe bisher jedem ohne Ansehen der Person fristlos gekündigt, über den die Gauck-Behörde mitgeteilt habe, er sei „für den MfS tätig gewesen“, und er könne schließlich gegenüber dem Rektor der Universität nicht anders verfahren als gegenüber dem Pförtner.

Schlimm genug, wenn die Fürsorgepflicht des Dienstherrn schon dem Pförtner gegenüber mißachtet wird. Aber um so schlimmer für die Verwaltung, wenn dann im Falle des Rektors die Gauck-Behörde unter dem Druck der Öffentlichkeit nachschiebt und das gesamte vorhandene Material offenlegt – und dieses Material nicht etwa ein Mehr an Belastung für den Betroffenen ergibt, sondern eher entlastend wirkt. Und noch schlimmer, wenn Joachim Gauck selbst – auf Frage eines Humboldt-Professors im Konzil der Universität am 29. November – in aller Öffentlichkeit er-

klärt, er glaube durchaus, daß Rektor Fink von seiner Funktion als „Inoffizieller Mitarbeiter“ des MfS nichts gewußt habe, zumal es im kirchlichen Bereich häufiger vorgekommen sei, daß das MfS Einzelpersonen für seine Zwecke benutzt habe, ohne daß diese davon etwas wußten.

Die Offenlegung des Materials geschah in eben jener Konzilsitzung vom 29. November im – noch immer nicht umbenannten – Marx-Engels-Auditorium der Universität vor mehr als zweitausend Zuhörern; wegen Überfüllung wurde die Sitzung in den darunterliegenden Hörsaal übertragen. Hansjörg Geiger, Chefjurist der Gauck-Behörde, verlas ein Schreiben an die Senatsverwaltung vom 27. November, das in zwölf Punkten säuberlich alles wiedergibt, was man unter dem Betreff „Fink“ – oder dem für ihn verwendeten Decknamen „Heiner“ – in den Papieren des MfS bisher gefunden hat.

Wesentlich Neues ist darunter nicht; das Wichtigste war schon am 25. November benannt worden. Aber die nun mitgeteilten Details geben doch zu noch stärkeren Zweifeln Anlaß: Fünf Bände sollen im November 1989 vorhanden gewesen sein, vier Bände Sachakten („IM-Akte-A, Teil I Band 1, 2, Teil II Band 1, 2“) und eine Handakte („Nr. 4201“). Die 1989 offenbar vernichteten Sachbände gab es nach einem Karteikarten-Eintrag schon am 20. November 1970. Die – noch vorhandene – Handakte ist mindestens ebenso alt; die beiden letzten Seiten, 185 und 186, ihres ersten Teils datieren vom 8. Oktober 1969 und betreffen die (geplante) Beobachtung eines Treffens von Fink mit Angehörigen der Westberliner US-Mission, das „mit Hilfe eines IM unter Kontrolle zu bringen“ sei; dieser (andere) IM wird dort näher beschrieben und ist nicht mit Fink identisch, der ja Objekt der Beobachtung, nicht selbst Beobachter sein sollte. Die 184 vorhergehenden Seiten enthalten offenbar kein belastendes Material, sondern nur „Auszüge aus der Personalakte . . . und . . . weitere Herrn Professor Fink betreffende Unterlagen“.

Für den zweiten Teil der Handakte stellt der Gauck-Brief sogar ausdrücklich fest, er

enthalte „offensichtlich vom Führungsoffizier (Roßberg) zu Prof. Fink gesammelte Unterlagen, aus denen sich nach derzeitigem Erkenntnisstand keine ent- oder belastenden Schlüsse ziehen lassen“. Der Gauck-Brief ergibt ferner, daß der schon im Schreiben vom 25. November erwähnte „Jahresarbeitsplan“ aus dem Jahr 1969 stammt. Von den vier erwähnten Karteikarten sind drei bereits 1968 angelegt.

Nach 1970 scheinen keine weiteren Aktenvorgänge zu „Heiner“ entstanden zu sein; es gibt nur eine Karteikarte des MfS-Zentralregisters von 1984, die auf die Akten von 1968 verweist, und eine „Operative Auskunft“ von 1987, wonach „Heiner“ in der – für den kirchlichen Bereich zuständigen – Hauptabteilung XX/4 erfaßt sei, wieder unter Hinweis auf die Akten von 1968.

Demnach spricht alles dafür, daß die Staatssicherheit 1968 Heinrich Fink als möglichen „IM“ ins Visier genommen hat (die Gauck-Ermittler sprechen von 1968 angelegten „Vorlaufakten“, wie sie beim Beginn einer Anwerbung zu entstehen pflegten), die Gespräche der MfS-Leute mit dem ebenso ahnungslosen wie gutgläubigen Theologen zunächst eine erfolgversprechende „Zusammenarbeit“ verhiessen, dann aber zu nichts führten und man im Gegenteil schon 1969 Anlaß sah, den potentiellen „IM“ seinerseits beobachten zu lassen – und daß die 1969 oder spätestens 1970 faktisch geschlossenen Akten 1989 nur deshalb vernichtet wurden, weil sie gänzlich inaktuell waren. Hätte die Werbung „Heiners“ Erfolg gehabt: Warum hätte man dann nach ganz kurzer Zeit auf die Mitarbeit dieses anfangs vom Aktenführer, MfS-Leutnant Laux, als so „kontaktstark“ geschilderten „profilierteren Vertreters der jüngeren Theologen der DDR“ verzichten sollen, der „über sehr viel wertvolle Verbindungen“ verfügte?

Inzwischen kommen Informationen hinzu, die Fink entlasten, die freilich von Gaucks Mitarbeitern nicht ermittelt und deshalb weder dort noch in der Senatsverwaltung berücksichtigt werden konnten. Ein Stasi-Mann, der 1989 mit der Aktenvernichtung befaßt war, hat vor einem

Berliner Notar eidesstattlich versichert, daß die vernichteten Unterlagen nur Informationen über den Humboldt-Rektor, nicht solche von ihm enthalten hätten. Für die noch vorhandenen Handakten gilt das ohnehin. Eine ganze Reihe von Kollegen, Mitarbeitern und Studenten aus der DDR-Zeit hat öffentlich bekundet, daß Heinrich Fink sich als Dekan der Theologischen Fakultät schützend vor sie gestellt habe, nachdem sie wegen politischer Unmutsäußerungen in Gefahr geraten waren. In einigen Fällen hat er auch Exmatrikulationen verhindern können. Es gibt bisher niemanden, der ihm Böses nachsagen würde, außer daß er vielleicht eine zu angepaßte oder unpolitische Haltung gehabt habe.

Nehmen wir es demnach mit der Anwendung rechtsstaatlicher Prinzipien nicht genau genug, wenn es sich um die unbewältigte Stasi-Vergangenheit unserer Landsleute aus der ehemaligen DDR handelt? Die Betrachtung des Falles Fink hinterläßt auch in dieser Hinsicht Unbehagen. Die Gauck-Behörde soll nach dem Willen des Gesetzgebers ermitteln und das Ergebnis ihrer Ermittlungen der Dienstbehörde des Betroffenen zur Verfügung stellen. In Wahrheit enthält jedes Schreiben, mit dem sie dieses Ergebnis mitteilt, mit der Feststellung „... ist für das MIS ... tätig gewesen“ eine handfeste Bewertung des ihr vorliegenden Materials, die um so schwerer wiegt, als Dienstbehörden und Gerichte sich blind auf sie zu verlassen pflegen. Nicht der Arbeitgeber und nach ihm der Arbeitsrichter, sondern der Sachbearbeiter in Joachim Gaucks Amtsstuben entscheidet also über Weiterbeschäftigung oder Entlassung – und dies, ohne daß der Betroffene je zu den gegen ihn erhobenen Vorwürfen gehört worden wäre, geschweige denn das Material hätte prüfen, vielleicht auch entkräften können.

Der Anspruch auf rechtliches Gehör ist ein von unserer Verfassung verbrieftes Grundrecht, das jedermann zusteht (Art. 103 Abs. 1 GG). Auch wirklichen oder vermeintlichen Stasi-Mitarbeitern.

Aber nicht minder bedenklich als das, was der gewiß wohlmeinende Joachim

Gauck in seiner Dienststelle zuläßt, ist der leichtfertige Umgang mancher Behörden – hier der Berliner Wissenschaftsverwaltung – mit dem persönlichen Schicksal der betroffenen Angehörigen des öffentlichen Dienstes. Man macht sich gar nicht erst die Mühe einer eigenen Prüfung des belastenden Materials. Man verschafft sich nicht einmal Akteneinsicht – und nimmt dem Betroffenen so ein zweites Mal die Chance, sich zu den gegen ihn vorliegenden Unterlagen zu äußern. Wiederum ist Artikel 103 des Grundgesetzes tangiert, von der Verletzung der Fürsorgepflicht des Dienstherrn gegenüber seinen Mitarbeitern ganz zu schweigen.

Was Rektor Fink betrifft, so könnte Senator Erhardt das Versäumte freilich noch nachholen. Die umfassende Detailauskunft der Gauck-Behörde vom 27. November und die weiteren Informationen machen eine erneute Überprüfung, ob die fristlose Kündigung aufrechterhalten sei, unumgänglich.

Der Fall Heinrich Fink erhält zusätzliche rechtliche Brisanz dadurch, daß es sich nicht um irgendeinen Universitätsangehörigen, sondern um den vom Konzil gewählten Rektor handelt. Da nur ein Hochschullehrer Rektor sein kann, habe mit der fristlosen Entlassung Finks aus dem Dienstverhältnis als Theologieprofessor auch sein Rektorat geendet, meint der Berliner Wissenschaftssenator. Aber steht die gesetzlich verbrieft Selbstverwaltung der Universität nicht nur auf dem Papier, wenn der zuständige Senator durch dienstrechtliche Maßnahmen gegen den Gewählten dessen Wahl oder erneute Kandidatur zunichte machen kann? Der Akademische Senat der Humboldt-Universität hat die Rektorswahlen, die für den elften Dezember geplant waren, einstweilen verschoben. Aber noch vor dem Ende des Wintersemesters wird gewählt werden müssen – aller Voraussicht nach ohne den Kandidaten, den die überwältigende Mehrheit will.

Wilhelm Nordemann ist Rechtsanwalt und Notar und Honorarprofessor an der Freien Universität Berlin.

Ilko-Sascha Kowalczuk (Berlin):

DIE LIEBESKRANKE ORGANISATION.
ANMERKUNGEN ZUR DEBATTE UM STASI, FINK UND UNIVERSITÄTEN.

Das „Editorial“ der Sonderausgabe zum „Fall Heinrich Fink“ dieser Zeitschrift komprimiert erstaunlich präzise die Grundirrtümer der gegenwärtig laufenden Diskussion. Wirklich unterschreiben möchte und kann ich einen Satz: „Die ‚Affäre Fink‘ hat mehrere Dimensionen.“ So beginnt diese Vorbemerkung. Was dann aneinandergereiht wird, sind die längst bekannten Schemen der nunmehr monatelangen Auseinandersetzungen, die sich vor allem durch Verknappung und Verkürzung auszeichnen. Im folgenden sollen auch verschiedene Ebenen angeleuchtet werden, wobei sich implizit auf jenes Vorwort bezogen wird.

Das Stasi-Syndrom beherrscht die Gesellschaft. Jeder und jede ist fest davon überzeugt, daß über ihn nicht nur eine Akte, sondern sogleich eine dicke Akte existiert. Das Gemunkel ist manchmal unerträglich und doch ist bald das Ziel, ein janusköpfiges, erreicht: ohne visionär zu erscheinen, kann davon ausgegangen werden, daß schon bald, nachdem endlich das sogenannte Stasi-Aktengesetz in Kraft getreten ist, eine eigenartige Koalition nach der neuerlichen Schließung der Stasi-Archive rufen wird und, dies ist noch

schlimmer, ebenfalls schon bald eine Atmosphäre herrschen wird, in der so und so jeder/jede bei der Stasi war. Die Kette der Schnurs, Böhmes, de Maizères wird nicht abreißen, wird sich verlängern und verlängern. Ob da nun auch noch ein Fink eingereiht wird, ist nebensächlich, uninteressant. Sicherlich weniger für ihn. Aber was soll es: wer aus der Nachwende-Geschichte noch immer nicht gelernt hat, dem braucht es auch jetzt nicht mehr ins Stammbuch geschrieben werden: die Zeit der Ehrenerklärungen ist vorbei, bedauerlich oder nicht, sie ist es.

Der Theologe Fink gilt heute als der Kopf der Berliner Universitätsreformer, ja besonders Übereifrige kürten ihn unlängst sogar zum Symbol der deutschen Intellektuellen¹. Vielleicht schadet ein bißchen zuviel Innenansicht, aber ich weiß eigentlich bis heute nicht, warum und wodurch er zu diesen Ehren kam. Mir ist bewußt, jeder Angriff, ja, jede kleinste Kritik an seiner Person wird sofort in eine bestimmte politische Ecke gestellt. Das ist mir mittlerweile egal, denn mit einem Helden haben wir es genauso wenig zu tun wie mit dem Behemoth persönlich. Das einzige, was wir heute von ihm verlässlich wissen, ist,

daß er in der DDR lebte und nicht daran dachte, daß es sie eines Tages nicht mehr geben könnte. Wie oft wir ihn auch aufgefordert haben, endlich über seine eigene Vergangenheit zu sprechen, am Ende stand ein Lebenslauf, der interessant und abwechslungsreich war – ebenso wie der von meiner Oma. Unsere Fragen nach Strukturen an der Universität, nach den Abläufen der Gespräche mit der Stasi und SED usw. blieben stets eintönig unbeantwortet. Jede neue Pressemeldung erfuhren wir in der Regel auch erst aus dieser, von ihm war nur zu vernehmen, daß wohl etwas kommt. Als vorerst letztes Beispiel steht dafür die Information der „Welt“², wonach er 1970 1450 Ost- und 50 West-Mark von der Stasi bekommen haben soll. Abgesehen davon, daß diese „Zuwendung“ aus dem Jahre 1969 stammt, steht dies tatsächlich so in einem Dokument der Staatssicherheit, das als Anlage 6 in der Verwaltungsstreitsache Fink - Land Berlin dem Verwaltungsgericht durch den Rechtsanwalt des Wissenschaftssenators zugegangen ist. Anstatt unsere Fragen auf Zuwendungen vom Staatssekretariat für Kirchenfragen ernst zu nehmen, ist nach dieser Pressemeldung sofort von ihm zu vernehmen gewesen, daß dieses Geld vom Staatssekretariat für eine Reise nach Finnland war³. Hiermit soll kein neuerlicher Nebenkriegsschauplatz eröffnet werden, sondern lediglich angedeutet sein, daß die Zweifel an manchen Aussagen durchaus auch aus Kreisen kommen, die mit Fink in den vergangenen Monaten für eine neue Universität gestritten haben.

Wer jetzt versucht, einen ehemaligen Sektionsdirektor zum Helden zu machen, wer jetzt bemüht ist, den Rektor zur Ausnahme zu küren, irt. Dies schadet ihm, der Universität, dem Klima in der jetzigen Gesellschaft. Das Vertrauen zu Fink kann sich nicht auf seine DDR-Vergangenheit beziehen, nicht weil dies nicht ginge, sondern weil dies ein theatralischer, noch dazu gänzlich unlogi-

scher Vorgang ist: Wozu?! Wozu Vertrauen für etwas schenken, was physisch vorbei ist?

Es bleibt natürlich die Frage: Was wäre wenn ...? Der Berliner Tagesspiegel hat bereits eine Antwort: „Wenn er sie belogen hätte, sagen einem manche im vertrauten Gespräch, bliebe ihm nur ‚die Pistole‘.“⁴ Nun, es gäbe wohl noch andere Möglichkeiten, aber wenn, dann hätten wir uns zu fragen, inwieweit wir an diesem Verhängnis mit Schuld trügen, inwieweit wir ihn selbst in diese Sackgasse trieben. Denn dies muß doch auch vergegenwärtigt sein: geleugnet haben sie alle und zwar bis zum bitteren Ende. Meine Hoffnung, daß hier ausnahmsweise nicht geleugnet, sondern die Wahrheit gesagt wird, ist zugeständenermaßen nicht besonders groß.

Die Humboldt-Universität zu Berlin stand seit jeher im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Dies galt für alle Zeiten ihres Bestehens. Sie gehörte in den Jahren des SED-Staates zu einer der Säulen der Heranziehung und -bildung eines getreuen akademischen und politisch sich instrumentalisieren lassenden Jüngervolkes. Daß es an ihr wie anderswo bei der Zentralisierung von Massen auch Regungen eines Oppositionsgeistes gab, kann nicht verschwiegen, darf aber nicht überhöht werden. Diese Regungen waren insgesamt so gering, daß es fast peinlich wird, sie überhaupt zu erwähnen, bzw. andersherum, positiv formuliert: die „Reger“ könnten posthum zu nationalen Ehren, zumindest aber zu universitären gelangen.

Daß die SED und das ihr unterstellte MIS auch diese Universität fest im Griff hatten, ist eine so banale Aussage, daß sie sich fast überflüssig macht, wenn, ja wenn da nicht der Geist der neunziger Jahre wäre, der so tut, als hätte es dies alles nicht gegeben.

Es muß doch an dieser Stelle endlich auch einmal deutlich gesagt sein, daß sich hinter dem Schlagwort „Erneuerung“, „Selbstreinigung“, „integrativer Rektor“ eine Universität versteckt, die über Schlagworte kaum hinauskommt. Es gibt ein paar dutzend Menschen, die hier Tag und Nacht gegen die Trägheit, gegen das Desinteresse der überwältigenden Mehrheit mit eigenen Konzepten ankämpfen. Ihnen wird destruktives Geheule entgegengesetzt: es war alles nicht so schlimm.

Anstatt die Chance zu nutzen, endlich wirklich anzufangen, über das zu sprechen, was war und was aus dem Gewesenen in uns werden soll, wird an dieser Universität (auch anderswo) so getan, als würde jetzt zum ersten Mal in der Geschichte dieser Universität ein Angriff auf die Autonomie und die Freiheit der Lehre und Forschung gestartet. Es wurde hier in den vergangenen Monaten viel zu oft der Eindruck erweckt, als hätte es dies bis zum 3. Oktober 1990 gegeben und danach wären die bösen weißen Kolonialherren gekommen und hätten uns dies alles genommen. Dieser schwellige Unterton regt mich auf, er kotzt mich an. Daß jetzt ein Angriff auf die Autonomie der Universität, auch die Freiheit von Forschung und Lehre erfolgen kann, hat ursächlich damit zu tun, daß erst jetzt seit Jahrzehnten diese zumindest gesetzlich möglich ist. Es wird hier einfach vergessen, daß dies früher nicht nur nicht möglich war, sondern daß der überwiegende Teil dieser Universität, ja wer kann sich ausnehmen, an der Verhörung dieser Einrichtung, an der Pervertierung der ganzen Gesellschaft aktiv teilnahm, sich nicht dagegen regte, sondern diese zumeist bewußt mittrug. Und hinter diesem Hintergrund muß noch etwas anderes gesagt sein, was völlig unterzugehen droht: Die Geschichte der DDR ist nicht einzig und allein eine Geschichte des MIS. Die Geschichte der DDR ist vor allem ersteinmal eine Geschichte seiner einst darin gelebt habenden Menschen. Und diese sind heute nicht danach zu bemessen, diese können sich heute selbst nicht danach ein-

schätzen, ob sie mit dem integralen Bestandteil der DDR – dem MIS – wissentlich zusammengearbeitet haben, ob sie irgendeinen Wisch unterschrieben haben. Wenn wir wirklich wissen wollen, was eigentlich war, dann können und sollten wir nicht irgendeiner Behörde vertrauen, sollten wir unser Handeln nicht davon abhängig machen, ob irgendwer irgend etwas unterschrieben hat. Es gibt Menschen, die nie etwas unterschrieben haben und doch unzumutbar für bestimmte Positionen sind. Aber deutlich muß hier gesagt sein, nur schon allein um es gesagt zu haben: In der Gethsemano-Kirche – und nicht nur dort – wurde im Herbst 1989 gefordert „Stasi in die Produktion“, nicht gefordert wurde: „Stasi aus der Gesellschaft“. Aber, und dazu stehe ich: Verwickelte und korrumpierte mit dem Ancien régime, die, die anderen zum Nachteil wirkten, haben heute nichts mehr auf Repräsentationsposten zu suchen, können heute nicht Personalentscheidungen treffen. Wie auch immer alles ausgehen mag, dies muß gesagt sein, um wenigstens etwas vom Geist des Herbstes zu retten. Daß die Gesellschaft, in der wir leben, sich dabei ausgerechnet dieser einzigen Forderung des Herbstes annimmt, müssen wir dabei bitter zur Kenntnis nehmen, können aber wegen des eigenen Ganges davor dann nicht zurückschrecken, nur weil man Helfershelfer zur Seite hat, die einem nicht genehm sind.

Andere Stasi-Fälle an der HUB wurden „artgerecht“ gelöst⁵. So wie die Diskussionen um die tatsächlichen Verwicklungen von Fink ausblieben, wollte man die Stigmatisierten lossein, um weiter in Ruhe zu hoffen, übersehen zu werden⁶. Die entsprechenden Kommissionen tagten, gaben Empfehlungen und jeder freute sich, die berühmten Bauern gesehen zu haben. Selbst als Betroffene anboten, nun doch endlich die längst fälligen Diskussionen zu eröffnen, schwiegen das Haus, ihr Rektor, die Studierenden. Es wurden zwar nicht viele entlassen, aber immerhin. Auch der gesamte Stamm der Pförterschaft mußte gehen.

Grotesk bleibt, daß die angeheuerte private Wachfirma ein Sammelsurium ehemaliger Geheimer ist.

Alles schwieg, nur keine Fehlerdiskussionen zulassen. Und dann auf einmal: Heiner soll nicht nur Heiner, sondern auch IM Heiner gewesen sein. Das, was monatelang in Gesellschaft und ihrem integralen Bestandteil HUB nicht geleistet wurde, sollte nun hau ruck binnen Stunden nachgeholt werden. Sturmflutartig entwickelte sich eine Welle des Protestes, die zu einer Koalition eigenartiger Fraktionen führte. So sah es zumindestens eine Zeitlang aus.

Stutzig macht vieles, vor allem aber, daß noch immer nicht gefragt wird. Der Krake wird noch immer nicht zugehört, daß sie auch einen Menschen wie Heinrich Fink umspannte. Die Staatssicherheit war kein Verein liebeskranker Menschen, sondern eine Vereinigung, die den Querschnitt der Gesellschaft repräsentierte. Und wer wollte schon leugnen, daß auch solche Menschen wieder Berliner Rektor irgendwen repräsentieren.

Das Dilemma bleibt: Den Umgang mit der eigenen Vergangenheit zu lernen, ist ein Prozeß, wie Vergangenheit einer war. Vergangenheit, Geschichte ist abgeschlossen und offen zugleich. Abgeschlossen sind die Geschehnisse, offen sind ihre Auswirkungen und Nachwehen. Wir müssen davon gerade Kenntnis nehmen.

Aber, daß eben heute noch immer politische Entscheidungen mit dem Vergangenen getroffen werden können, liegt in unser aller Schuld. Solange wir es dulden, ja durch unsere Diskussionen mittragen, daß das MfS einsam als Behemoth losgelöst von der DDR-Gesellschaft dasteht, losgelöst von uns, von den anderen komplexen Strukturen, von den Befindlichkeiten der dort einst und heute hier Lebenden, solange werden wir immer wieder hilflos herumrudern, wenn es

einen Nahestehenden trifft. Verflucht noch einmal, wenn wir dort alle lebten, wenn wir dort alle mitmachten, dann müssen es doch immer wieder auch welche von uns gewesen sein, die das Unausprechliche taten.

Es sei am Ende noch darauf hingewiesen, daß sich an der HUB mittlerweile eine studentische Forschungsgruppe konstituierte, deren Hauptziel die Offenlegung der MfS-Strukturen an der Berliner Universität ist. Dabei soll von Anfang an vermieden werden, die Staatssicherheit allein und losgelöst zu betrachten. So wird sich nicht nur auf die „Gauck-Akten“, sondern ebenso auf SED-, FDJ-, uniinterne u. a. Akten konzentriert. Denn daß das MfS bis zuletzt der SED strikt unterstellt und ihr erster Befehlsempfänger war, wird heute von keinem, der sich mit der DDR-Geschichte ernsthaft beschäftigt, mehr geleugnet.

Aber natürlich werden die Staatssicherheitsunterlagen einen wichtigen Posten der Arbeit einnehmen, wobei wir hoffen, daß die Kontakte zur Gauck-Behörde ausgebaut werden können. Mit dem Stasiaktengesetz ist für solcherart Forschung gesetzlicher Boden geschaffen worden. Es bleibt zu hoffen, daß die dort in Aufbau befindliche Abteilung zur historischen und politischen Aufarbeitung der Geschichte des MfS sich nicht zur Einschränkung der Freiheit der Wissenschaft hergibt. Daß diese Gefahr existiert, ist zwangsläufig: eine zur wissenschaftlichen Forschung an einer Staatsbehörde angebundene Abteilung hat hier wohl erstmals in der bundesdeutschen Nachkriegsgeschichte alleiniges Aktenmonopol. Inwieweit diese Gefahr nur eine Gefahr bleibt, werden die nächsten Monate zeigen.

Ilko-Sascha Kowalczyk, Student der Geschichte, Ethnologie und Sozialwissenschaften an der Humboldt-Universität zu Berlin, ist Sprecher der studentischen Konzilsgruppe der Humboldt-Universität.

Anmerkungen:

1 Zu dieser Behauptung verstieg sich ein Podiumsteilnehmer einer vom Europäischen Bürgerforum organisierten Veranstaltung am 7. Januar 1992 im Senatsaal der Humboldt-Universität zu Berlin.

2 „Straffer“ Heiner. Neue Dokumente zum Fall des Ex-Rektors Fink. Die Welt vom 7. Januar 1992.

3 An dieser Stelle soll unkommentiert angemerkt sein, daß für dieses Geld 1969 eine Reise nach Finnland nicht zu bestreiten war.

4 Wenn dieser Mann kein Lügner wäre. Tagespiegel vom 29.11.1991.

5 Vgl. dazu u. a. I. S. Kowalczyk: Die Krake oder „Alles was auf zwei Beinen geht, ist ein Feind.“ UNAUFGEFORDERT. Die Studentenzeitung der Berliner Humboldt-Uni, Nr. 22, 17. April 1991, S. 12 - 13.

6 Dafür legt der Philosoph Arnold Schölzel ein beredtes Beispiel ab. Statt über seine eigene Vergangenheit in der Universitätsöffentlichkeit zu berichten, wofür gerade in diesen Novembertagen viel Raum gewesen wäre, schrieb er munter empörte Artikel, bis er selbst Anfang Dezember durch einen Bericht der „anderen“ als IM aufflog. Vgl.: A. Schölzel: Eine Schaufel Sand im Getriebe der Ost-Abwicklung. Neues Deutschland vom 2.12.1991, S. 2.

PUBLIKATION

Die Zeitschrift „UTOPIE kreativ“ widmet sich in ihrem Januarheft 1992 ausschließlich den Vorgängen um Prof. Heinrich Fink. Unter dem Titel

„Politische Kultur im vereinigten Deutschland. Der Streit um Heinrich Fink, Rektor der Humboldt-Universität zu Berlin“

sind auf 192 Seiten Dokumente, Stellungnahmen und Kommentare zum Thema zusammengefaßt. Das Heft kostet 9,80 DM und kann unter folgender Anschrift bezogen werden:

Redaktion „UTOPIE kreativ“
Wallstraße 76 - 79
O - 1020 Berlin

Wie setzt man einen Rektor ab? Eine Betrachtung zu einem Verfahren der personellen Erneuerung an der Thüringer Hochschule

Der Rektor der Hochschule für Architektur und Bauwesen (HAB) Weimar, Prof. Mönnig wurde am 30. 12. 1991 „...mit sofortiger Wirkung von der Funktion des Rektors der Hochschule für Architektur und Bauwesen Weimar...“ entbunden. Diese Amtshebung erfolgte durch den Minister für Wissenschaft und Kunst, Dr. Fickel, auf der Basis der Empfehlung der Personalkommission der HAB. Das Empfehlungsschreiben wurde durch den Staatssekretär, Dr. Brans, übergeben, dabei wurden Prof. Mönnig keine inhaltlichen Begründungen für diesen Schritt genannt, „Stasi-Mitarbeit“ spielte aber keine Rolle.

Chronologie des Ablaufs:

– Der Rektor wird vor die Personalkommission der HAB geladen und zu verschiedenen Punkten seines Werdeganges, seiner Funktion/Amtsführung, seines politischen Wirkens in Vergangenheit und Gegenwart befragt.

– In der Zeit nach dieser Befragung bis zur Beschlußfassung in der Personalkommission gibt es keine weiteren Anhörungen vor der Personalkommission; der Beschluß wird dem Minister mitgeteilt.

– Prof. Mönnig erfährt am 30. 12. 91 durch den Staatssekretär Dr. Brans seine Amtshebung und die geplante Kündigung.

– Der Minister führte mit Prof. Mönnig kein Gespräch zu den gegen diesen erhobenen Vorwürfen, die zu einer Bewertung „persönliche Nichteignung“ gemäß Einigungsvertrag führten; auf der Grundlage „persönliche Nichteignung“ kann nach Einigungsvertrag (Anlage 1, Kapitel XIX, Abschnitt III, Ziffer 1, Abs. 4, Nr. 1) dann gekündigt werden.

Wo liegen die Probleme, welchen Gefahren sieht sich die Demokratie ausgesetzt?

1.) Zu den inhaltlichen Vorwürfen, zu dem gegen Prof. Mönnig vorliegendem Material, das die Personalkommission der HAB Weimar dazu bewog, eine derartige Empfehlung an den Minister zu geben, kann (da es ja nicht bekannt ist!) nichts gesagt werden.

2.) Die Personalkommission hat eine aus ihrer Sicht

bestimmt nicht einfache Aufgabe vor sich gehabt; aber wenn die „Aktenlage“ derartig schwierig sein sollte – das muß sie ja, sonst kann man nicht eine „persönliche Nichteignung“ empfehlen (wenn man verantwortungsbewußt handelt!) –, dann muß auch der Betroffene das Recht erhalten, Stellung zu nehmen. Das Verfahren muß rechtsstaatlich sein und juristischen Prüfungen standhalten können. Dazu muß es aber öffentlich sein.

3.) Es ist rechtsstaatlich unmöglich, erst einen Entscheid (z. B. die Amtshebung) zu treffen, eine Kündigung anzuzeigen, bevor man sich dann auf der Basis der Klage durch den Betroffenen in juristische Verfahren begibt, um erst dann das „Belastungsmaterial“ preiszugeben, es juristisch offen prüfen zu lassen.

4.) Schuld muß vor der Entscheidung durch den Minister bewiesen sein, dies kann nur öffentlich – also auch mit dem Beschuldigten – geschehen.

Denn der Arbeitgeber sollte davon ausgehen, daß eine durch ihn ausgesprochenen Kündigung unwirksam sein dürfte, wenn sie seitens des Arbeitgebers damit begründet wird, daß der Dienstherr einer entsprechenden Empfehlung der Personalkommission gefolgt ist, die diese mit der notwendigen Stimmenmehrheit beschlossen hat. Gelingt es dem Arbeitgeber im nachfolgenden Kündigungsschutzverfahren nicht, diese Begründung durch substantielle Tatsachen zu beweisen und entsprechende – vom Verhältnismäßigkeitsprinzip geprägten – Abwägungen anzureichen, muß er den Kündigungsschutzprozeß verlieren.

5.) Das vorstehend genannte Verfahren zeigt in wesentlichen Punkten die Verletzung des Gebots der Mündlichkeit und der Unmittelbarkeit der Beweisführung bei der Schuldfeststellung und birgt auch ob seines möglichen Präzedenzfallcharakters große Gefahren in sich – denn wo hat man bisher in Thüringen einen durch ein demokratisch gewähltes Konzil einer Hochschule ebenfalls demokratisch gewählten Rektor so „kalt abserviert“?

Jürgen Krause (Ilmenau)

(aus „GURU“, Ilmenauer StudentInnenzeitung, 1/92)

Erklärung der Mitgliederversammlung der Konferenz der StudentInnenenschaften (KdS) zu den aktuellen Strukturdiskussionen im ostdeutschen Hochschulwesen

Über ein Jahr nach den KdS-Erklärung „Werden die ostdeutschen Länder systematisch verdummt?“ vom Dezember 1990 müssen wir heute, im Januar 1992, feststellen: Die damals kritisierten Aspekte des ostdeutschen Hochschulbaus sind nachhaltiger relevant geworden, als wir es damals formulieren konnten.

In der ehemaligen Bundesrepublik gab es etablierte demokratische Minimalstandards, die auch heute in den westdeutschen Bundesländern noch weitgehend befolgt werden. In den ostdeutschen Bundesländern war es nötig, diese Grundregeln politischer Auseinandersetzung in den Hochschulumgestaltungen mittels massiver studentischer Proteste durchzusetzen.

Heute muß festgestellt werden: Diese demokratischen Minimalstandards werden in den aktuellen hochschulpolitischen Auseinandersetzungen in den neuen Ländern wiederum nicht beachtet. Erneut müssen diese von den unmittelbar Betroffenen eingefordert werden. Zu fragen ist, ob seitens der politischen Administration dahinter Methode oder politische Inkompetenz steckt.

Das Jahr 1991 war gekennzeichnet durch den Versuch einer administrativ dominierten Neustrukturierung der ostdeutschen Hochschullandschaft. Dabei werden bei Strukturplanungen und Gesetzgebungsvorhaben die Hochschulen so gut wie gar nicht einbezogen. Entwürfe gelangen im „Normalfall“ nur zufällig zu den Betroffenen. Stellungnahmen, so überhaupt angefordert, müssen innerhalb weniger Tage abgegeben werden. Statt dessen wird um so mehr Wert auf gutachterliche Äußerungen westdeutscher Berater gelegt, die im Regelfall keinerlei Kenntnis der spezifisch ostdeutschen Situation besitzen und ihre Vorstellungen meist aus einer Tätigkeit in der westdeutschen Ministerialbürokratie der achtziger Jahre schöpfen. Die Hochschulen hängen am ministeriellen Gängelband, während die Ministerialbürokratie im Kommissarstil auftritt.

Auch bei personellen Entscheidungen wird den betroffenen HochschulmitarbeiterInnen immer erst auf ihr massives Einklagen hin Gelegenheit gegeben, Stellung zu nehmen. In der Regel werden ohne Anhörung Vorverurteilungen vorgenommen, die damit – zumindest in der gegenwärtig emotionalisierten Öffentlichkeit – zum politischen Instrument

werden. Anders können die zahlreichen Verfahrensfehler, zum Beispiel in den Fällen Mönnig und Fink – unabhängig vom sachlichen Gehalt der Vorwürfe –, nicht gewertet werden. Neben diesen prominenten Fällen gibt es zahlreiche, weniger bekannt werdende Vorgänge, in denen sich immer wieder dasselbe Muster findet:

Ein kritisches Verhältnis der jeweiligen MitarbeiterInnen zu den ablaufenden hochschulpolitischen Entwicklungen führt zur Suche nach einer kündigungsrelevanten „Nahe zum alten System“; die Suche ist „erfolgreich“, da sich fast immer Indizien finden lassen, wenn nur lange genug nachgeforscht wird. Die Teilung der Maßstäbe – sinnfällig formuliert in der Formel „Duchac: tragbar – Mönnig: belastet“ – liefert die Indizien für die politische Instrumentalisierung von Personalentscheidungen.

Zu fragen ist, warum unhohe inhaltliche Positionen und unliebsame, weil kritisch hinterfragende Personen herausgehalten und verdrängt werden sollen.

Die Antwort leitet sich zunächst ab aus dem üblichen Argument für die Notwendigkeit von Reduzierung und Umstrukturierungen nach westdeutschem Muster: Die ostdeutschen Länder werden weitgehend über den Bund finanziert, die ostdeutschen Hochschulen seien – gemessen am westdeutschen Lehrkräfte-Verhältnis – „überbesetzt“ und zudem gekennzeichnet durch den Charakter des alten DDR-Systems. Die Lösung könne nur in der Einführung der „bewährten“ westdeutschen Strukturen liegen. Wer dagegen ein eigenständiges Konzept der Hochschuleerneuerung, das in Ostdeutschland Gewachsenes berücksichtigt, vertritt, muß hinausüberprüft werden.

In der Zusammenschau zeigt sich, daß mit den Argumenten einer Finanzknappheit und der Notwendigkeit der Übernahme westdeutscher Hochschulstrukturen lediglich deutlich wird: Die politische Inkompetenz hat Methode. Was jetzt im ostdeutschen Hochschulwesen stattfindet, läuft in der Konsequenz auf eine möglichst billige und gesellschaftlich folgenlose Beschäftigungsgesellschaft hinaus.

Ilmenau, den 12. 01. 92

„hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland“

Wissenschafts- und Hochschulgeschichte der DDR * Kritische Begleitung des Umgestaltungsprozesses * Perspektiven der ostdeutschen Forschungs- und Hochschullandschaft * Analysen * aktuelle Berichte * Rezensionen * Dokumentation

Themen:

Oktober 1991: Die ostdeutschen Hochschulgesetze / Lage der Sozialwissenschaften in (Ost-)Deutschland * November 1991: Die Erneuerung und ihre Kriterien / DDR-Wissenschaftsgeschichte * Dezember 1991: Hochschulstruktur in Sachsen / Special: Heinrich Fink und der Umgang mit unserer Vergangenheit * Januar 1992: Anhörung des Bundestagsausschusses Bildung und Wissenschaft / Ostdeutsche Geschichtswissenschaften zwischen Gestern und Morgen Teil I * Februar 1992: Ostdeutsche Geschichtswissenschaften zwischen Gestern und Morgen Teil II / Jürgen Teller Honorarprofessor / Fortsetzung zum „Fall Fink“ * März 1992 (geplant): HRG - seine Genesis und seine Wirkung im Osten / Leipziger Uni-Geschichte * April 1992 (geplant): Kirchliche Hochschulen zwischen Nische und Fusion / Neuaufbau der Politikwissenschaft * Mai 1992 (geplant): 1989/90 - Umbrüche, Chancen, Versäumnisse im ostdeutschen Hochschul- und Wissenschaftssystem

Kopiervorlage

Bestellung

Sie haben mich neugierig gemacht auf „hochschule ost. politisch-akademisches journal aus ostdeutschland“, monatlich ca. 50 Seiten, A5-Format.

Bitte senden Sie mir

- | | | |
|---------|---|--------------------------|
| 1. | Exemplar/e zum Kennenlernen
(ostdeutsche PrivatbezieherInnen) | für je 5,- DM
3,- DM) |
| 2. | mal das Journal im Abonnement (ein Jahr, 12 Hefte)
(ostdeutsche PrivatbezieherInnen) | für 55,- DM
33,- DM) |

Die Bezahlung erfolgt nach Rechnungslegung mit dem ersten Heft.

Habe ich mich für Variante 2. entschieden, so erkläre ich mich damit einverstanden, daß sich mein Abonnement jeweils um ein Jahr verlängert, wenn ich es nicht bis vier Wochen (Poststempel) vor Ablauf der Bestellfrist kündige.

.....
Name

.....
Adresse

.....
Datum

.....
Unterschrift

Es ist mir bekannt, daß meine Bestellung erst wirksam wird, wenn ich sie gegenüber dem Anbieter nicht innerhalb von sieben Tagen (Poststempel) schriftlich widerrufe.

.....
Unterschrift

Bitte senden an: Arbeitskreis Hochschulpolitische Öffentlichkeit bei StuRa Uni Leipzig, Augustusplatz 9, Postfach 920, O - 7010 Leipzig)